



Corporate Governance

Kurzberichterstattung des Bundesrates über die Erfüllung der strategischen Ziele der verselbständigten Einheiten des Bundes im Jahr 2015

Inhalt

Verselbständigte Einheiten (zuständiges Departement)

ETH-Bereich (WBF).....	5
RUAG Holding AG (VBS).....	9
Eidg. Finanzmarktaufsicht FINMA (EFD).....	11
Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV (WBF).....	15
Swisscom AG (UVEK).....	18
Schweizerische Bundesbahnen SBB AG (UVEK).....	21
Schweizerische Post (UVEK).....	24
Skyguide AG (UVEK).....	27
Schweizerisches Nationalmuseum SNM (EDI).....	30
Pro Helvetia (EDI).....	34
Schweizerisches Heilmittelinstitut Swissmedic (EDI).....	38
Institut für Geistiges Eigentum IGE (EJPD).....	42
Institut für Metrologie METAS (EJPD).....	45
Eidg. Revisionsaufsichtsbehörde RAB (EJPD).....	48
Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB (WBF).....	51
Swiss Investment Fund for Emerging Markets SIFEM AG (WBF).....	55
Identitas AG (WBF).....	59
Eidg. Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI (UVEK).....	62

Vorwort

Im Zeitraum vom 23. März bis 20. April 2016 hat der Bundesrat die Berichterstattung über die Erfüllung der strategischen Ziele im Geschäftsjahr 2015 durch die bundeseigenen Unternehmen und Anstalten zu Händen der Eidgenössischen Räte verabschiedet. Mit der vorliegenden Sammlung der Kurzberichte legt er die wichtigsten Informationen zu Zielerreichung und Geschäftsgang auch öffentlich auf.

Gegenstand der Berichterstattung sind jene verselbständigten Einheiten des Bundes, die nach Artikel 8 Absatz 5 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes über strategische Ziele geführt werden (AS 2011 5859; www.admin.ch/ch/d/as/2011/5859.pdf). Dazu zählen Dienstleister am Markt wie die Swisscom AG oder die RUAG Holding AG, Anstalten mit Monopolcharakter wie der ETH-Bereich oder die Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV, aber auch Einheiten der Wirtschafts- und Sicherheitsaufsicht wie die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA oder die Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde RAB. Insgesamt umfasst das Portfolio der verselbständigten und vom Bund beherrschten Einheiten 18 Unternehmen und Anstalten.

Die Kurzberichterstattung des Bundesrates nimmt in der Corporate Governance des Bundes, d.h. im eignerpolitischen System von Steuerung und Kontrolle eine wesentliche Bedeutung ein. Mit ihr legt der Bundesrat Rechenschaft darüber ab, inwiefern die verselbständigten Einheiten die jeweils für vier Jahre festgelegten Eignerziele mit Blick auf ihren Versorgungsauftrag und ihre unternehmerischen Leistungen erfüllt haben. Im Verbund mit weiteren Elementen der Berichterstattung trägt er so dazu bei, dass die eidgenössischen Räte und ihre Organe die parlamentarische Oberaufsicht in der Eignerpolitik des Bundes wahrnehmen können und in der Lage sind, bei Bedarf auf die Steuerung und Kontrolle Einfluss zu nehmen.

Die vorliegenden Kurzberichte liefern für jede verselbständigte Einheit die wichtigsten Informationen in kompakter und standardisierter Form: Angeführt von einer Gesamtwürdigung fassen die Berichte die Erfüllung der strategischen Zielbereiche zusammen und halten abschliessend die wichtigsten Entscheide des Bundesrats zum Ergebnis des Geschäftsjahres 2015 fest. Eine Kennzahlen-Box liefert dazu einen Überblick über die wichtigsten Leistungsindikatoren je Einheit.

Im Mai 2016

ETH-Bereich

Internet: www.ethrat.ch

Sitz: Zürich / Bern (ETH-Rat)

Rechtsform: Anstalten des Bundes
(ETH Zürich, EPFL, PSI, WSL, Empa, Eawag)

ETH-Rat: Fritz Schiesser (Präs.), Paul Herrling (Vizpräs.), Lino Guzzella, Patrick Aebischer, Joël Mesot, Beatrice Fasana, Barbara Haering, Beth Krasna, Jasmin Staiblin, Markus Stauffacher, Olivier Steimer

Geschäftsführer: Michael Kaeppli

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2015 in Kürze

Der ETH-Bereich ist bei der Umsetzung des Leistungsauftrags 2013–2016 weiterhin gut auf Kurs. Die Ziele in den Kerngebieten Lehre, Forschung sowie Wissens- und Technologietransfer (WTT) wurden gemäss Leistungsauftrag erfüllt.

Auch 2015 setzte sich der Trend zunehmender Studierenden- und Doktorierendenzahlen fort. Bei der EPFL wurde die Marke von 10 000 erstmals übertroffen. Bei den Neueintritten auf Bachelorstufe war ein neuer Rekord zu verzeichnen.

Im Bereich Forschung belegten die Platzierungen der ETH Zürich und der EPFL in den wichtigsten Rankings auch 2015 das ausgezeichnete wissenschaftliche Niveau. Der ETH-Bereich beteiligte sich 2015 an allen acht nationalen Kompetenzzentren für Energieforschung. Der Anteil der ausserhalb der Trägerfinanzierung akquirierten Mittel am operativen Ertrag stagnierte gegenüber 2014.

Im Bereich des WTT entfalten die Institutionen zahlreiche Aktivitäten. Mit der Bereitstellung grosser und kostenintensiver Forschungsinfrastrukturen stärkt der ETH-Bereich den gesamten Forschungsplatz Schweiz. Der ETH-Bereich war massgeblich an den Vorbereitungsarbeiten für den Anfang 2016 lancierten Schweizerischen Innovationspark beteiligt.

Dank zahlreicher Kooperationen mit Schweizer Hochschulen sind die Institutionen des ETH-Bereichs gut in die nationale Hochschullandschaft eingebettet. Die 2015 durchgeführte Zwischenevaluation verweist auf die grosse Bedeutung des ETH-Bereichs für die Schweizer Gesellschaft und Wirtschaft. International sind die Institutionen des ETH-Bereichs auch präsent und gut vernetzt.

Den Institutionen gelingt es, national und international Spitzenforschende anzuziehen. Trotz anerkannter Bestrebungen, den Frauenanteil auf allen Stufen zu erhöhen, verbleibt dieser relativ tief.

Zu diesen erfreulichen Ergebnissen haben gemäss der Zwischenevaluation die stabile Finanzierung durch den Bund, der dem ETH-Bereich gewährte grosse operative Spielraum wie auch die stark ausgeprägte Internationalität massgeblich beigetragen.

Kennzahlen	2015	2014
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	3 475	3 450
Reingewinn (Mio. CHF)	214	272
Bilanzsumme (Mio. CHF)	4 686	4 547
Eigenkapitalquote ¹ in %	8	18
Personalbestand (Vollzeitstellen) ²	18 067	16 975

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Forschungsbeiträge, -aufträge und wissenschaftliche Dienstleistungen (Mio. CHF)	718	732
Schenkungen und Legate (Mio. CHF)	115	94
Anzahl Studierende/Doktorierende	29 357	28 537
davon Frauen in %	29,6	29,5
ProfessorInnen (Vollzeitstellen)	784	775

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	2 233	2 195
Unterbringungsbeitrag (Mio. CHF)	273	278
Schulgelder und andere Benutzungsgebühren (Mio. CHF)	34	33

Hinweis: Die Einführung von IPSAS hat Auswirkungen auf die Darstellung der Jahresrechnung des ETH-Bereichs. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden deshalb die Zahlen für 2014 der Jahresrechnung 2015 entnommen und nicht dem Kurzbericht 2014.

¹⁾ Gemäss IPSAS wird die Nettovorsorgeverpflichtung jährlich nach versicherungsmathematischen Kriterien bewertet. Da der Diskontierungssatz im Berichtsjahr von 1,45% auf 0,80% sank, stiegen die Nettovorsorgeverpflichtungen im Fremdkapital des ETH-Bereichs. Entsprechend reduzierten sich die Bewertungsreserven im Eigenkapital, was zu einer Abnahme der Eigenkapitalquote führt.

²⁾ 2015 stehen einer Zunahme von 469 Arbeitsverhältnissen 1 092 zusätzliche Vollzeitstellen gegenüber. Von diesen 1 092 Vollzeitstellen sind 647 FTE bedingt durch einen kostenneutralen Systemwechsel in der Entlohnungsstruktur der Doktorierenden, den die ETH Zürich per 1.1.2015 vornahm.

A. Zielerreichung 2015*

1. Strategische Schwerpunkte

1. *Lehre: Der ETH-Bereich bietet eine im internationalen Vergleich erstklassige und für die Studierenden attraktive Lehre an.*

* Leistungsauftrag 2013–2016: BFI-Botschaft 2013–2016 (<http://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2012/3099.pdf>, S. 3333 ff.) mit Ergänzung von Ziel 2, Unterziel 4a (<http://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2012/9017.pdf>, S. 9064.). Der ETH-Bereich wird ab 2017 über strategische Ziele geführt.

Die Anzahl der Studierenden und Doktorierenden ist auch 2015 weiter gewachsen und hat sich gegenüber 2014 um 2,9 Prozent auf 29 357 erhöht. Der Zuwachs war stärker als im Jahr 2014. Bei den Neueintritten auf Bachelorstufe wurde der Rekord von 2013 leicht übertroffen. Die Zunahme beträgt 2,5 Prozent auf Bachelor-, 4,4 Prozent auf Master- und 1,6 Prozent auf Doktoratsstufe. Nahezu konstant blieb der Anteil der ausländischen Studierenden.

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik ist die Entwicklung der Studierendenzahlen an beiden ETH insbesondere in den technischen und Ingenieurwissenschaften sowie der Informatik sehr erfreulich.

Zur Erhaltung einer hohen Qualität in der Lehre wurden u.a. vermehrt Informationstechnologien als Ergänzung und zur Unterstützung des Präsenzunterrichts eingesetzt.

2. Forschung: Der ETH-Bereich baut seine Spitzenposition in der internationalen Forschung weiter aus.

In zahlreichen Forschungsbereichen haben die Institutionen des ETH-Bereichs ihre Position an der Spitze der internationalen Forschung festigen können. Es gibt zwar kein einheitliches und umfassendes Instrument, um den Forschungserfolg zu messen, doch verschiedene Aspekte deuten insgesamt auf ausgezeichnete Leistungen hin.

So spricht die Attraktivität der Institutionen des ETH-Bereichs für Studierende der Master- und Doktoratsstufe für eine sehr gute Forschungsreputation. Dasselbe gilt für die internationale Zusammensetzung der Professorenschaft. Der Anteil der ausländischen Professorinnen und Professoren liegt bei rund zwei Dritteln. Für die guten Forschungsleistungen der beiden ETH spricht auch deren Positionierung in den internationalen Hochschulrankings, auch wenn diese mit der nötigen kritischen Distanz und unter Berücksichtigung von Fokus und Methodologie zu interpretieren sind. Die ETH Zürich ist zum ersten Mal unter den zehn besten Hochschulen der Welt (THE World Ranking; QS World Ranking); die EPFL wurde als die beste Hochschule gewertet, die in den letzten 50 Jahren gegründet wurde (THE „100 under 50“ Ranking).

Die beiden ETH waren im Berichtsjahr in 10 der 21 laufenden Nationalen Forschungsschwerpunkte (NFS) entweder Leading oder Co-Leadinghouse.

Der ETH-Bereich spielt – insbesondere über das PSI, die beiden ETH und die Empa – auch im Aktionsplan «Koordinierte Energieforschung Schweiz» eine zentrale Rolle. Die Institutionen des ETH-Bereichs beteiligen sich an allen acht nationalen Kompetenzzentren für Energieforschung (Swiss Competence Centers for Energy Research, SCCER). Bei sieben sind sie Leading- oder Co-Leadinghouse.

Gegenüber 2014 war eine Stagnation des Anteils der kompetitiv vergebene Mittel (SNF, KTI und EU-Forschungsrahmenprogrammen) sowie Mittel der Ressortforschung am Gesamtertrag zu verzeichnen. Der ETH-Bereich konnte 507 Millionen Franken akquirieren. Die deutliche Abnahme der Mittel aus den EU-Forschungsrahmenprogrammen (-18 %) erklärt sich primär durch die Teilassoziierung der Schweiz am Horizon 2020 und die damit verbundenen Unsicherheiten nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative.

3. Wissens- und Technologietransfer (WTT): Zur Stärkung der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz fördert der ETH-Bereich den Transfer seiner Erkenntnisse und Kompetenzen in die Gesellschaft und Wirtschaft. Er entwickelt die WTT-Strategie weiter und setzt sie konsequent um.

Die Institutionen des ETH-Bereichs – insbesondere auch die Forschungsanstalten PSI, WSL, Empa und Eawag – haben im Jahr 2015 erneut vielfältige WTT-Aktivitäten entfaltet. Partner der Zusammenarbeitsprojekte sind Gemeinwesen, Grossunternehmen, KMU oder eigene Spin-offs. Sie haben auch aktiv und konstruktiv an der Konzipierung und Planung von vier der fünf Standorte des Anfang 2016 gestarteten Schweizerischen Innovationsparks mitgewirkt.

Im Jahr 2015 wurden im ETH-Bereich insgesamt 219 Patente angemeldet, 311 Lizenzverträge abgeschlossen und 48 Spin-offs gegründet. Damit konnten die bisherigen Ergebnisse dieser drei Kategorien egalisiert oder gar übertroffen werden.

4. Forschungsinfrastrukturen und Grossforschungsprojekte: Der ETH-Bereich betreibt bestehende Forschungsinfrastrukturen von gesamtschweizerischer Bedeutung, führt Projekte gemäss der «Schweizer Roadmap für Forschungsinfrastrukturen» durch und beteiligt sich im Erfolgsfall an europäischen Flaggschiffprojekten.

Die Institutionen des ETH-Bereichs betreiben verschiedene Forschungsinfrastrukturen, welche auch den anderen Hochschulen sowie der Industrie, unter Verrechnung der Vollkosten, zur Verfügung stehen und rege genutzt werden. Hierzu zählen beispielsweise die Synchrotronlichtquelle Schweiz (SLS), die Neutronenquelle (SINQ) und die Myonenquelle (S μ S) des PSI oder das Centro Svizzero di Calcolo Scientifico (CSCS) in Lugano, das zur ETH Zürich gehört. 2015 wurde «Piz Daint», einer der schnellsten und gleichzeitig energieeffizientesten Supercomputer Europas, durch «Piz Dora» erweitert. Dadurch sind neben klassischen Berechnungen und Visualisierungen nun auch erweiterte Datenanalysen und -strukturierungen möglich.

2015 schritt die Realisierung des SwissFEL am PSI mit der Installationsphase planmässig voran und ihre umgebungsgerechte Einbettung wurde abgeschlossen. Ende

2016 wird die neue Grossforschungsanlage SwissFEL ihren Betrieb aufnehmen.

2015 wurde ein Grundsatzentscheid des ETH-Rats zum Aufbau eines nationalen Data Science Centers innerhalb der beiden ETH gefällt. Diese Initiative ist Teil der aktualisierten Schweizer Roadmap für Forschungsinfrastrukturen.

5. Internationale Positionierung und Zusammenarbeit: Der ETH-Bereich baut die Zusammenarbeit und Vernetzung in Lehre und Forschung mit den besten Institutionen der Welt weiter aus und stärkt seine internationale Ausstrahlung.

Die beiden ETH sind im Auftrag des Bundes Leadinghouses in der bilateralen Forschungszusammenarbeit der Schweiz mit ausgewählten aufstrebenden Ländern Asiens und Lateinamerikas sowie Russland. Auch sonst sind die Institutionen und ihre Forschenden weltweit vernetzt und entfalten zahlreiche internationale Aktivitäten. Mit dem Singapore-ETH Centre for Global Environmental Sustainability (SEC), das Fragen der nachhaltigen Stadtentwicklung untersucht, ist die ETH Zürich in Südostasien präsent. Die EPFL hat ihre Online-Präsenz über «Massive Open Online Courses» (MOOCs) verstärkt. Seit ihrer Lancierung 2012 haben sich mehr als eine Million Personen für die Kurse eingeschrieben.

Die Institutionen des ETH-Bereichs sind auch gefragte Partner bei der Entwicklung von internationalen Grossforschungsanlagen. So leistet beispielsweise das PSI Beiträge bei der Entwicklung von Komponenten für den Europäischen Röntgenlaser XFEL in Hamburg und die Europäische Neutronenquelle European Spallation Source ESS in Lund (Schweden).

6. Nationale Zusammenarbeit: Der ETH-Bereich sorgt für eine stärkere Zusammenarbeit sowohl innerhalb des Bereichs als auch innerhalb der schweizerischen Hochschullandschaft.

Die Institutionen des ETH-Bereichs arbeiten in Lehre und Forschung eng mit kantonalen Universitäten und Fachhochschulen zusammen. Einen wertvollen Beitrag leisten auch Mitarbeitende der Forschungsanstalten, welche an den ETH sowie an anderen Hochschulen unterrichten und wissenschaftliche Arbeiten betreuen.

Der Ausbau der Energieforschung mit den nationalen Kompetenzzentren SCCER (vgl. Ziel 2) hat zu einer verstärkten Zusammenarbeit sowohl mit den Fachhochschulen und Universitäten als auch innerhalb des ETH-Bereichs geführt. Auch sonst arbeiten die Institutionen des ETH-Bereichs eng zusammen, namentlich innerhalb der verschiedenen Kompetenzzentren des Bereichs.

2015 hat sich mit der Eröffnung der Campus Biotech in Genf und der Entwicklung weiterer Projekte an anderen Standorten die Antennenstrategie der EPFL weiter kon-

cretisiert (Campus EPFL Valais Wallis, Microcity in Neuenburg sowie das Smart Living Lab in Freiburg). Dieses Engagement in verschiedenen Kantonen ist aus Sicht der nationalen Zusammenarbeit zu begrüßen, doch kann die Dezentralisierung die Steuerung des ETH-Bereichs erschweren und zu höheren Kosten führen. Dem Bundesrat ist es wichtig, dass der ETH-Rat und die Institutionen beiden Gesichtspunkten Rechnung tragen und die Entwicklung der Kosten im Auge behalten.

Die beiden ETH haben ferner im Jahr 2015 ihre Kooperation mit medizinischen Fakultäten und Universitätsspitalern intensiviert und mögliche Ausbildungsangebote in Humanmedizin erarbeitet. Am PSI, das in der Entwicklung der Protonentherapie eine führende Rolle einnimmt, wurde mit der Montage einer dritten Bestrahlungsanlage, Gantry 3, begonnen.

Die Institutionen des ETH-Bereichs haben auch an Kooperationsprojekten der Schweizerischen Hochschulkonferenz aktiv mitgewirkt. Erwähnt seien beispielhaft die Grossprojekte SystemsX.ch im Bereich der Systembiologie und Nano-Tera.ch in der Mikro- und Nanotechnologie.

7. Rolle in der Gesellschaft und nationale Aufgaben: Der ETH-Bereich pflegt den Dialog mit der Gesellschaft und erfüllt Aufgaben von nationalem Interesse.

Die Zwischenevaluation 2015 verweist auf die grosse Bedeutung des ETH-Bereichs für die Schweizer Gesellschaft und Wirtschaft. Auf vielfältige Weise haben die Institutionen des ETH-Bereichs den Dialog mit der Bevölkerung gepflegt. In der öffentlichen Diskussion zu aktuellen Themen war der ETH-Bereich gut präsent. Weitergeführt wurden auch die Veranstaltungen an Volksschulen und Gymnasien als Massnahmen gegen den Fachkräftemangel in spezifischen Bereichen. Das vielfältige Weiterbildungsangebot des ETH-Bereichs leistet zudem einen beständigen Beitrag zum lebenslangen Lernen.

Die Institutionen des ETH-Bereichs erfüllen auch Aufgaben von nationalem Interesse, indem sie z.B. den Schweizerischen Erdbendienst SED (ETH Zürich), die Konjunkturforschungsstelle KOF (ETH Zürich), das Landesforstinventar (WSL mit BAFU), das Lawinenbulletin (WSL) oder das Schweizerische Zentrum für angewandte Ökotoxikologie (Eawag und EPFL) führen.

2. Finanzielle Ziele

8. Finanzierungsquellen und Mittelverwendung: Der ETH-Bereich optimiert seine Finanzierungsbasis und setzt die vorhandenen Mittel effizient ein.

Der ETH-Bereich ist insgesamt solide finanziert. Bei der Akquisition von weiteren Mitteln (Erträge ausserhalb der Trägerfinanzierung) war eine Stagnation zu registrieren. Aus Sicht des Bundesrates bleiben weitere Anstrengungen nötig, um die Finanzierungsquellen des ETH-Bereichs weiter zu differenzieren.

Das vom ETH-Rat entwickelte Modell der leistungsorientierten Mittelzuteilung, das die drei Dimensionen Strategie, Leistung und Last berücksichtigt, wurde im Berichtsjahr wiederum eingesetzt.

Die konsolidierte Jahresrechnung sowie die Budgetierung des ETH-Bereichs werden seit dem 1. Januar 2015 gemäss den International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) erstellt. Transparenz in der Rechnungslegung des ETH-Bereichs und die Vergleichbarkeit mit anderen Einheiten des Bundes werden damit wesentlich verbessert.

Weiterführende Informationen zur Jahresrechnung 2015 des ETH-Bereichs finden sich in der Jahresrechnung im Geschäftsbericht des ETH-Rats über den ETH-Bereich.

9. Immobilienmanagement: Der ETH-Bereich koordiniert die Bewirtschaftung der Grundstücke und Immobilien und sorgt für deren Wert- und Funktionserhaltung.

Im Berichtsjahr konnte die Wert- und Funktionserhaltung der im Eigentum des Bundes befindlichen und vom ETH-Bereich genutzten Immobilien sichergestellt werden. Der ETH-Bereich achtete ferner auf eine nachhaltige und behindertengerechte Bauweise.

Es wurde eine Budgetüberschreitung beim Umbau des Bâtiment de mécanique der EPFL festgestellt. Der ETH-Rat hat eine Administrativuntersuchung eingeleitet, deren Ergebnisse 2016 vorliegen werden.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

10. Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit und wissenschaftlicher Nachwuchs: Der ETH-Bereich schafft attraktive und familienfreundliche Arbeitsbedingungen, fördert die Chancengleichheit und bildet den wissenschaftlichen Nachwuchs aus.

Die Institutionen des ETH-Bereichs sind attraktive Arbeitgeberinnen, die den Mitarbeitenden konkurrenzfähige Anstellungsbedingungen bieten. Internationale Forschende schätzen insbesondere die Infrastruktur, die ihnen zur Verfügung gestellt wird. Etwas mehr als die Hälfte der Mitarbeitenden sind ausländische Staatsangehörige. Bei der Professorenschaft sind es rund zwei Drittel und bei den Doktorierenden über siebenzig Prozent.

667 ordentliche und ausserordentliche Professorinnen und Professoren (2014: 657) sowie 96 Assistenzprofessorinnen und -professoren mit und 53 ohne Tenure Track (2014: 93 resp. 59; Tenure Track bezeichnet die Möglichkeit, nach einer Bewährungszeit eine unbefristete Professur zu erhalten) waren insgesamt an der ETH Zürich und an der EPFL tätig. Der Frauenanteil konnte bei den Professuren zwar gegenüber 2014 von 13,1 Prozent auf 13,7 Prozent leicht erhöht werden, bewegt sich aber immer noch unter den Erwartungen. Die höheren Frauenanteile bei den befristeten Assistenzprofessuren, insbesondere bei denjenigen mit Tenure Track (27,1 %), lassen bei

den unbefristeten Professuren auf mittlere Sicht eine Verbesserung der Geschlechterquoten erwarten. In den ETH-Schulleitungen und den Direktionen der Forschungsanstalten waren Frauen 2015 weiterhin untervertreten. Bei den Studierenden und Doktorierenden liegt der Frauenanteil seit Jahren bei rund 30 Prozent. Der Bundesrat erachtet es als nötig, die Anstrengungen für eine ausgeglichene Geschlechterverteilung fortzusetzen.

Bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sind die im ETH-Bereich gut eingeführten Assistenzprofessuren mit Tenure Track ein wichtiges Instrument.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Gestützt auf Art. 3a ETH-Gesetz (SR 414.110) können die ETH und die Forschungsanstalten im Rahmen des Leistungsauftrages und der Weisungen des ETH-Rates zur Erfüllung ihrer Aufgaben Gesellschaften gründen, sich an solchen beteiligen oder auf andere Art mit Dritten zusammenarbeiten. Unter Ziffer 24 der Jahresrechnung 2015 des ETH-Bereichs werden die Beteiligungen nach Institutionen des ETH-Bereichs aufgelistet.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Eidgenössische Finanzkontrolle hat als Revisionsstelle die konsolidierte Jahresrechnung, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung und Anhang des ETH-Rates, der ETH und der Forschungsanstalten für das am 31. Dezember 2015 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Sie bestätigt, dass die konsolidierte Jahresrechnung 2015 den gesetzlichen Vorschriften und den Vorgaben des Handbuchs zur Rechnungslegung im ETH-Bereich entspricht, und empfiehlt, die konsolidierte Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Der ETH-Rat hat nach Art. 35 ETH-Gesetz den revidierten Geschäftsbericht 2015 (inkl. Jahresrechnung) dem Bundesrat zur Genehmigung unterbreitet.

D. Beschlüsse des Bundesrates

An seiner Sitzung vom 6. April 2016 hat der Bundesrat dem Antrag des ETH-Rats zugestimmt.

RUAG Holding AG

Internet: <http://www.ruag.com>

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100%

Verwaltungsrat: Hans-Peter Schwald (VRP), Dr. Remo Lütolf, Egon W. Behle, Paul Häring, Markus Hutter, Prof. Dr. Sibylle Minder Hochreutener, Jürg Oleas

CEO: Urs Breitmeier

Externe Revisionsstelle: KPMG AG, Gümligen-Bern

Würdigung der Ergebnisse 2015 in Kürze

Die RUAG erfüllte die Erwartungen des Bundesrates weitgehend. Die vom Bundesrat in Auftrag gegebene Standortbestimmung wird voraussichtlich Ende 2016 abgeschlossen sein.

Die RUAG erarbeitete bei einem leicht geringeren Nettoumsatz von 1744 Millionen Franken einen deutlich höheren Erlös vor Zinsen und Steuern (EBIT) im Vergleich zum Vorjahr. Die EBIT-Marge beträgt 7,8 Prozent. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung stiegen um 4,3 Prozent auf 146 Millionen, davon sind 44 Millionen von der RUAG eigenfinanziert. Sie erzielte unter schwierigen Rahmenbedingungen den höchsten Reingewinn (117 Mio.) seit ihrem Bestehen. Die Netto-Finanzposition (Nettovermögen) konnte weiter erhöht werden und betrug Ende 2015 231 Millionen.

Das gute Ergebnis 2015 basiert auf einer breit abgestützten nationalen und internationalen Aufstellung des Konzerns mit seiner Verwurzelung im wehrtechnischen und zivilen Bereich. Dass der Auftragseingang über dem ausgewiesenen Nettoumsatz liegt, zeigt, dass sich der Konzern in einer Wachstumsphase befindet. Der Umsatz mit dem VBS erhöhte sich um 27 Millionen auf 565 Millionen, dies entspricht 32 Prozent des ausgewiesenen Nettoumsatzes der RUAG.

Der Deckungsgrad der Personalvorsorgeeinrichtung VORSORGE RUAG beträgt per 31. Dezember 2015 103 Prozent (Vorjahr: 103 %). Der Stiftungsrat hat im Dezember 2015 eine nächste Senkung der Umwandlungssätze und eine Erhöhung der Sparbeiträge ab dem Jahr 2017 in die Wege geleitet.

Der Bundesrat genehmigte am 18. Dezember 2015 die revidierten strategischen Ziele des Bundesrates für die RUAG Holding AG 2016 - 2019 und setzte sie auf den 1. Januar 2016 in Kraft. Er bestätigt damit die hohe Bedeutung der RUAG als industriellen Partner der Schweizer Armee.

Kennzahlen	2015	2014
Finanzen ¹⁾ und Personal		
Nettoumsatz (Mio. CHF)	1 744	1 781
Reingewinn (Mio. CHF)	117	84
Bilanzsumme (Mio. CHF)	1 719	1 707
Eigenkapitalquote in %	55.3	51,7
Personalbestand (Vollzeitstellen)	8 115	8 182

Unternehmensspezifische Kennzahlen

EBITDA (Mio. CHF)	217	192
EBIT (Mio. CHF)	137	113
Free Cash Flow (Mio. CHF)	64	57
Netto-Finanzposition ²⁾ (Mio. CHF)	231	195
Auftragseingang (Mio. CHF)	1 828	1 785

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag	0	0
Gebühren	0	0

¹⁾ Der Rechnungslegungsstandard wurde auf den 1. Januar 2015 auf Swiss GAAP FER umgestellt. Für den Vorjahresvergleich wurden die Finanzkennzahlen 2014 entsprechend dem Restatement angepasst.

²⁾ Nettovermögen

A. Zielerreichung 2015*

1. Strategische Schwerpunkte

Die RUAG hat mit rasch eingeleiteten Massnahmen auf die Stärkung des Schweizer Fränkens reagiert: Neue Märkte wurden erschlossen, der Einkauf optimiert und die Kosten auf allen Ebenen hinterfragt. Weiter hat die RUAG konzernweite Programme zur Produktivitätssteigerung lanciert. Bereits 2014 hatte die RUAG ein Konzernoptimierungsprogramm gestartet; nach der Frankenaufwertung im Januar 2015 wurde dieses Programm auf allen Ebenen forciert. Über 1000 in exportorientierten Bereichen tätige Mitarbeitende in der Schweiz leisteten Mehrarbeit.

Das Leistungsspektrum der RUAG für die Schweizer Armee reicht heute vom Betrieb, der Bereitstellung und Integration bis hin zur Instandsetzung und Instandhaltung von Systemen. Die konzeptionelle Unterstützung und Beratung des VBS ergänzen das Leistungsspektrum.

* Strategische Ziele: <http://www.vtg.admin.ch/internet/vtg/de/home/dokumentation/news/newsdetail.60074.nsb.html>

Bedeutende Aufträge der Schweizer Armee (u.a. Upgrade F/A-18) wurden termingerecht abgeschlossen und neue Beschaffungsverfahren (u.a. Beschaffung eines neuen Mörsers) gewonnen. Beim Projekt Cougar-Werterhaltung arbeitet das VBS und die RUAG an der technischen Umsetzung eines Upgrades.

Mit der Inbetriebnahme einer neuen Halle in Emmen legte die RUAG die Basis, um ihre Position im internationalen Weltraumgeschäft weiter auszubauen.

2. Finanzielle Ziele

Die Erstellung der RUAG Konzernrechnung erfolgt seit 2015 nach dem Rechnungslegungsstandard Swiss GAAP FER (vorher IFRS). Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Die RUAG erzielte 2015 ein gutes finanzielles Ergebnis. Das operative Ergebnis (EBIT: Erlös vor Zinsen und Steuern) konnte in der Berichtsperiode deutlich gesteigert werden und beträgt Ende 2015 137 Millionen (Vorjahr: 113 Mio.). Alle fünf Divisionen arbeiteten profitabel und trugen zum positiven Konzernergebnis bei. Dabei haben Defence, Aerostructures, Aviation und Space die Vorjahreswerte übertroffen. Der Reingewinn stieg auf 117 Millionen und erreichte damit den höchsten Stand in der Unternehmensgeschichte.

Im Berichtsjahr investierte die RUAG-Gruppe 8,4 Prozent ihres Nettoumsatzes in Forschung und Entwicklung. Mit 146 Millionen lagen die Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr (140 Mio.) leicht höher. 44 Millionen der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung finanzierte die RUAG selber (Vorjahr: 40 Mio.).

Die Eigenkapitalrendite erhöhte sich um 2,9 Prozentpunkte auf 12,7 Prozent. Die Netto-Finanzposition, d.h. das Nettovermögen stieg von 195 Millionen auf 231 Millionen. Die RUAG verfügt damit über eine solide finanzielle Basis.

Die operative Leistungsfähigkeit der RUAG-Gruppe entspricht den Erwartungen des Bundesrates. Auf Stufe der Divisionen haben Space, Aviation, Aerostructures und Defence ihre Vorjahreswerte übertroffen.

Die RUAG erfüllte die finanziellen Ziele des Bundesrates.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Der Personalbestand erhöhte sich um 0,6 Prozent auf 8163. 4373 Mitarbeitende werden in der Schweiz beschäftigt. Die RUAG bildet in allen Sprachregionen der Schweiz 349 Lernende aus. Das grosse Engagement der RUAG bei der Weiterbildung zeigte sich auch bei den Berufsmeisterschaften: Ein RUAG-Konstrukteur und Goldmedaillengewinner der SwissSkills 2014 konnte sich für die WorldSkills Competitions 2015 in São Paulo qualifizieren und erreichte einen ausgezeichneten Diplomrang.

Die Mitarbeitenden, welche wegen der Stärkung des Schweizer Frankens Mehrarbeit geleistet haben, profitieren vom guten Jahresergebnis der RUAG und erhalten als Anerkennung für diesen Extraeinsatz eine Sonderprämie von 100 Franken pro Monat.

Der Deckungsgrad der Vorsorgeeinrichtung VORSORGE RUAG betrug Ende 2015 103 Prozent (Vorjahr: 101 %). Der Stiftungsrat hat im Dezember 2015 eine weitere Senkung der Umwandlungssätze und eine Erhöhung der Sparbeiträge ab dem Jahr 2017 in die Wege geleitet.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Im Geschäftsjahr 2015 fanden keine neuen Fusionen von Gesellschaften statt und es wurden keine neuen Minderheitsbeteiligungen erworben. Das organische Wachstum und die Konsolidierung des Konzerns standen im Vordergrund.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die beiden Berichte der Revisionsstelle KPMG AG, Gümligen-Bern, zur Konzernrechnung der RUAG-Gruppe und zur Jahresrechnung der RUAG Holding AG erfolgten ohne Einschränkungen, Hinweise oder Zusätze.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die ordentliche Generalversammlung 2015 hat am 21. April 2016 stattgefunden. Der Verwaltungsrat beantragte,

1. den Geschäftsbericht, die Konzernrechnung 2015 sowie die Jahresrechnung 2015 der RUAG Holding AG zu genehmigen;
2. der Ergebnisverwendung der RUAG Holding AG inkl. Ausschüttung einer Dividende von 47 Millionen Franken zuzustimmen;
3. den Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Konzernleitung die Entlastung zu erteilen;
4. die Honorare und Nebenleistungen der Verwaltungsratsmitglieder zu genehmigen;
5. die bisherigen Verwaltungsräte Hans-Peter Schwald, Dr. Remo Lütolf, Egon W. Behle, Paul Häring, Markus Hutter, Prof. Dr. Sibylle Minder Hochreutener und Jürg Oleas wieder zu wählen;
6. die externe Revisionsstelle KPMG AG wieder zu wählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 23. März 2016 den Vorsteher des VBS beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die 17. ordentliche Generalversammlung der RUAG Holding AG zuzustimmen.

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA

Internet: www.finma.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Thomas Bauer (Präsident, seit Januar 2016), Philippe Egger (Vizepräsident, seit Januar 2016), Marlene Amstad, Bruno Frick, Bernard Keller, Yvan Lengwiler, Günter Pleines, Renate Schwob, Franz Wipfli

Direktor: Mark Branson

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2015 in Kürze

Die FINMA arbeitet in einem sehr dynamischen Umfeld. Sie wird laufend mit neuen Entwicklungen konfrontiert, sei es bei den beaufsichtigten Instituten oder aus dem wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Umfeld. Wie in den Vorjahren führt das Marktumfeld mit schrumpfenden Zinsmargen tendenziell zu einer höheren Risikobereitschaft der Institute und der herrschende Anlagenotstand verleitet zu riskanteren Anlagestrategien. Ebenfalls Risiken birgt die zunehmende Digitalisierung (Stichwort «FinTech»), beispielsweise durch die zunehmende Auslagerung von ganzen Teilen der Wertschöpfungskette sowie die marktbeherrschende Position weniger IT-Dienstleister. Auch hat die Bedrohung durch Cyberattacken in den letzten Jahren zugenommen.

Die FINMA hat in den letzten drei Jahren in allen fünf strategischen Zielbereichen Fortschritte erzielt. Der Stand des bisher Erreichten in Verbindung mit den für 2016 geplanten Umsetzungsarbeiten lassen aus Sicht der FINMA den Schluss zu, dass die strategischen Ziele 2013–2016 weitgehend erfüllt werden können. Eine Anpassung der aktuellen strategischen Ziele ist demnach nicht erforderlich.

Die FINMA schliesst das Geschäftsjahr 2015 mit einem Gewinn von CHF 12,4 Mio. ab. Dies sind CHF 0,3 Mio. weniger als im Vorjahr. Haupterlös des Rechnungsjahres 2015 bilden die von den Beaufsichtigten erhobenen Aufsichtsabgaben (CHF 108,2 Mio. / Vorjahreswert: CHF 114,7 Mio.). Der grösste Aufwandsposten ist der Personalaufwand in Höhe von CHF 99,5 Mio. (Vorjahreswert: CHF 98,6 Mio.). Der durchschnittliche Personalbestand der FINMA stieg im Jahr 2015 von 483 auf 494 Vollzeitstellen.

2016 werden sich die Führungsgremien der FINMA auch mit den Schwerpunkten für die Strategieperiode 2017–2020 auseinandersetzen, die durch den Bundesrat zu genehmigen sind.

Kennzahlen	2015	2014
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	136,0	140,2
Reingewinn (Mio. CHF)	12,4	12,7
Bilanzsumme (Mio. CHF)	89,2	80,4
Reserven FINMAG (Mio. CHF) ¹⁾	47,5	34,8
Eigenkapitalquote in % ²⁾	- 22,0	- 22,7
Personalbestand (Vollzeitstellen)	494,0	483,0
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Betriebsaufwand	123,6	127,3
Personalaufwand	99,5	98,6
Abgaben und Gebühreneinnahmen		
Aufsichtsabgaben (Mio. CHF)	108,2	114,7
Gebühren (Mio. CHF)	30,1	27,2

¹⁾ Nach Art. 16 FINMAG muss die FINMA innerhalb einer angemessenen Frist Reserven im Umfang eines Jahresbudgets bilden.

²⁾ 2015 wurden CHF 13,8 Mio. versicherungsmathematische Verluste aus dem Vorsorgewerk FINMA direkt im Eigenkapital erfasst.

A. Zielerreichung 2015*

1. Strategische Schwerpunkte

Die strategischen Ziele der FINMA für ihre zweite Strategieperiode (2013–2016) beziehen sich auf fünf Bereiche.

(1) *Prudenzielle Aufsicht: Die Stabilität und die Krisenresistenz des Schweizer Finanzplatzes werden durch konstant eingehaltene und international anerkannte prudenzielle Standards gestärkt. Geordnete und rasch umgesetzte Marktaustritte erfolgen möglichst ohne Schädigung für die Finanzmarktkunden.*

Die Eigenmittelausstattung im Bankensektor konnte weiter stabilisiert werden. Gesuche um Modellanpassungen, die zu tieferen Werten bei den risikogewichteten Aktiven («Risk-Weighted Assets, RWA») geführt hätten, wurden im Sinne eines sogenannten Modellmoratoriums abgelehnt. Wie bereits gegenüber der UBS AG, der Credit Suisse AG und der Zürcher Kantonalbank wurden auch mit der Raiffeisen Gruppe und der Raiffeisen Schweiz Ge-

* Strategische Ziele: www.finma.ch/de/finma/ziele/strategie

nossenschaft sowie mit der PostFinance AG die besonderen, systemrelevanzbedingten prudenziellen Anforderungen festgelegt. Mit der Bewilligung der UBS Switzerland AG wurden die systemrelevanten Funktionen der UBS in einer schweizerischen Einheit zusammengefasst und es erfolgte eine Trennung vom risikoreichen Investmentbanking. Die Credit Suisse plant ebenfalls, das Schweizer Geschäft in eine separate Schweizer Rechtseinheit auszugliedern.

Im Versicherungsbereich wurden für den Schweizer Solvenztest «SST» Standardmodelle weiter- bzw. neuentwickelt mit dem Ziel einer progressiven Verringerung der Anzahl interner Modelle zugunsten von Standardmodellen. Die temporären Erleichterungen beim SST wurden teilweise nicht verlängert, soweit sie aufgrund des anhaltenden Tiefzinsumfeldes nicht mehr zu rechtfertigen sind; einzelne Erleichterungen wurden dauerhaft in das bestehende SST-Rundschreiben der FINMA aufgenommen. Soweit nötig, wurden zudem die versicherungstechnischen Rückstellungen der Lebensversicherer verstärkt.

Schwierige Situationen und Marktaustritte von Beaufsichtigten verliefen weitgehend ohne Schädigung der Kunden, sowohl im Banken- wie auch im Versicherungsbereich.

Künftige Handlungsschwerpunkte bilden weiterhin Massnahmen zur weiteren Stärkung der Stabilität im Finanzsektor (Entschärfung der «TBTF»-Problematik). Auch will die FINMA die strukturellen Anpassungen der Grossbanken weiterhin eng begleiten und die Entwicklung ihrer Notfallpläne vorantreiben. Im Versicherungsbereich strebt die FINMA eine Verbesserung im Bewilligungsprozess der internen SST-Modelle an.

(2) Geschäftsverhalten: Zur Stärkung der Reputation des Finanzplatzes und zur Förderung von fairem Geschäftsverhalten und der Integrität der Finanzmarktakteure führt die FINMA Bewilligungsverfahren konsequent, schafft Transparenz über die unterschiedlichen Überwachungsintensitäten und setzt sich ein für international anerkannte Vorschriften im Kunden- und Anlegerschutz.

Mehrere grosse und öffentlichkeitswirksame Enforcement-Verfahren konnten abgeschlossen werden. Zudem wurde mittels erstmaliger Publikation eines detaillierten Enforcementberichts mehr Transparenz zur Enforcementpraxis geschaffen. Berufs- und Tätigkeitsverbote wurden gezielt verhängt und vereinzelt Gewinne auch bei natürlichen Personen eingezogen.

In der Aufsichtstätigkeit wurde ein Konzept zur systematischeren und FINMA-weit konsistenteren Beaufsichtigung von Geschäftsverhalten («Conduct»-Aufsicht) in den Bereichen Marktintegrität, Suitability am Point of Sale, Geldwäschereibekämpfung und grenzüberschreitendes Dienstleistungsgeschäft erarbeitet und dessen Umsetzung eingeleitet.

Künftig will die FINMA ihre Aufsicht in den Bereichen Crossborder, Suitability, Marktintegrität und Geldwäscherei weiter systematisieren und professionalisieren. Auch strebt die FINMA einen vermehrten Austausch mit den Verwaltungsräten von beaufsichtigten Banken und Versicherern an, insbesondere im Hinblick auf Corporate Governance, Culture und Conduct-Themen.

(3) Nationale und internationale Zusammenarbeit: Bei den internationalen Tätigkeiten bündelt die FINMA ihre Kräfte und setzt sich für die wichtigen Kernthemen ein. In der nationalen Zusammenarbeit funktioniert der Informationsfluss effizient, und die Kompetenzen der Behörden sind klar.

Mit der Revisionsaufsichtsbehörde wurde eine reibungslose Übergabe der Zuständigkeit für die Aufsicht über die Prüfgesellschaften im aufsichtsrechtlichen Bereich gemäss der Anfang 2015 in Kraft getretenen «Bündelungsvorlage» gewährleistet.

International wurden institutsspezifische Kooperationsvereinbarungen (UBS, Credit Suisse) mit wichtigen Partnerbehörden (USA, UK) für die aufsichtsrechtliche Zusammenarbeit im Bereich der Abwicklung geschlossen.

2016 strebt die FINMA im Rahmen des Länderexamens im Bereich der Schweizer Geldwäschereivorschriften durch die Financial Action Task Force (FATF) in enger Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) eine faire und sachgerechte Beurteilung des Schweizer Ansatzes zur Bekämpfung der Geldwäscherei an. Ein weiterer Schwerpunkt wird die praktische Umsetzung der neuen Bestimmungen zur internationalen Amtshilfe und zur Informationsübermittlung ins Ausland seitens der Beaufsichtigten sein.

(4) Regulierung: Die FINMA analysiert bestehende Regulierungen und Rechtsentwicklungen aus Sicht der Finanzmarktaufsicht, schlägt relevante Änderungen vor, unterstützt mit ihrer fachlichen Expertise die prioritären Regulierungsvorhaben und legt ihre eigenen Anliegen frühzeitig und transparent dar. In ihrem Zuständigkeitsbereich reguliert die FINMA nur, soweit dies mit Blick auf die Aufsichtsziele notwendig ist.

Bei den vom Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) geleiteten Gesetzgebungsprojekten (insb. FinfraG und FIDLEG/FINIG) stellte die FINMA technisches Fachwissen zur Verfügung, brachte ihre Aufsichts Anliegen ein und erarbeitete teilweise bereits Ausführungsbestimmungen in ihrem Kompetenzbereich (FinfraV-FINMA).

Infolge grösserer Gesetzes- und Verordnungsanpassungen wurden zudem die FINMA-Regularien im Bereich der Versicherungsaufsicht und der Geldwäschereibekämpfung revidiert (insb. AVO-FINMA und GwV-FINMA).

Die weitere Umsetzung von «Basel III» wird ein Schwerpunkt bleiben. Auch will die FINMA ihre eigene Regulierung dahingehend überprüfen und überarbeiten, dass

keine ungerechtfertigten regulatorischen Hemmnisse für innovative digitale Finanzdienstleister und -dienstleistungen («FinTech») bestehen.

(5) FINMA als Behörde: Die FINMA erbringt ihre Leistung mithilfe von kompetenten und integren Mitarbeitenden und auf der Grundlage effizienter Prozesse. Sie führt einen sachlichen und offenen Dialog mit ihren Anspruchsgruppen und informiert die Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit.

Die FINMA-Personalverordnung wurde nach Genehmigung durch den Bundesrat auf den 1. Juli 2015 angepasst. Kernelemente der Revision sind insbesondere die Abschaffung des Bonussystems und verschärfte Regelungen zur Verhinderung von Interessenkonflikten.

FINMA-weit wurde ein Dokumenten-LifeCycle-Konzept eingeführt, das die Anforderungen an die physische und elektronische Dossierführung sowie die Archivierung definiert und die angemessene Aufbewahrung und Archivierung von Altbeständen sicherstellt. Ferner wurde ein Leitbild «Informationssicherheit» erarbeitet, das die grundlegenden Anforderungen und Prinzipien zum Schutz der Informationen und Daten der FINMA festlegt.

2016 sind weitere Prozess- und Qualitätsoptimierungen in verschiedenen Bereichen vorgesehen. So sollen etwa neue Aktenführungs- und Archivierungsvorgaben in allen Bereichen umgesetzt und im Rahmen des internen Kontrollsystems (IKS) die kontinuierlichen Prüfungen der zentralen Prozesse und Kontrollen ausgedehnt werden.

2. Finanzielle Ziele

Die Kosten der Finanzmarktaufsicht werden vollständig durch die Beaufsichtigten finanziert. Bundesgelder werden keine beansprucht. Diese Regelung ist Ausfluss der finanziellen Unabhängigkeit der FINMA. Für Aufsichtsverfahren im Einzelfall und Dienstleistungen erhebt die FINMA möglichst verursachergerechte Gebühren. Für Kosten der FINMA, die nicht durch Gebühreneinnahmen gedeckt werden können, wird von den Beaufsichtigten pro Aufsichtsbereich und in Abhängigkeit zur Grösse der Beaufsichtigten eine jährliche Pauschalabgabe, die sogenannte Aufsichtsabgabe, erhoben. Der Anteil der Gebühren am Gesamtertrag der FINMA stieg von 12,3 Prozent (2009) auf gut 15,5 Prozent (2010–2012), während er 2013 leicht auf 15,2 Prozent sank. 2014 stieg der Anteil auf 19,4 Prozent und 2015 auf 22,2 Prozent. Innerhalb der einzelnen Aufsichtsbereiche reichte 2015 die Spannbreite beim Anteil der Gebühren und übrigen Erträge am jeweiligen Nettoertrag von 8,7 Prozent (Versicherer) bis 77,6 Prozent (Kollektive Kapitalanlagen).

Für die Ausübung ihrer Aufsichtstätigkeit muss die FINMA Reserven im Umfang eines Jahresbudgets bilden. Die Reserven der FINMA entsprechen der gesetzlich verlangten Reservebildung.

Die FINMA schliesst das Geschäftsjahr 2015 mit einem Gewinn von CHF 12,4 Mio. ab. Dies sind CHF 0,3 Mio. weniger als im Vorjahr. Der Eigenkapitalbestand hat sich von CHF -18,2 Mio. auf CHF -19,6 Mio. verändert. Dieses Ergebnis resultiert daraus, dass die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus dem Vorsorgewerk FINMA direkt im Eigenkapital erfasst werden und die Reserven der FINMA der gesetzlich verlangten Reservebildung entsprechen. Haupterlös des Rechnungsjahres 2015 bilden die von den Beaufsichtigten erhobenen Aufsichtsabgaben (CHF 108,2 Mio. / Vorjahreswert: CHF 114,7 Mio.). Der grösste Aufwandsposten ist der Personalaufwand in Höhe von CHF 99,5 Mio. (Vorjahreswert: CHF 98,6 Mio.). Der durchschnittliche Personalbestand der FINMA stieg im Jahr 2015 von 483 auf 494 Vollzeitstellen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

In den Jahren 2009 bis 2013 hat die FINMA ihre personellen Ressourcen gezielt ausgebaut; seit 2014 ist der Personalbestand konstant gehalten worden. Der Ausbau ist sowohl auf externe Einflüsse wie neu zugewiesene Aufgaben in Folge der Revision der Finanzmarktgesetzgebung als auch auf den Ausbau von bestehendem Know-how als Lehre aus der Finanzmarktkrise zurückzuführen. Gleichwohl bleibt der Personalbestand der FINMA im internationalen Vergleich eher tief. Dies lässt sich zum Teil mit dem Aufsichtssystem der Schweiz erklären, das externe Prüfgesellschaften stark in die Aufsichtstätigkeit einbindet.

Die FINMA achtet auf einen hohen Frauenanteil, der 2015 bei 39 Prozent gelegen ist, und fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. 24 Prozent der Mitarbeitenden (55 % Frauen, 45 % Männer) arbeiten in einem Teilzeitpensum. Die Lohnfestsetzung erfolgt auf Basis einer geschlechtsneutralen Funktionsbewertung.

Gemäss einer erstmals in sämtlichen Geschäftsbereichen durchgeführten Personalbefragung (89 % Beteiligung) zeigen die Mitarbeitenden generell eine hohe Arbeitszufriedenheit und identifizieren sich stark mit dem Arbeitgeber. Hingegen sind sie der Ansicht, die Personalentwicklung und die Arbeitsplatzsituation müssten verbessert werden. Gestützt auf die Befragung wurden Handlungsfelder identifiziert, und mit der Umsetzung definierter Massnahmen wurde begonnen.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die FINMA beteiligt sich aktiv an den Tätigkeiten verschiedener internationaler Gremien. Auch hat sie mit verschiedenen Aufsichtsbehörden Vereinbarungen zur Zusammenarbeit abgeschlossen.

Demgegenüber ist die FINMA weder an Kooperationen beteiligt noch hält sie Beteiligungen an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Jahresrechnung wurde von der Revisionsstelle der FINMA, der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK), geprüft. Gemäss Bericht vom 2. März 2016 bestätigt die EFK, dass die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2015 abgeschlossene Geschäftsjahr ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) vermittelt und dem schweizerischen Recht entspricht. Sie empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Beschlüsse des Bundesrates

Im Rahmen der Erneuerungswahl des FINMA-Verwaltungsrates wählte der Bundesrat am 1. Juli 2015 Thomas Bauer als neuen Verwaltungsratspräsidenten ab 1. Januar 2016. Ausserdem berief der Bundesrat mit Marlene Amstad, Bernard Keller und Renate Schwob drei weitere neue Mitglieder in das Gremium. Die bisherigen Mitglieder Philippe Egger, Bruno Frick, Prof. Yvan Lengwiler, Günter Pleines und Franz Wipfli wurden für eine weitere Amtsperiode wiedergewählt.

Am 11. November 2015 wählte der Bundesrat Philippe Egger zum Vizepräsidenten des Verwaltungsrates ab 1. Januar 2016.

Nach Art. 21 Abs. 2 des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FINMAG, SR 956.1) finden zwischen dem Bundesrat und der FINMA mindestens einmal im Jahr institutionalisierte Gespräche zur Strategie der Aufsichtstätigkeit sowie zu aktuellen Fragen der Finanzplatzpolitik statt. Die letzte jährliche Aussprache zwischen Bundesrat und FINMA war am 11. November 2015.

Den Geschäftsbericht 2015 der FINMA genehmigte der Bundesrat am 23. März 2016.

Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV

Internet: www.serv-ch.com

Sitz: Zürich

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Thomas Daum (Präsident), Max Gsell (Vizepräsident), Jan Atteslander, Caroline Gueissaz, Barbara Hayoz, Beda Moor, Rolf Pfenninger, Urs Ziswiler

CEO: Herbert Wight

Externe Revisionsstelle: KPMG AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2015 in Kürze

Im letzten Jahr konnte die SERV mit ihren Versicherungen und Garantien die schweizerische Exportwirtschaft wirkungsvoll unterstützen. Die Produkte *Bondgarantie* und *Fabrikationskreditversicherung* der SERV, welche Exporteuren helfen, Liquiditätsgänge zu überbrücken, haben sich bewährt und werden insbesondere von KMU rege nachgefragt. Die Anpassungen von SERV-Gesetz und Verordnung haben wesentlich dazu beigetragen, dass die SERV im internationalen Vergleich wettbewerbsfähige Leistungen anbieten kann.

Im Jahre 2015 stellte die SERV insgesamt Versicherungen und Grundsätzliche Versicherungszusagen (GV) in der Höhe von 7185,5 Millionen Franken aus. Der Exposurebestand Ende 2015 betrug 10 558 Millionen und stieg damit gegenüber 2014 um 11,5 Prozent an. Die Ausnutzung des vom Bundesrat festgelegten Verpflichtungsrahmens (12 Mrd.) erreichte Ende 2015 89 Prozent. Dies ist vor allem auf die die grosse Nachfrage nach GV zurückzuführen. Insbesondere bei Grossgeschäften sind die Exporteure darauf angewiesen, dass sie von der SERV rechtzeitig eine GV erhalten, damit sie eine Offerte abgeben können.

Im Jahr 2015 konnte die SERV durchwegs eine positive Eigenwirtschaftlichkeit ausweisen, obwohl ihre Kapitalerträge aufgrund der tiefen Zinsen in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen sind. Die SERV erzielte im Jahre 2015 einen Reingewinn von 60,2 Millionen. Der geringe Schadenaufwand von 0,6 Millionen (Vorjahr CHF 55,8 Mio.) ist im Wesentlichen darin begründet, dass mehr Rückstellungen für Schäden aufgelöst werden konnten, als gebildet werden mussten.

Das Eigenkapital der SERV stieg per Ende 2015 auf 2631 Millionen und liegt somit 177,7 Millionen höher als Ende 2010. Die Risikotragfähigkeit der SERV konnte somit weiter gestärkt werden.

Die SERV hält sich an das Subsidiaritätsprinzip und berücksichtigt in ihrer Geschäftstätigkeit die ausserpolitischen Grundsätze der Schweiz. In ihrer Berichterstattung 2015 hat sie, angelehnt an das Obligationenrecht, den Jahresbericht neu durch den Lagebericht ersetzt.

Der Bundesrat kommt zum Schluss, dass die SERV ihre strategischen Ziele sowohl im Geschäftsjahr 2015 als auch in der gesamten Strategieperiode 2011-15 erreicht hat und in der Lage ist, den Exportstandort Schweiz auch in Zukunft auftragsgemäss zu unterstützen.

Kennzahlen	2015	2014
Finanzen und Personal		
Prämiererträge (Mio. CHF)	51,3	59,6
Reingewinn (Mio. CHF)	60,2	122,3
Eigenwirtschaftlichkeit (Mio. CHF)	4,8	22,9
Personalbestand (Anzahl VZÄ)	42,0	41,5
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Exposurebestand (Mio. CHF)	10 557,9	9 467,9
Neuexposure (Mio. CHF)	7 185,5	5 690,2
Neuexposure (Anzahl Policen)	864	838
Netto-Schadenzahlungen (Mio. CHF)	108,3	31,7
Schadenaufwand (Mio. CHF)	0,6	55,8
Kapital (in Mio. CHF)	2 631,3	2 571,1
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren	0	0

A. Zielerreichung in Periode 2015*

1. Strategische Schwerpunkte

Der gesetzliche Auftrag sieht vor, dass die SERV den Schweizer Exporteuren die Teilnahme am internationalen Wettbewerb erleichtert und dazu beiträgt, Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Besonders die KMU suchen die Unterstützung der SERV. Ihr Anteil am Gesamtkundenstamm – 304 Unternehmen im Jahr 2015 – liegt bei rund zwei Drittel.

2015 sicherte die SERV Exportgeschäfte in der Höhe von 7185,5 Millionen Franken ab. In diesem Neuexposure enthalten sind 713 Versicherungen und Garantien im Umfang von 3179 Millionen und 151 Grundsätzliche Versicherungszusagen (GV) im Umfang von 4007 Millionen. Das jährliche Neuexposure ist bis Ende der Strategieperiode 2011-15 um 42 Prozent angestiegen.

Anfangs 2016 wurde das klassische Produkteangebot der SERV dauerhaft durch die Stabilisierungsprodukte (Fabrikationskreditversicherung, Bondgarantie, Refinanzierungsgarantie) ergänzt. Da diese oder ähnliche Produkte mittlerweile zum Standardrepertoire ausländischer Exportkreditagenturen („Export Credit Agencies“) gehören,

* Strategische Ziele: www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/42749.pdf

stärkt dies die internationale Wettbewerbsfähigkeit der SERV. Die Nachfrage nach den Stabilisierungsprodukten nahm seit dem Einführungsjahr 2009 stetig zu. Zu Beginn stellte die SERV lediglich 38 solcher Versicherungen und Garantien aus, während Ende 2015 mit 298 Versicherungen und Garantien Exportgeschäfte im Umfang von 2152 Millionen (Auftragswert) unterstützt werden konnten.

Das Angebot der SERV ist in der ganzen Schweiz für alle Branchen zugänglich. Seit 2010 betreut der SERV-Vertreter in Lausanne die französischsprachigen Neu- und Stammkunden, und die Beraterin für das Tessin besuchte in den vergangenen Jahren regelmässig die italienisch-sprechende Schweiz. Alle Kunden der Deutschschweiz wurden vom Hauptsitz Zürich bedient.

Um eine kundenorientierte, effektive und effiziente Abwicklung der Geschäfte sicherzustellen, arbeitete die SERV auch im vergangenen Jahr intensiv an der Verbesserung der internetbasierten Angebote.

Die SERV hält sich an das Subsidiaritätsprinzip und versichert gemäss Art. 5 SERV-V keine marktfähigen Risiken. Bei der Definition und Abgrenzung zwischen marktfähigen und nicht-marktfähigen Risiken orientiert sie sich an der Praxis der EU. Demnach versichert die SERV kurzfristige Exportkredite in Länder mit grundsätzlich marktfähigen Risiken nur, wenn die privaten Versicherungen eine Deckung ablehnen. In den vergangenen Jahren fanden regelmässig Treffen mit den Privatversicherern statt, an denen die Marktentwicklung und die Geschäftspraxis der SERV diskutiert wurden.

In ihrer Geschäftstätigkeit berücksichtigt die SERV die aussenpolitischen Grundsätze sowie die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Bundes. Seit 2008 verwendet sie dabei ein integriertes Compliance-Prüfverfahren und hält sich an die Empfehlungen der Umwelt und Sozialeitlinien („Common Approaches“) der OECD. Im Geschäftsjahr 2015 wurden keine Geschäfte von besonderer Tragweite identifiziert, welche gemäss Art. 34 SERV-G Anlass zum Einbezug des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) oder des Bundesrats erfordern hätten.

Die SERV pflegt – nicht zuletzt auf Ebene des Verwaltungsrats – einen regelmässigen Kontakt mit den interessierten Wirtschaftsverbänden (u.a. Swissmem, Scienceindustries, Economiesuisse, Handelskammern) und auch Switzerland Global Enterprise (S-GE).

Der auch im Berichtsjahr durchgeführte Dialog mit den Organisationen der Zivilgesellschaft (Nichtregierungsorganisationen NRO) stellt den Einbezug deren Anliegen in der Geschäftspolitik der SERV sicher. So wurde einem Hauptanliegen der NRO, der vermehrten Berücksichtigung der Menschenrechte, in den vergangenen Jahren auf internationaler Ebene wie auch bei der SERV mehr Bedeutung beigemessen. . Diesem Aspekt hat der Bundesrat auch

bei der Revision der SERV-Verordnung im 2015 Rechnung getragen.

Die SERV unterstützt das SECO bei der Verhandlung internationaler Standards zur Exportkreditfinanzierung auf Stufe OECD und der International Working Group on Export Credits (IWG). Im Jahre 2015 wurde im Rahmen der OECD ein neues Abkommen über die Exportfinanzierung von Kohlekraftwerken abgeschlossen, was dem Klimaschutz dient. Ausserdem ist die SERV massgeblich an den Umschuldungsverhandlungen des Pariser Clubs und der Verwaltung der getroffenen Abkommen beteiligt. Die Umschuldungsverhandlungen mit Kuba führten konnten 2015 mit einem Rückzahlungsabkommen abgeschlossen werden.

2. Finanzielle Ziele

Die SERV hat die gesetzlich geforderte Eigenwirtschaftlichkeit 2015 bereits beim Betriebsergebnis (Jahresergebnis vor Zinsen) erreicht. Sie konnte das Jahr 2015 mit einem Unternehmenserfolg von 60,2 Millionen Franken abschliessen.

Ende 2015 verfügte die SERV über kurzfristige Mittel von insgesamt 2265 Millionen, wovon sie 45,9 Millionen in flüssiger Form hält, um kurzfristigen Verpflichtungen (insbesondere Schadenzahlungen) nachzukommen. Der Rest ist gemäss Art. 28 SERV-G mit kurzen Fristen beim Bund angelegt. Aufgrund des tiefen bis negativen Zinsniveaus ist der Zinsertrag aus Geldanlagen von 11,6 Millionen per Ende 2014 auf 1,4 Millionen per Ende 2015 zurückgegangen.

Das Gesamtkapital hat sich Ende 2015 mit 2631 Millionen Franken gegenüber der Eröffnungsbilanz von 2007 um 603 Millionen erhöht. Die Risikotragfähigkeit konnte im Jahre 2015 weiter gestärkt werden. Das Gesamtkapital bildet für bestehende und je nach Nachfrageentwicklung steigende zukünftige Verpflichtungen eine solide Basis.

Die seit 2008 vom Verwaltungsrat eingeführte und 2010 revidierte Risikopolitik dient als Grundlage für ein umfassendes Management der finanziellen (Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken), der operationellen (IT-Risiken, Audit- und Kontrollrisiken, Compliancerisiken), der strategischen und der Reputationsrisiken. Im 2015 blieb die Risikopolitik unverändert. Die Ergebnisse der umfassenden Prüfung des angewandten Kreditrisikomodells durch die Firma PwC Zürich im Jahr 2013 zeigten, dass die Kredit- und Ratingberechnungen der SERV ihrem Geschäftsmodell entsprechen und adäquat sind. Seit 2008 verfügt die SERV über ein internes Kontrollsystem (IKS), welches in den vergangenen Jahren stetig weiterentwickelt wurde. Die Existenz des IKS nach Massgabe des Obligationenrechts wurde im Jahr 2015 durch die externe Revisionsstelle bestätigt.

3. Personalpolitische Ziele

Der Personalbestand hat im Berichtsjahr leicht zugenommen (+1 VZÄ). Die SERV darf als attraktive und sozial verantwortliche Arbeitgeberin bezeichnet werden, die eine wettbewerbsfähige Personal- und Entschädigungspolitik verfolgt. Sie setzt sich ein für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie; derzeit stehen drei Lernende in Ausbildung. Die SERV ist personell gut aufgestellt und verfügt in allen Bereichen über das erforderliche Spezialwissen.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die SERV hat 2015 ihre langjährige Kooperation mit dem schweizerischen Wirtschaftsverband *Scienceindustries* (Chemie, Pharma und Biotech) im Rahmen der Ausstellung der Globalversicherung für dessen Mitgliedsfirmen fortgesetzt.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hat die Jahresrechnung (bestehend aus Erfolgsrechnung, Bilanz, Geldflussrechnung, Erfolgsrechnung nach Sparten, Bilanz nach Sparten und Anhang) sowie den Eigenwirtschaftlichkeitsnachweis der SERV für das Geschäftsjahr 2015 geprüft. Nach ihrer Beurteilung entsprechen Jahresrechnung und Eigenwirtschaftlichkeitsnachweis den im Geschäftsbericht veröffentlichten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen und vermitteln sie ein den tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsprechendes Bild. Die Revisionsstelle bestätigt, dass gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrates ein ausgestaltetes internes Kontrollsystem (IKS) existiert, welches dem Risikomanagement der SERV dient.

C. Anträge an den Bundesrat

Dem Bundesrat wurden der Geschäftsbericht 2015 der SERV einschliesslich der Jahresrechnung zur Genehmigung und der Bericht des Verwaltungsrates der SERV zur Erreichung der strategischen Ziele 2011-15 sowie der Bericht der Revisionsstelle vom 26. Februar 2016 zur Kenntnisnahme unterbreitet.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat die ihm gemäss Ziffer C. unterbreiteten Berichte am 13. April 2016 genehmigt bzw. zur Kenntnis genommen und den Mitgliedern des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt.

Damit wird die fünfjährige Strategieperiode 2011-15 erfolgreich abgeschlossen. Die neuen strategischen Ziele 2016-19 hat der Bundesrat bereits im Januar 2016 genehmigt.

Swisscom

Internet: www.swisscom.com

Sitz: Ittigen

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: Schweizer Börse SIX

Bundesbeteiligung: 51%

Verwaltungsrat: Hansueli Loosli (Präsident), Barbara Frei, Frank Esser, Catherine Mühlemann, Theophil Schlatter, Thorsten Kreindl, Hugo Gerber und Michel Gobet (beide Personalvertreter), Hans Werder (Staatsvertreter)

CEO: Urs Schaeppi

Externe Revisionsstelle: KPMG, Muri

Würdigung der Ergebnisse 2015 in Kürze

Im Jahr 2015 hat Swisscom die strategischen Ziele des Bundesrates *insgesamt erreicht*.

Im angestammten Kerngeschäft Konnektivität (Festnetz, Breitband, Mobilfunk für Privat- und Geschäftskunden) verteidigte Swisscom die führende Marktposition in der Schweiz. Gleichzeitig baute Swisscom den Marktanteil in den jüngeren Geschäftsfeldern Kommunikation (namentlich Fernsehen) und IT-Systemdienstleistungen weiter aus.

Swisscom investierte rund 1,8 Milliarden Franken in die Modernisierung und in den Ausbau der Netz- und IT-Infrastruktur in der Schweiz. Per Jahresende waren rund 2,9 Millionen Haushalte und Geschäfte mit Ultrabreitband-Anschlüssen (> 50 Mbit/s) erschlossen. Die Abdeckung des leistungsfähigen Mobilfunkstandards LTE (bis zu 300 Mbit/s) erreichte 98 Prozent der Bevölkerung.

Swisscom mass dem Schutz von Netz und Daten zielgemäss hohe Priorität zu. In enger Zusammenarbeit mit den Behörden traf Swisscom im Rahmen der Möglichkeiten laufende Vorkehrungen, um allfällige Angriffe auf die Informationssicherheit frühzeitig erkennen und abwehren zu können.

Der Unternehmenswert nahm aufgrund des um 3,7 Prozent gesunkenen Aktienkurses um rund 1 Milliarde Franken ab. Die finanziellen Ziele wurden deshalb nur teilweise erreicht, was durch die gute Performance in den Vorjahren aber relativiert wird. Aufgrund von Sondereffekten – darunter eine Rückstellung von 186 Millionen für eine drohende Busse der Wettbewerbsbehörden – verringerten sich Nettoumsatz, Betriebsergebnis vor Abschreibungen und Reingewinn gegenüber dem Vorjahr. Auf vergleichbarer Basis, d.h. bereinigt um Sondereffekte, nahmen Umsatz und Ergebnis leicht zu.

Der italienischen Tochtergesellschaft Fastweb gelang es in einem weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Umfeld, auf allen Ebenen – Kundenbestand, Marktanteil, Umsatz, Ergebnis – weiter zu wachsen und einen positiven Free Cash Flow zu generieren. Die Werthaltigkeit der Beteiligung an Fastweb wurde bestätigt.

Im Berichtsjahr ging Swisscom mehrere Kooperationen ein, darunter ein Joint Venture mit Coop für einen Online-Marktplatz sowie ein Joint Venture mit SRG und Ringier für die Vermarktung von digitalisierter Werbung. Die Wettbewerbskommission genehmigte die Zusammenschlüsse ohne Auflagen; ebenso hiess das UVEK die Teilnahme der SRG gut.

Swisscom wird auch in Zukunft gefordert sein, der anhaltenden Margenerosion im Stammgeschäft durch die Erschliessung neuer Geschäftsfelder zu begegnen. Der Bundesrat erwartet, dass die notwendigen Investitionen im italienischen Markt von Fastweb aus eigenen Mitteln finanziert werden.

Kennzahlen	2015	2014
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	11 678	11 703
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	1 362	1 706
Bilanzsumme (Mio. CHF)	21 149	20 961
Eigenkapitalquote in %	24,8	26,2
Personalbestand (Vollzeitstellen)	21 637	21 125

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Aktienkurs am 31. Dezember (CHF)	503,00	522,50
Dividende (CHF pro Aktie)	22	22
Gesamtrendite ¹⁾ (%)	0,5	15,7
Nettoverschuldung (Mio. CHF)	8 042	8 120
Nettoverschuldung + EBITDA ²⁾	2,0	1,8

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹⁾ Gesamtrendite = (Dividende + Aktienkurs am 31. 12. 2015 – Aktienkurs am 31. 12. 2014) ÷ Aktienkurs am 31. 12. 2014

²⁾ EBITDA: Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen

A. Zielerreichung 2015*

1. Strategische Schwerpunkte

Swisscom hat im Geschäftsjahr 2015 die Position als führendes ICT-Unternehmen in der Schweiz bestätigt und eine solide Marktleistung erzielt. Die Kundenbasis konnte insgesamt weiter verbreitert werden. Während der Marktanteil im weitgehend gesättigten Kerngeschäft Konnektivität auf hohem Niveau stabil blieb, nahm er in den neueren, noch wachsenden Geschäftsfeldern Kommunikation (Fernsehen) und IT-Systemdienstleistungen weiter zu. Die anhaltend starke Preiserosion in nahezu allen Geschäftsbereichen liess den Nettoumsatz des Konzerns praktisch auf dem Niveau des Vorjahres stagnieren.

Der Anspruch von Swisscom, das beste Netz und den besten Service in der Schweiz zu bieten, wurde durch die erneut über dem Branchendurchschnitt liegende Kundenzufriedenheit bestätigt.

* Strategische Ziele: www.uvek.admin.ch > Das UVEK > Bundesnahe Betriebe > Zielvorgaben und Zielerreichung

Die italienische Tochtergesellschaft Fastweb entwickelte sich ungeachtet der nach wie vor bestehenden wirtschaftlichen Probleme des Landes erfreulich. Die Stellung als klare Nummer Zwei im Breitbandmarkt hinter Telecom Italia wurde gestärkt. Die Profitabilität machte trotz unverändert hoher Investitionen einen kräftigen Sprung nach vorn. Aufgrund der Wechselkursentwicklung schlug sich das Betriebsergebnis von 62 Millionen Euro allerdings nicht in einem positiven Wertbeitrag auf Konzernstufe nieder. Hingegen profitierte Swisscom erstmals seit der Übernahme 2007 von Fastweb von einen positiven Free-Cash-Flow aus dem Italiengeschäft.

Swisscom trug mit ihrer hochwertigen, flächendeckenden ICT-Infrastruktur, in deren Modernisierung und Ausbau im Berichtsjahr rund 1,8 Milliarden Franken investiert wurden, massgeblich zur Stärkung der Informationsgesellschaft sowie des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Schweiz bei. Die Umstellung der gesamten Infrastruktur auf das Internet-Protokoll (All-IP), die neue Funktionalitäten ermöglicht und – nach Abschaltung der analogen Systeme – auch Kosten spart, schritt weiter voran. Ein Schwerpunkt lag beim Ultrabreitband-Ausbau auf Basis verschiedener Varianten der Glasfasertechnologie (Fibre to the Home FTTH, Fibre to the Building FTTB, Fibre to the Street FTTS, Fibre to the Curb FTTC). Per Jahresende waren 2,9 Millionen Haushalte und Geschäfte mit Ultrabreitband-Anschlüssen (> 50 Mbit/s) erschlossen. Die Abdeckung mit TV-tauglichen Breitband-Anschlüssen betrug 93 Prozent der Haushalte und Geschäfte. Der leistungsfähige Mobilfunkstandard der vierten Generation stand 98 Prozent der Bevölkerung zur Verfügung.

Swisscom ist sich der wachsenden Bedeutung der Informationssicherheit im digitalen Zeitalter bewusst. Das Fernmeldegeheimnis und das Datenschutzrecht wurden eingehalten. Die Infrastruktur und die Kundendaten wurden im Rahmen des Möglichen mit Schutzmassnahmen auf dem neuesten Stand der Technik gegen Cyber-Attacken geschützt. Aufgrund der vielfältigen Abhängigkeiten – namentlich von den ausländischen Lieferanten der technischen Systeme – konnte freilich keine hundertprozentige Sicherheit garantiert werden.

Als Inhaberin der Grundversorgungskonzession im Fernmeldebereich erbrachte Swisscom den Service Public gemäss den Qualitätskriterien des Fernmelderechts und ohne finanzielle Abgeltungen.

Swisscom kam ihrer Verpflichtung nach, anderen Telekommunikationsunternehmen den diskriminierungsfreien Zugang zu ihrem regulierten Netz zu kostenorientierten Preisen zu gewähren.

2. Finanzielle Ziele

Das Ziel, den Unternehmenswert zu steigern, wurde verfehlt. Infolge des um 3,7 Prozent gefallenen Aktienkurses (Stichtag: 31. Dezember) nahm die Börsenkapitalisierung um rund eine Milliarde Franken ab. Dies ist freilich vor dem Hintergrund des kräftigen Auftriebs in den Vorjahren

zu sehen. Seit 2011 hat die Börsenkapitalisierung von Swisscom um über 40 Prozent zugenommen. Die Gesamttrendite der Swisscom-Aktie fiel im Berichtsjahr mit 0,5 Prozent im Vergleich zum SMI und zum europäischen Branchen-Index unterdurchschnittlich aus. Die Dividendenrendite von 4,2 Prozent war im herrschenden Tiefzinsumfeld nach wie vor als attraktiv zu beurteilen.

Ein deutlicher Einbruch gegenüber dem Vorjahr war beim Bruttoergebnis EBITDA (-7,1%), beim Betriebsergebnis EBIT (-13,4%) und beim Reingewinn (-20,2%) zu verzeichnen. Ursache waren Sonderfaktoren, darunter eine Rückstellung von 186 Millionen Franken für eine drohende Busse der Wettbewerbsbehörde. Auf vergleichbarer Basis, d.h. ohne diese Sonderfaktoren und bei konstanten Wechselkursen, wäre das Bruttoergebnis um 2,3 Prozent besser ausgefallen als im Vorjahr.

Die Nettoverschuldung, welche im Vorjahr infolge der Übernahme von PubliGroupe um gut 300 Millionen Franken zugenommen hatte, wurde um 78 Millionen auf etwas über 8 Milliarden abgebaut. Weil gleichzeitig das Bruttoergebnis proportional stärker zurückging, nahm das Verhältnis von Nettoverschuldung zu EBITDA dennoch von 1,8 auf 2,0 zu. Die vom Bundesrat gesetzte Verschuldungslimite von 2,1 x EBITDA wurde aber eingehalten. Das Credit Rating blieb unverändert im Single-A-Bereich (Standard & Poors: A stabil; Moody's: A2 stabil).

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Swisscom profiliert sich als attraktiver Arbeitgeber mit einer fortschrittlichen, sozial verantwortlichen Personalpolitik. Die Arbeitszufriedenheit ist im Branchenvergleich überdurchschnittlich. Mit den Sozialpartnern wird ein konstruktiver Dialog gepflegt. Vielfalt, Chancengleichheit, Gesundheit am Arbeitsplatz und die Integration von Mitarbeitenden mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit werden gefördert. Als führendes Unternehmen in einer Branche, die von stetigem und raschem Wandel gekennzeichnet ist, investiert Swisscom viel in die permanente Weiterbildung von Mitarbeitenden und Kadern. Die Mehrzahl der ausgeschriebenen Kaderstellen kann intern besetzt werden.

Im Berichtsjahr nahm die Zahl der Beschäftigten in der Schweiz um 3,8 Prozent auf 18 965 Stellen zu. Hinter dieser Zahl verbirgt sich ein erheblicher Strukturwandel: in rückläufigen Diensten wurden Stellen abgebaut und in wachsenden Geschäftsfeldern neue Arbeitsplätze geschaffen. Der Frauenanteil betrug 26 Prozent der Vollzeitstellen-Äquivalente (in Führungspositionen 11%). Zwei von sieben Mitgliedern des Verwaltungsrates waren Frauen, in der Konzernleitung war keine Frau vertreten.

Swisscom ist bei Weitem die grösste Ausbilderin von ICT-Fachkräften in der Schweiz. Im Berichtsjahr haben 254 Jugendliche hier ihre Lehre bei Swisscom begonnen. Insgesamt standen 903 Lernende in einer Vielzahl von technischen und kaufmännischen Berufen in Ausbildung.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Swisscom hält ein vielfältiges Portfolio von kleineren und grösseren in- und ausländischen Beteiligungen, welche zum einen das angestammte Kerngeschäft unterstützen, zum anderen neue Geschäftsfelder erschliessen.

Im Berichtsjahr führte Swisscom die beiden Verzeichnissportale «local.ch» und «search.ch» in einer neuen Tochtergesellschaft zusammen. Dadurch wurde der Auftritt im digitalen Werbemarkt gestärkt. Dem gleichen Zweck diene auch die Gründung eines Joint Venture mit SRG und Ringier, das die einheimischen Kräfte gegen die zunehmende Konkurrenz globaler Internet-Firmen bündeln und stärken sollte. Weiter wurde ein Joint Venture (siroop.ch) mit Coop zur Schaffung eines digitalen Marktplatzes geschaffen. Alle diese Zusammenschlüsse wurden von der Wettbewerbskommission ohne Auflagen genehmigt. Die Teilnahme der SRG am Joint Venture mit Swisscom und Ringier wurde durch das UVEK im Frühjahr 2016 genehmigt.

Daneben wurden auch einige Unternehmen bzw. Unternehmensteile verkauft – namentlich Alphapay (Inkasso) und Swisscom Hospitality Services (IPTV Lösungen für Hotels) –, da sie nicht mehr zur strategischen Ausrichtung von Swisscom passten.

Alle Kooperationen und Beteiligungen standen im Einklang mit den strategischen Zielen des Bundesrates.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (KPMG AG) kam zum Ergebnis, dass die konsolidierte Jahresrechnung der Swisscom AG für das Geschäftsjahr 2015 dem schweizerischen Gesetz entspricht und ein die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelndes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt.

C. Anträge an die Generalversammlung

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 13. Mai 1998 über die Statuten von Swisscom AG werden die Aktionärsrechte des Bundes durch die Vorsteher des EFD und des UVEK respektive durch eine von ihnen bevollmächtigte Vertretung gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Swisscom AG fand am 6. April 2016 in Granges-Paccot statt. Der Verwaltungsrat hat der Generalversammlung beantragt,

1. den Lagebericht, die Jahresrechnung der Swisscom AG und die Konzernrechnung für das Geschäftsjahr 2015 zu genehmigen;
2. den Vergütungsbericht 2015 im Sinne einer Konsultativabstimmung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen;
3. eine Dividende von 22 Franken pro Aktie auszuschütten;
4. den Mitgliedern von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung zu erteilen;
5. Hansueli Loosli (bisher; Präsident), Barbara Frei (bisher), Frank Esser (bisher), Theophil Schlatter (bisher), Catherine Mühlemann (bisher), Roland Abt (neu), Valérie Berset Bircher (neu; Personalvertreterin) und Alain Carrupt (neu; Personalvertreter) für die Amtsdauer von einem Jahr in den Verwaltungsrat zu wählen;
6. Barbara Frei (bisher), Theophil Schlatter (bisher), Hans Werder (bisher), Hansueli Loosli (bisher; Mitglied ohne Stimmrecht) und Frank Esser (neu) für die Amtsdauer von einem Jahr in den Vergütungsausschuss zu wählen;
7. den maximalen Gesamtbetrag der Vergütungen der Mitglieder des Verwaltungsrat im Geschäftsjahr 2017 auf 2,5 Millionen Franken und den maximalen Gesamtbetrag der Vergütungen der Mitglieder der Konzernleitung im Geschäftsjahr 2017 auf 9,7 Millionen Franken festzulegen;
8. die Anwaltskanzlei Reber Rechtsanwälte, Zürich, als unabhängigen Stimmrechtsvertreter wiederzuwählen;
9. KPMG AG, Muri b. Bern, für das Geschäftsjahr 2016 als Revisionsstelle wiederzuwählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat beauftragte am 23. März 2016 das UVEK und das EFD, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Swisscom AG zuzustimmen.

Gleichzeitig ordnete der Bundesrat Hans Werder (bisher) für die Amtsdauer von einem Jahr als Staatsvertreter in den Verwaltungsrat von Swisscom ab.

Würdigung der Ergebnisse 2015 in Kürze

Im Jahr 2015 hat die SBB die strategischen Ziele des Bundesrates *teilweise erreicht*.

Gut ist die Leistungsbilanz bei den Immobilien und teilweise im Personenverkehr. Handlungsbedarf besteht im Infrastrukturbereich und beim Güterverkehr. Die finanzielle Situation der SBB bleibt herausfordernd. Für eine nachhaltige Verbesserung der Jahresergebnisse erwartet der Bundesrat eine Steigerung der Produktivität.

Das Jahresergebnis der SBB sank auf 246 Millionen Franken (Vorjahr 373 Mio.). Der Free Cash Flow reichte nicht aus, um die kommerziellen Investitionen aus den eigenen Mitteln zu erwirtschaften. Die verzinliche Nettoverschuldung stieg auf 8,25 Milliarden und erreichte das 6,9-fache des EBITDA. Der Bundesrat erwartet eine Begrenzung der verzinlichen Nettoverschuldung auf das 6,5-fache des EBITDA.

Der Personenverkehr verzeichnete erneut eine Verkehrszunahme: Der Regionalverkehr wuchs mit 2,8 Prozent (Vorjahr 4,6 %) stärker als der Fernverkehr mit 1,5 Prozent (Vorjahr 1,8 %). Bei der Pünktlichkeit und bei der Kundenzufriedenheit ist eine leichte Zunahme auf hohem Niveau festzustellen.

Strukturelle Effekte sowie der starke Franken trugen wesentlich dazu bei, dass SBB Cargo im Güterverkehr die positiven Ergebnisse der beiden Vorjahre nicht bestätigen konnte. Um das Geschäft in diesem schwierigen Marktumfeld nachhaltig zu sichern, sind weitere Massnahmen zur Ergebnisverbesserung in Umsetzung.

Die Ziele im Infrastrukturbereich hat die SBB nur teilweise erreicht. Betrieb und Erhalt der stark belasteten Infrastruktur erforderten 2015 zusätzliche Unterhaltsarbeiten und deutlich mehr Mittel.

Die personellen Ziele wurden insgesamt erreicht. Die SBB betreibt eine fortschrittliche und sozial verantwortliche Personalpolitik. Am 1. Januar 2015 ist der neue GAV mit einer Laufzeit von vier Jahren in Kraft getreten. Die Zufriedenheit der Mitarbeitenden sank von 66 auf 64 Punkte.

Bei den Beteiligungen und Kooperationen ergaben sich gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Änderungen.

Kennzahlen	2015	2014
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	8 786	8 664
Konzerngewinn (Mio. CHF)	246	373
Bilanzsumme (Mio. CHF)	39 523	38 106
Eigenkapitalquote in %	29,4	29,9
Personalbestand (Vollzeitstellen)	33 000	32 730
Unternehmensspezifische Kennzahlen		
Personalzufriedenheit (Punkte, max. 100)	64	66
Beförderte Personen (Mio. pro Tag)	1,21	1,18
Kundenpünktlichkeit (%)	87,8	87,7
Ergebnis Personenverkehr (Mio. CHF)	131	104
Ergebnis Güterverkehr (Mio. CHF)	-22	33
Verzinliche Nettoverschuldung (Mio. CHF)	8 252	7 720
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF) ¹⁾	2 090	2 097
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹⁾ Abgeltungen und Investitionsbeiträge des Bundes für Infrastruktur, Regional-/Güterverkehr sowie für Behindertengesetz

A. Zielerreichung 2015*

1. Strategische Schwerpunkte

Die Verkehrsleistung im Personenverkehr ist weiter gewachsen: Der abgeltungsberechtigte Regionalverkehr wuchs mit 2,8 Prozent (Vorjahr 4,6 %) stärker als der gewinnorientierte Fernverkehr mit 1,5 Prozent (Vorjahr 1,8 %). Im Fernverkehr war das Wachstum in den Nebenverkehrszeiten erstmals stärker als in den Hauptverkehrszeiten, beim Regionalverkehr war die Quote stabil. Im internationalen Personenverkehr stabilisierte sich die Verkehrsleistung nach den Einbussen im Vorjahr. Insbesondere die Verkehrsleistung nach Deutschland konnte deutlich erhöht werden, dies auch dank dem in Kooperation mit der Deutschen Bahn angebotenen IC-Fernbus von Zürich nach München. Auf der Verbindungen nach Italien kam es trotz zusätzlichem Verkehr wegen der

EXPO 2015 zu Rückgängen. In Richtung Frankreich und Österreich blieb die Verkehrsleistung stabil.

Der Güterverkehr bewegt sich in einem schwierigen Marktumfeld mit tiefen Margen. Strukturelle Effekte sowie der starke Franken trugen wesentlich dazu bei, dass SBB Cargo die positiven Ergebnisse der beiden Vorjahre nicht bestätigen konnte und ein Ergebnis von -22 Millionen (Vorjahr 33 Mio.) erzielte. Das Jahresergebnis des Geschäftsbereichs Schweiz (inkl. Import-Exportverkehre) betrug -20 Millionen (Vorjahr 32 Mio.), jenes von SBB Cargo International -3 Millionen (Vorjahr 1 Mio.).

Gut ist die Leistungsbilanz bei den Immobilien. Zusammen mit den lokalen und kantonalen Behörden werden die Bahnhöfe und deren Umgebung mit der steigenden Zahl von Bahnreisenden und mit den Ansprüchen der Kunden weiter entwickelt. Die Kundenzufriedenheit an den Bahnhöfen ist auf hohem Niveau weiter gestiegen. Mit einer marktorientierten Bewirtschaftung ihrer Immobilien erreicht SBB Immobilien einen positiven Beitrag an das Konzernergebnis.

Im Infrastrukturbereich hat die SBB die Ziele nur teilweise erreicht. Die SBB hat bereits 2013 eine deutliche Verschlechterung des Anlagenzustands festgestellt und 2015 erneut zusätzliche, nicht in der Leistungsvereinbarung 2013-2016 vorgesehene Unterhaltmassnahmen eingeleitet. Im Ergebnis resultierte für Infrastruktur-Netz ein Defizit von -141 Millionen. Auch für die kommenden Jahre sieht die SBB die Notwendigkeit für zusätzliche Unterhaltmassnahmen. Im Berichtsjahr ereigneten sich 133 Störungen (Vorjahr 118), welche durch die Infrastruktur verursacht wurden und zu Verspätungen von mehr als 3 Minuten führten. Hauptgrund für die Störungszunahme waren Bauarbeiten auf der Zulaufstrecke von Deutschland Richtung Basel, infolge derer viele Züge verspätet ins Netz der SBB übergeben wurden. Zudem gab es vermehrt wetterbedingte Störungen an Anlagen.

Die Pünktlichkeit befindet sich trotz der erwähnten Störungen auf hohem Niveau. Im Personenverkehr erreichten 87,8 Prozent aller Reisenden ihr Ziel mit weniger als drei Minuten Verspätung (Vorjahr 87,7 %). Die Ankunftspünktlichkeit der Güterzüge in der Schweiz lag mit 65,6 Prozent tiefer als im Vorjahr (68,9%). Bei der Kundenzufriedenheit und dem Konzernimage ist ein Anstieg festzustellen. Diese Entwicklung ist in erster Linie auf eine bessere Bewertung von Platzangebot, Preis-Leistungsverhältnis und Sauberkeit zurückzuführen.

Das Sicherheitsniveau ist weiterhin hoch. Der Gesamtindex 2015 bewegte sich im langjährigen Durchschnitt, liegt aber tiefer als im sehr guten Jahr 2014. Der Anstieg bei den Zugunfällen von zwei auf elf Ereignisse (vier Zusammenstösse, 7 Entgleisungen) fiel im Gesamtindex stark ins Gewicht. Um das Sicherheitsniveau weiter zu verbessern, werden Massnahmen auf der technischen

wie auch auf der Ebene der Mitarbeitenden umgesetzt. Weitere Fortschritte konnten bei den Umweltzielen (Energiesparprogramm und CO₂-Reduktion) erzielt werden.

2. Finanzielle Ziele

Die Jahresrechnung weist einen Rückgang des Konzerngewinns um 127 Millionen auf 246 Millionen aus. Die Abnahme ist in erster Linie auf tiefere Gewinne aus Immobilienverkäufen, den Defizitanstieg von Infrastruktur Netz sowie auf die negativen Auswirkungen der Frankenstärke zurückzuführen. Der Bereich Immobilien leistete mit 342 Millionen den grössten Ergebnisbeitrag, gefolgt vom Personenverkehr mit einem Gewinn von 131 Millionen. SBB Cargo erzielte einen Verlust von -22 Millionen. Grösste Verlustquelle war der abgeltungsrechtliche Bereich Infrastruktur Netz mit einem Ergebnis von -141 Millionen. SBB Immobilien leistete eine Ausgleichszahlung von 150 Millionen an die Infrastruktur und einen wesentlichen Beitrag an die Sanierung der Pensionskasse SBB. Die Vorgaben zur Produktivität wurden nur teilweise – namentlich im Güterverkehr – erreicht.

Die Investitionen konnten nicht aus den selbsterarbeiteten Mitteln finanziert werden. Die verzinsliche Nettoverschuldung stieg im Vergleich zum Vorjahr um 532 Millionen auf 8,25 Milliarden und erreichte das 6,9-fache des EBITDA. Der Bundesrat erwartet eine Begrenzung der verzinslichen Nettoverschuldung auf das 6,5-fache des EBITDA. Zur Wahrung ihrer finanziellen Stabilität muss es der SBB deshalb gelingen, ein tragfähiges Verhältnis zwischen Investitionen, Erträgen und Produktivitätssteigerungen zu erreichen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die SBB betreibt eine fortschrittliche und sozial verantwortliche Personalpolitik. Der Personalbestand nahm um 271 (+1,7 %) auf 33'000 Vollzeitstellen zu. Am 1. Januar 2015 ist der neue GAV mit einer Laufzeit von vier Jahren in Kraft getreten. Der GAV 2015 enthält personalpolitisch wichtige Neuerungen sowohl für die Unternehmung als auch für die Mitarbeitenden. Insgesamt absolvierten 1488 Lernende (rund 5 % des Mitarbeiterbestandes) eine Ausbildung bei der SBB. Die SBB fördert mit besonderen Programmen die Gesundheitskompetenz, die berufliche Wiedereingliederung sowie die Arbeitsmarktfähigkeit ihrer Mitarbeitenden und setzt sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein.

Der Deckungsgrad der Pensionskasse SBB belief sich 2015 auf 105,7 Prozent (Vorjahr 107,3%). Angesichts ungenügender Schwankungsreserven, geringeren Anlagerenditen sowie der steigenden Lebenserwartung beschloss der Stiftungsrat Ende 2014 ein Massnahmenpaket zur langfristigen Stabilisierung der Pensionskasse SBB, welches im Januar 2016 umgesetzt wurde. Einen weiteren Schritt hat die SBB mit den Sozialpartnern am

23. März 2015 vereinbart: Die SBB leistet eine Einmal-einlage von 690 Millionen zur nachhaltigen Stabilisierung der Pensionskasse im Rahmen der Anpassung der technischen Grundlagen per 1. Januar 2016. Im Gegenzug leistet das Personal seinerseits Beiträge (Verzicht auf einen Ferientag bis 2018, Verzicht auf generelle Lohnerhöhungen bis 2020 sowie eine maximale individuelle Lohnentwicklung von 0,8% bis 2020).

Die Personalzufriedenheit sank im Berichtsjahr von 66 auf 64 Punkte. Das haben drei Stimmungsbarometer bei je 1000 Mitarbeitenden ergeben. Der Aufwärtstrend der letzten Jahre setzte sich damit nicht weiter fort. Die Rücklaufquote betrug knapp 50 Prozent.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Bei den Beteiligungen und Kooperationen ergaben sich im Berichtsjahr keine wesentlichen Änderungen. Die Ziele sind erreicht.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle empfiehlt mit Bericht vom 11. März 2016 der Generalversammlung, die Jahres- und Konzernrechnung 2015 zu genehmigen. Sie gelangt zum Schluss, dass die Konzernrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den Swiss GAAP FER vermittelt und dem schweizerischen Gesetz entspricht.

C. Anträge an die Generalversammlung

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 7. Juni 1999 über die Statuten der SBB werden die Aktionärsrechte des Bundes durch die Vorsteher des EFD und des UVEK (respektive durch eine von diesen bezeichnete Vertretung) gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der SBB AG findet am 15. Juni 2016 in Bern statt. Der Verwaltungsrat beantragt,

1. den Lagebericht, die Jahresrechnung und die Konzernrechnung 2015 zu genehmigen und die Berichte der Revisionsstelle zur Konzernrechnung SBB und Jahresrechnung SBB AG sowie den umfassenden Bericht der Revisionsstelle an den Verwaltungsrat gemäss Art. 728b OR zur Kenntnis zu nehmen;
2. den Bilanzgewinn per 31. Dezember 2015 von 170,0 Millionen auf die neue Rechnung vorzutragen (Jahresgewinn 2015 293,3 Mio.; Verlustvortrag Vorjahr -269,1 Mio.; Entnahme Reserve gemäss Art. 67 EBG für Infrastruktur und Art. 36 PBG für Regionaler Personenverkehr von 145,8 Mio.);

3. den Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Konzernleitung für das Geschäftsjahr 2015, abgeschlossen per 31. Dezember 2015, Entlastung zu erteilen;
4. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des vorliegenden Berichtes standen die Anträge des Verwaltungsrates betreffend Wahlen in den Verwaltungsrat noch nicht fest, da die Nominationsverfahren für drei neue Mitglieder noch andauerten. Der Bundesrat wird sich zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen eines separaten Beschlusses mit diesem Geschäft befassen.
5. Ernst & Young für eine Amtsdauer von einem weiteren Jahr als Revisionsstelle zu wählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 23. März 2016 das UVEK und das EFD beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der SBB AG – mit Ausnahme des noch ausstehenden Antrages 4 „Wahlen des Verwaltungsrates“ – zuzustimmen.

Die Schweizerische Post AG

Internet: www.post.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100%

Verwaltungsrat: Peter Hasler (Präsident), Adriano P. Vassalli (Vizepräsident), Susanne Blank (Personalvertreterin), Michel Gobet (Personalvertreter), Andreas Schläpfer, Marco Durrer, Philippe Milliet, Myriam Meyer, Nadja Lang

CEO: Susanne Ruoff

Externe Revisionsstelle: KPMG AG, Muri bei Bern

Würdigung der Ergebnisse 2015 in Kürze

Im Jahr 2015 hat die Schweizerische Post AG die Ziele des Bundesrates *erreicht*.

Die Grundversorgung mit Postdiensten und Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs wurde in guter Qualität und zu angemessenen Preisen erbracht. Die Laufzeitvorgaben für Briefe und Pakete wurden übertroffen, ebenso die Vorgaben zur Erreichbarkeit der Poststellen bzw. dem Zugang der Bevölkerung zur Grundversorgung mit Postdiensten und im Zahlungsverkehr. Die Gesamtzufriedenheit der Kunden befindet sich auf Vorjahresniveau. Die Marktanteile im Kerngeschäft (Briefe, Pakete, Zahlungsverkehr und Personenverkehr) wurden gehalten.

Der Betriebsertrag liegt mit 8224 Millionen 1,8 Prozent unter dem Vorjahreswert, der Konzerngewinn konnte um 7 Millionen auf 645 Millionen gesteigert werden. Der Unternehmensmehrwert betrug im vergangenen Jahr 169 Millionen. Ausser Poststellen und Verkauf vermochten alle Konzernbereiche ein positives Ergebnis vorzuweisen. Wie im Vorjahr werden dem Bund 200 Millionen Dividenden ausgeschüttet.

Die Personalzufriedenheit im Konzern liegt konstant bei 75 Punkten, und die Fluktuationsrate ist nach wie vor tief. Mit ihrem Engagement für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie einem Anteil Lernender am gesamten Personalbestand von 5,7 Prozent kann die Post als sozialverantwortliche Arbeitgeberin bezeichnet werden. Die Pensionskasse weist einen Deckungsgrad von 99,4 Prozent auf (provisorischer Wert).

Die Post engagiert sich mit verschiedenen Massnahmen wie alternativen Antrieben und Treibstoffen sowie besserer Fahrzeugauslastung im Bereich der Nachhaltigkeit.

Angesichts des steigenden Defizits von Poststellen und Verkauf erwartet der Bundesrat, dass das Netz an Zugangspunkten konsequent weiterentwickelt wird.

Bei den Kooperationen und Beteiligungen ist die Rentabilität (EBIT-Marge) im Ausland mit 5 Prozent klar tiefer als diejenige des Konzerns (10%) und hat sich aufgrund des starken Frankens und der tieferen Sendungsmengen gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Der Bundesrat erwartet hier eine Steigerung.

Kennzahlen	2015	2014
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF) ¹⁾	8 224	8 371
Konzerngewinn (Mio. CHF) ²⁾	645	638
Bilanzsumme (Mio. CHF)	120 327	124 671
Eigenkapitalquote in %	3,6	4,0
Personalbestand (Vollzeitstellen)	44 131	44 681

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Personalzufriedenheit (Skala 0 – 100)	75	75
Dividende an Bund (Mio. CHF)	200	200
Adressierte Briefe (Mio. Sendungen)	2 172	2 203
Pakete (Mio. Sendungen)	115	112
Neugeldzufluss PostFinance (Mrd. CHF)	-2,8	2,8

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF) ³⁾	226	225
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹⁾ Total Betriebsertrag

²⁾ Die angegebenen finanziellen Kennzahlen beinhalten Sondereffekte (Anpassung Personal-/Vorsorgeaufwand und latente Ertragssteuersätze), die normalisiert wurden, um eine bessere Vergleichbarkeit zu erreichen.

³⁾ Abgeltungen Bund an PostAuto und für indirekte Presseförderung (Subventionsempfänger dieser 50 Mio. CHF pro Jahr sind jedoch die Verleger)

⁴⁾

A. Zielerreichung 2015*

1. Strategische Schwerpunkte

Die Post gewährleistete die Grundversorgung mit Postdiensten und Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs auch im vergangenen Jahr in guter Qualität und zu angemessenen Preisen. Bei den A-Post-Briefen erreichten 97,8 Prozent und bei den B-Post-Briefen 98,9 Prozent rechtzeitig den Empfänger. Bei den Paketen weist die Post in den Bereichen „Priority“ und „Economy“ eine Zustellpünktlichkeit von 97,5 Prozent aus. Die Werte haben sich damit gegenüber dem Vorjahr kaum verändert.

Im Jahr 2015 erreichen 95,8 Prozent der Bevölkerung innerhalb von 20 Minuten – resp. 30 Minuten bei einem

Hauservice – eine Poststelle oder eine Postagentur. Die Erreichbarkeit der Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs ergab einen Wert von 98,5 Prozent.¹

Die Gesamtzufriedenheit der Kunden der Post liegt wie bereits 2013 und 2014 bei 80 Punkten (Skala 1-100). Die Zufriedenheit der Geschäftskunden mit Swiss Post Solutions und PostFinance hat sich gegenüber dem Vorjahr jedoch um 3 Punkte verschlechtert. Die Privatkunden sind insbesondere mit Poststellen und Verkauf sehr zufrieden.

Die Preise der Post bei den Briefen und Paketen sind im internationalen Vergleich günstig. So belegt die Post bei den Briefen von 15 europäischen Vergleichsländern den 7. Platz und bei den Paketen den 5. Platz. Die Verschlechterungen gegenüber dem Vorjahr um einen (Briefe) resp. zwei Plätze (Pakete) erklärt sich hauptsächlich mit dem starken Franken. Kaufkraftbereinigt belegt die Post in beiden Kategorien nach wie vor den ersten Rang.

Der Mengenrückgang bei den adressierten Briefen schreitet weiter voran und betrug 2015 1,4 Prozent. Bei den von der Post transportierten Zeitungen kam es zu einem Rückgang von 3,8 Prozent. Der nach wie vor wachsende Online-Versandhandel führte zu 3,2 Prozent mehr transportierten Paketen. PostAuto hat gegenüber dem Vorjahr 4,4 Millionen Passagiere mehr befördert. Die Post vermochte ihre Marktstellung in den Geschäftsfeldern Kommunikation und Logistik, Finanzdienstleistungen und Personenverkehr zu halten.

2. Finanzielle Ziele

Der Betriebsertrag hat gegenüber dem Vorjahr um 147 Millionen Franken abgenommen. Das Betriebsergebnis (EBIT) beträgt 823 Millionen (2014: 803 Mio.). Diese Zunahme gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf der Veränderung von Buchwerten im Finanzdienstleistungsmarkt zurückzuführen. Der Konzerngewinn konnte um 7 Millionen auf 645 Millionen gesteigert werden. Der Unternehmensmehrwert (bereinigtes Betriebsergebnis abzgl. Kapitalkosten) betrug im vergangenen Jahr 169 Millionen.

Alle Konzernbereiche mit Ausnahme des Segments Poststellen und Verkauf trugen zum positiven Ergebnis der Post bei. Das Betriebsergebnis wird hauptsächlich von PostMail (358 Mio.), PostLogistics (145 Mio.) und PostFinance (459 Mio.) getragen. Der Neugeldzufluss bei PostFinance ist aufgrund der bei Geschäftskunden ab einem gewissen Freibetrag erhobenen Negativzinsen seit Jahren erstmals negativ (-2,8 Mrd.). PostFinance verfügt über das bankenrechtlich erforderliche Eigenkapital. Das Betriebsergebnis von Poststellen und Verkauf beträgt -110 Millionen und hat sich damit aufgrund der Mengenrückgänge bei den Briefen und Paketen sowie der Geldverar-

beitung am Schalter trotz laufendem Umbau des Poststellennetzes weiter verschlechtert. Die Rentabilität der Post ist verglichen mit den grössten europäischen Postgesellschaften hoch.

Der Verwaltungsrat der Post beantragt eine Gewinnausschüttung von 200 Millionen, was einer Dividende von 153.8 Franken pro Aktie entspricht.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Der Personalbestand des Konzerns hat sich 2015 gegenüber dem Vorjahr um 551 Vollzeitstellen verringert. Dieser Rückgang erfolgte in der Schweiz (-373 FTE) und im Ausland (-178 FTE). Zu den grössten Rückgängen kam es bei PostMail aufgrund von Optimierungsmassnahmen bei den Sortier- und Zustellprozessen und bei Poststellen und Verkauf aufgrund des weiteren Umbaus des Poststellennetzes. Wachsende Personalbestände werden dagegen bei PostFinance (+3.7 %) und bei PostAuto (+5.4 %) verzeichnet. Rund 83 Prozent des gesamten Post-Personals ist in der Schweiz beschäftigt.

Die Personalfriedenheit im Konzern liegt seit 2012 unverändert bei 75 Punkten (Skala 1-100). Im vergangenen Jahr absolvierten insgesamt 2077 (2013: 2035) Lernende eine berufliche Grundbildung bei der Post. Der Anteil Lernender gemessen am gesamten Personalbestand in der Schweiz beträgt damit 5,7 Prozent.

Die Post engagiert sich stark für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bietet beispielsweise allen Mitarbeitenden orts- und zeitunabhängige Arbeitszeitmodelle. In der Schweiz arbeiten fast 50 Prozent aller Konzernmitarbeitenden Teilzeit (d.h. mit einem Beschäftigungsgrad unter 90%).

Die Post und die Sozialpartner haben die Verhandlungen über einen neuen Dach-GAV sowie spezifische GAV für die Konzerngesellschaften Post CH AG, PostAuto AG und PostFinance AG 2015 abgeschlossen. Die neuen GAV sind per 1. Januar 2016 in Kraft getreten.

Die Pensionskasse der Post weist per Ende 2015 einen Deckungsgrad von 99,4 Prozent aus (provisorischer Wert).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Im vergangenen Jahr hat die Post im Ausland einen Betriebsertrag von 1149 Millionen Franken erzielt (davon 92,6 % in Europa), was 14 Prozent des Betriebsertrages des Konzerns entspricht. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 84 Millionen Franken erklärt sich hauptsächlich mit Fremdwährungsberichtigungen aufgrund der Aufgabe des Franken-Euro-Mindestkurses sowie Mengenrückgängen bei den Import/Export-Sendungen. Das im

¹ Die beiden Aufsichtsbehörden PostCom und BAKOM werden noch prüfen, ob diese Werte die Vorgaben gemäss Postgesetzgebung erfüllen.

Ausland erzielte Betriebsergebnis betrug 57 Millionen bzw. 6,5 Prozent des Betriebsergebnisses des Konzerns. Die Rentabilität (EBIT-Marge) im Ausland ist mit 5 Prozent deutlich tiefer als diejenige des Konzerns mit 10 Prozent.

Das Joint Venture ASENDIA mit der französischen Post (grenzüberschreitende Mailaktivitäten) vermochte 2015 den Betriebsertrag und das Betriebsergebnis weiter zu erhöhen. PostAuto konnte in Frankreich ein neues Stadtnetz übernehmen (Sète).

Die Post tätigte im vergangenen Jahr nur Akquisitionen mit einem geringen Kaufpreis und unwesentlichen Auswirkungen auf die Ertragslage (u.a. im Bereich Verzollung, Geldverarbeitung und Direct Marketing).

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle bestätigt mit Bericht vom 7. März 2016, dass die konsolidierte Jahresrechnung der Schweizerischen Post AG für das Geschäftsjahr 2015 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) vermittelt und dem schweizerischen Gesetz entspricht. Sie empfiehlt, die konsolidierte Jahresrechnung 2015 zu genehmigen.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die Aktionärsrechte des Bundes werden durch das UVEK und das EFD (respektive durch eine von diesen bezeichnete Vertretung) gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Schweizerischen Post AG findet am 26. April 2016 in Bern statt. Der Verwaltungsrat beantragt der Generalversammlung,

1. die am 7. März 2016 durch den Verwaltungsrat verabschiedete Teilrevision der Statuten zu genehmigen;
2. den Lagebericht und die Jahresrechnung der Schweizerischen Post AG sowie die Konzernrechnung für das Geschäftsjahr 2015 zu genehmigen und den Bericht der Revisionsstelle vom 7. März 2016 zur Kenntnis zu nehmen;
3. den verfügbaren Gewinn folgendermassen zu verwenden:

Bilanzgewinn 2015	CHF 361'006'854
Entnahme aus freien Reserven	<u>CHF 0</u>
Verfügbarer Gewinn	CHF 361'006'854
Brutto Dividende	<u>CHF 200'000'000</u>
Vortrag auf neue Rechnung	<u>CHF 161'006'854</u>
4. den Mitgliedern des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung zu erteilen;
5. Herrn Urs Schwaller, von Luterbach (SO) und Tifers (FR) in Tifers, als Ersatz für Herrn Peter Hasler als Verwaltungsratspräsidenten bis zur Gesamterneuerungswahl des Verwaltungsrates im Rahmen der ordentlichen Generalversammlung 2017 zu wählen;
6. die KPMG AG in Muri bei Bern für das Geschäftsjahr 2016 als Revisionsstelle wiederzuwählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 23. März 2016 das UVEK und das EFD beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Schweizerischen Post AG zuzustimmen.

Skyguide

Internet: www.skyguide.ch

Sitz: Genf

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 99,97%

Verwaltungsrat: Walter T. Vogel (Präsident), Bernhard Müller, Anne Bobillier, Jean-Yves Bonvin, Hans-Peter Strodel, Cristina Feistmann, Dominik Hänggi (Personalvertreter)

CEO: Daniel Weder

Externe Revisionsstelle: PriceWaterhouseCoopers, Pully

Würdigung der Ergebnisse 2015 in Kürze

Im Jahr 2015 hat Skyguide die strategischen Ziele des Bundesrates *insgesamt erreicht*.

Skyguide besorgt im Auftrag des Bundes die zivile und militärische Flugsicherung in der Schweiz und in angrenzenden Gebieten. Neben zwei Kontrollzentren in Genf und Dübendorf betreibt Skyguide zwölf weitere Unternehmensstandorte (Regional- und Militärflugplätze).

Skyguide hat im Berichtsjahr den hoheitlichen Auftrag erfüllt. Die Sicherheit des Luftverkehrs war jederzeit gewährleistet. Die von Skyguide verursachten Verspätungen im zivilen Luftverkehr fielen im internationalen Vergleich gering aus. Die Einsatzbereitschaft der Luftwaffe entsprach den Anforderungen. Die Wirtschaftlichkeit des Betriebs war, gemessen an den Voraussetzungen (unvorteilhafte Gröszenstruktur, hohe Gestehungskosten am Standort Schweiz, Wechselkursschwankungen), zufriedenstellend. Allerdings bewirkte die starke Abwertung des Euro gegenüber dem Schweizer Franken einen weiteren Anstieg der im internationalen Vergleich bereits sehr hohen Flugsicherungsgebühren. Sie lagen im Mittel um 50 Prozent über dem Niveau der umliegenden Länder. Dies belastete den Aviatik-Standort Schweiz.

Trotz der ungünstigen Wechselkursentwicklung schloss Skyguide die Jahresrechnung mit einem Betriebsüberschuss von rund 28 Millionen Franken ab.

Die personalpolitischen Ziele wurden erreicht. Der Aufbau von ausreichenden Personalressourcen im militärischen Bereich bleibt eine Herausforderung.

Die im Rahmen der europäischen Initiative «Single European Sky» angestrebte Schaffung eines funktionalen Luftraumblocks über Frankreich, Deutschland, den Beneluxstaaten und der Schweiz («Functional Airspace Block Europe Central» FABEC) erlitt einen Rückschlag. Ein Projekt zur Entflechtung von Luftstrassen scheiterte kurz vor seiner Realisierung mangels Zustimmung aller involvierten Partner. Trotzdem engagiert sich Skyguide weiterhin für eine praxisgerechte, ergebnisorientierte Umsetzung des FABEC-Staatsvertrages.

Die Vernetzung der Kontrollzentren Genf und Dübendorf zu einem einzigen «Virtual Center» kam einen wichtigen Schritt voran. Alle Flugverkehrsleiter verfügen nun über einen einheitlichen, voll digitalisierten Arbeitsplatz. Das Konzept «Virtual Center» erhöht die Flexibilität und die Sicherheit. Es lässt sich bei Bedarf auf weitere Kontrollzentren im Ausland ausdehnen und sichert so die Zukunftsfähigkeit von Skyguide im europäischen Kontext.

Kennzahlen	2015	2014
------------	------	------

Finanzen¹⁾ und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	450,7	449,7
Betriebsergebnis (Mio. CHF)	28,1	28,1
Bilanzsumme (Mio. CHF)	660,0	660,4
Eigenkapitalquote in %	53,6	52,9
Personalbestand (Vollzeitstellen)	1 412	1 397

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Anzahl kontrollierter Flüge (Mio.)	1,177	1,157
Pünktlichkeit (% der Flüge)	96,8	96,7
Ø Verspätung pro Überflug (Min.)	0,04	0,07
Eurocontrol Safety Maturity Index	87,6	86,2
Ø En Route Unit Rate (EUR)	111,40	99,90

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF) ²⁾	73,9	72,4
Gebühren (Mio. CHF) ³⁾	362,3	364,5

¹⁾ gemäss statutarischem Abschluss

²⁾ für nicht bezahlte Leistungen in delegierten ausländischen Lufträumen, für gebührenbefreite Flüge sowie für nicht kostendeckende Leistungen auf Regionalflugplätzen

³⁾ Flugsicherungsgebühren, einschliesslich kostendeckendem Beitrag der Luftwaffe

A. Zielerreichung 2015*

1. Strategische Schwerpunkte

Die operativen Leistungen von Skyguide waren erneut sehr gut. Die in den Vorjahren erreichten hohen Pünktlichkeitswerte konnten bei leicht wachsendem Verkehr (+1,7 %) gehalten und teilweise verbessert werden. Auf dem Flughafen Genf halbierten sich die von Skyguide verursachten Verzögerungen und erreichten damit ein mit dem Flughafen Zürich vergleichbares Niveau. Andere Faktoren wie häufig ungünstige Wetterbedingungen (Wind und Nebel) führten aber insgesamt zu einer Zunahme der Verspätungen auf den Landesflughäfen.

Die Sicherheit des Luftverkehrs war jederzeit gewährleistet. Es waren keine gravierenden Vorkommnisse zu ver-

* Strategische Ziele: www.uvek.admin.ch > Das UVEK > Bundesnahe Betriebe > Zielvorgaben und Zielerreichung

zeichnen. Gemäss dem von Eurocontrol und EASA erhobenen «Safety Maturity Index» zählte Skyguide hinsichtlich Reifegrad des Sicherheitsmanagementsystems und der Sicherheitskultur zu den besten zehn von 43 geprüften europäischen Flugsicherungsorganisationen.

Die Einsatzbereitschaft der Luftwaffe war sichergestellt. Die Einsatzzentrale konnte 99,3 Prozent der angeordneten Missionen durchführen (gleich wie im Vorjahr). Auf den Luftwaffenbasen konnten insgesamt 98,3 Prozent (Vorjahr: 97,9 %) der befohlenen Flüge nach Instrumentenflugregeln geleitet werden. Die beiden Stützpunkte Meiringen und Sion/Sitten, die in den Vorjahren hinter dem Anforderungsniveau zurückgeblieben waren, erreichten den vereinbarten Zielwert von 95 Prozent.

Trotz diesem erfreulichen Ergebnis bleibt die Personalsituation im militärischen Bereich angespannt. Die Rekrutierung und Ausbildung von zusätzlichen militärischen Flugverkehrs- und Einsatzleitenden bildet eine der zentralen Herausforderung im Hinblick auf die per 2020 angestrebte Einführung des permanenten Luftpolizeidienstes.

Skyguide engagierte sich mit erheblichem finanziellem und personellem Aufwand für die Verbesserung der Strukturen und Verfahren im gemeinsam mit Frankreich, Deutschland und den Benelux-Staaten gebildeten Luftraumblock FABEC («Functional Airspace Block Europe Central»). Skyguide beteiligte sich federführend am Projekt «South East», das auf eine Entflechtung der Luftstrassen zwischen den Räumen Genf und Brüssel zielte. Kurz vor der Umsetzung wurde das Projekt jedoch aufgrund von gewerkschaftlichem Widerstand in Frankreich gestoppt. Trotz dieses Rückschlags ist Skyguide weiterhin an einer pragmatischen Zusammenarbeit mit den FABEC-Partnern interessiert.

Unabhängig von der Zukunft der EU-Initiativen «Single European Sky» und FABEC rechnet Skyguide längerfristig mit tiefgreifenden Umwälzungen im europäischen Flugsicherungswesen, die massgeblich durch die technologische Entwicklung getrieben werden. Um sich darauf vorzubereiten, arbeitet Skyguide auf die konsequente Standardisierung, Modularisierung und Vernetzung der Flugsicherungsinfrastruktur hin, wodurch sich neue betriebliche Perspektiven öffnen. Im Berichtsjahr wurde ein wichtiges Etappenziel erreicht, indem nun alle Flugverkehrsleitenden über den gleichen, voll-digitalisierten Arbeitsplatz verfügen. In einem nächsten Schritt wird die darunterliegende ICT-Architektur harmonisiert und vernetzt. Von Innovationen profitierten auch die Luftwaffe, die Helikopter-Rettungsdienste und die Regionalflugplätze.

2. Finanzielle Ziele

Skyguide ist gemäss Luftfahrtgesetz ein nicht gewinnorientiertes Unternehmen. Der Bundesrat erwartet ein ausgeglichenes Betriebsergebnis. Dieses Ziel wurde mit einem Betriebsüberschuss von 28,1 Millionen Franken

(gleich wie im Vorjahr) erreicht. Zu diesem Resultat beigetragen haben die Abgeltungen des Bundes für nicht bezahlte Leistungen in delegierten ausländischen Lufträumen, für gebührenbefreite Flüge sowie für nicht kostendeckende Leistungen auf Regionalflugplätzen, die mit 73,9 Millionen Franken um 2 Prozent höher ausfielen als im Vorjahr und 16,4 Prozent zum Umsatz beitrugen (Vorjahr: 16,1 %). Alle Investitionen konnten aus dem Cash Flow finanziert werden. Die Nettoverschuldung lag innerhalb des vom Bundesrat gesetzten Rahmens.

Problematisch blieben die vergleichsweise hohen Kosten. Zwar hat Skyguide die Kosteneffizienz nach Massgabe des von der EU-Kommission verwendeten Indikators um 3,4 Prozent verbessert. Doch internationale Kunden spürten davon nichts, weil die Überfluggebühren in Euro fakturiert werden. Die Abwertung des Euro gegenüber dem Schweizer Franken nach der Aufhebung des Mindestkurses zu Beginn des Berichtsjahres schlug direkt auf die Tarife durch. Diese lagen im Jahresmittel um 50 Prozent über dem Niveau der FABEC-Partner (Vorjahr: 40 %). Angesichts ihrer begrenzten Möglichkeiten, Vorleistungen aus dem Ausland zu beziehen bzw. die Produktion in den Euro-Raum zu verlagern, verfügt Skyguide kurzfristig über wenig Spielraum, um dieses Preisgefälle abzubauen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Skyguide ist eine verantwortungsbewusste Arbeitgeberin mit einer modernen Personalpolitik. Sie pflegt eine offene und konstruktive Sozialpartnerschaft mit den insgesamt sieben Gewerkschaften der Fluglotsen und des technisch-administrativen Personals. Die Arbeitszufriedenheit ist hoch. Der Personalbestand nahm im Berichtsjahr um 1,1 Prozent auf 1412 Vollzeitstellen zu. Alle Ausbildungsplätze für militärische Flugverkehrs- und Einsatzleitende waren belegt. Insgesamt absolvierten 43 Flugverkehrsleitende eine Ausbildung bei Skyguide. Hinzu kamen 17 Lernende in kaufmännischen und Informatik-Berufen.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Zum Konsolidierungskreis von Skyguide gehören die Tochtergesellschaften Skysoft AG, Skynav AG und Swisscontrol AG. Zudem besteht seit 2008 eine 8,33 Prozent-Beteiligung am «European Satellite Services Provider» (ESSP) mit Sitz in Portugal. Im Berichtsjahr ging Skyguide keine neuen Kooperationen mit in- und ausländischen Partnern ein.

Die technische Zusammenarbeit im Rahmen des FABEC in den Bereichen operationelle Verfahren, Planung, Sicherheit, Ausbildung und Audits wurde fortgeführt. Darüber hinaus bewarb sich Skyguide um Vollmitgliedschaft beim europäischen Forschungsprogramm «SESAR 2020» (Single European Sky Air Traffic Management Research Programme) und reichte drei eigene Technologieprojekte bei der europäischen «Innovation and Networks Executive Agency» (INEA) ein.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hat die Beurteilung abgegeben, dass die Jahresrechnung 2015 der Skyguide AG dem schweizerischen Gesetz entspricht und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt.

C. Anträge an die Generalversammlung

Gestützt auf den Bundesratsbeschluss vom 9. Dezember 2011 zum Erlass der Strategischen Ziele für Skyguide 2012-2015 werden die Aktionärsinteressen der Eigenschaft gegenüber Skyguide durch das UVEK und das VBS gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Skyguide AG fand am 10. Mai 2016 in Bern statt. Der Verwaltungsrat beantragte der Generalversammlung,

1. den Jahresbericht, die Jahresrechnung und die konsolidierte Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2015 zu genehmigen;
2. den Bilanzgewinn von 5,343 Millionen Franken wie folgt zu verwenden:
 Zuweisung an die allgemeine Reserve: 0,212 Millionen
 Zuweisung an die übrigen Reserven: 4,0 Millionen
 Vortrag auf neue Rechnung: 1,131 Millionen;
3. den Mitgliedern von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung zu erteilen;
4. PriceWaterhouseCoopers AG, Zürich (Niederlassung Pully) für die Dauer von einem Jahr als statutarische Revisionsstelle wiederzuwählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 23. März 2016 das UVEK und das VBS beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Skyguide AG zuzustimmen.

Schweizerisches Nationalmuseum SNM

Internet: www.nationalmuseum.ch

Sitz: Zürich

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Museumsrat: Markus Notter (Präsident), Isabelle Graesslé (Vizepräsidentin), Irène Herrmann, Catherine Labouchère (Rücktritt per 31.12.2015), Pio Pellizzari, Iwan Rickenbacher, Marc Wehrlin (Rücktritt per 31.12.2015)

Direktor: Andreas Spillmann

Externe Revisionsstelle: KPMG AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2015 in Kürze

Das Berichtsjahr war durch den Abschluss der Arbeiten am Erweiterungsbau des Schweizerischen Landesmuseums Zürich geprägt, der im Dezember vom Museum übernommen wurde und am 31. Juli 2016 eröffnet wird.

Die Besucherzahlen im Landesmuseum Zürich waren trotz der Baustellensituation ausgezeichnet. So konnten gegenüber dem Vorjahr sogar 2 000 Besucher mehr verzeichnet werden. Das Forum Schweizer Geschichte in Schwyz konnte seine Besucherzahlen halten, während sie im Château de Prangins nach einer Reihe erfreulicher Ergebnisse zurückgingen. Hier wird besonders darauf zu achten sein, weiterhin ein attraktives, geeignetes Angebot sicherzustellen, das dem dezentralen Standort und der schwierigen Erreichbarkeit mit den öffentlichen Verkehrsmitteln des Château de Prangins entgegenwirkt.

Das Forum Schweizer Geschichte konnte seine Dauerexposition mit einer «Schwarzen Stube» aus dem Jahr 1311, einem seltenen Zeugnis mittelalterlicher Wohnkultur, ergänzen. Das SNM bietet weiterhin ein umfassendes, vielfältiges Programm im Bereich der Wissensvermittlung für Kinder, Familien und Fachpublikum, womit der strategischen Ausrichtung auf die «kulturelle Teilhabe» der Kulturbotschaft 2016-2020 Rechnung getragen wird.

2015 wurde im Sammlungszentrum Affoltern am Albis die Bergung von Kulturgütern im Katastrophenfall geprobt. Die daraus gezogenen Lehren sind für die Weiterbildung und die Reaktionsfähigkeit bei einer Gefährdung der im Sammlungszentrum aufbewahrten wertvollen Kulturgüter sehr wichtig.

Das Rechnungsjahr schliesst aufgrund der Kosten im Zusammenhang mit der Eröffnung des neuen SNM in Zürich mit einem Verlust von 768 000 Franken ab. Aus dem gleichen Grund ist die Zahl der FTE auf 146 gestiegen. Auf Kaderebene erreichte das SNM mit einem Anteil Frauen mit Führungsverantwortung von 44% und einem leichten Rückgang im Vergleich zum Vorjahr (46%) nahezu Parität. Als Ausbildungs- und Eingliederungsort beschäftigte es 20 Praktikant/innen, 2 Lernende und 17 Personen, die an einer von der IV unterstützten Massnahme teilnahmen. Der Bundesrat erwartet, dass das SNM seine Leistungen nach Abschluss der baulichen Erweiterungen in Zürich unter Wahrung stabiler finanzieller Verhältnisse erbringt.

Kennzahlen	2015	2014
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	47,5	47,3
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	-0,8	0,9
Bilanzsumme (Mio. CHF)	14,9	16,3
Eigenkapitalquote in %	44,5	45,5
Personalbestand (Vollzeitstellen)	146	137

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Museumsbesuchende Zürich	230 527	228 535
Museumsbesuchende Prangins	37 150	47 421
Museumsbesuchende Schwyz	23 200	24 284
Anzahl Neuinventarisierungen	13 462	21 956
Anzahl Leihgaben	773	2 121
Erträge aus Museumsbetrieb (Mio. CHF)	3,11	2,36
Spenden und Sponsoring (Mio. CHF)	1,24	1,48

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	26,4	26,4
Beitrag an die Unterbringung (Mio. CHF)	16,3	16,5
Gebühren (Mio. CHF)	-	-

A. Zielerreichung 2015*

1. Strategische Schwerpunkte

Das Schweizerische Nationalmuseum (SNM) sorgt dafür, dass das Verständnis für die schweizerische Geschichte und für die vielfältige kulturelle Identität der Schweiz vertieft und verbreitet wird. Hierzu pflegt das SNM eine einzigartige Sammlung schweizerischen Kulturguts, die in attraktiver Weise zugänglich gemacht wird. Mit Inbetriebnahme des Erweiterungsbaus und des sanierten Kunstgewerbeschulflügels im Landesmuseum Zürich ab 2016 sind die neuen Möglichkeiten für ein zeitgemässes kulturhistorisches Museum zu nutzen. Bei der Sanierung der verbleibenden Museumsflügel in Zürich sowie der seitens des Bundes geplanten Zusammenführung der zwei Standorte des Sammlungszentrums in Affoltern am Albis

* Strategische Ziele: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2013/9657.pdf>

begleitet das SNM in seiner Funktion als Nutzer das Bundesamt für Bauten und Logistik (Bauherr) bei der Planung und Durchführung der Projekte.

Die Besucherzahlen der Ausstellungshäuser bewegten sich insgesamt auf erfreulichem Niveau. Das Landesmuseum konnte trotz andauernder erschwelter Rahmenbedingungen durch die Baustellensituation das ausserordentliche Vorjahresergebnis gar noch leicht übertreffen. Ausdruck für die Attraktivität des Château de Prangins ist nicht zuletzt die Nominierung für den europäischen Museumspreis 2015 (EMYA). Das Forum Schweizer Geschichte Schwyz konnte an die erfreulichen Publikumszahlen des Vorjahres anknüpfen.

Im Landesmuseum Zürich hat die Dauerausstellung «Geschichte Schweiz» eine partielle Erneuerung mit neuer Wegführung erfahren, dies aufgrund der Sanierungsarbeiten am Altbau und der bevorstehenden Eröffnung des Neubaus, wodurch neu erstmals ein Rundgang durchs Museum möglich wird. Im historischen Garten des Château de Prangins wurden im Berichtsjahr einige didaktische Neuerungen vorgenommen, um die Zutrittschwelle vor allem auch für Schulen zu senken. Die Dauerausstellung «Entstehung Schweiz» im Forum Schweizer Geschichte Schwyz ergänzt seit November ein bedeutendes Stück Wohnkultur aus dem Mittelalter, die «Schwarze Stube» von 1311. Anlässlich des 700-jährigen Jubiläums der Schlacht am Morgarten wurde ein iPad-Rundgang «Fokus Morgarten» in der Dauerausstellung angeboten.

Zahlreiche Rahmenveranstaltungen und Vermittlungsangebote begleiteten die Dauer- und Wechselausstellungen in Zürich, Prangins und Schwyz. Expertenanstöße, Debatten, Lesungen und Referate knüpften an Ausstellungsthemen an. Familien und Kindern wurde durch Ateliers oder Rätselhefte ein Zugang zu den Ausstellungen ermöglicht. Ein umfangreiches Bildungsangebot richtete sich an Schüler/innen sowie an Studierende. Das mehrsprachige Führungsangebot bekommt anhaltend positive Rückmeldungen sowie auch die periodisch stattfindenden Führungen für Gehörlose.

Die wissenschaftlichen Arbeiten an der Sammlung umfassten insbesondere Konservierungsarbeiten und die Weiterführung der Aufarbeitungsarbeiten diverser Sammlungsbestände. So wurden etwa die Konservierungsarbeiten am Tapetenzimmer «La Cibourg» aus dem 18. Jh. nach einer intensiven Vorbereitungsphase aufgenommen. Abgeschlossen wurde die Aufarbeitung der Stangenwaffen der Militaria-Sammlung. 2015 wurden zahlreiche Aufträge für die Kantone Aargau, Solothurn, Tessin und besonders Zürich erledigt. Dazu gehörte die Konservierungstätigkeit an den vielen Funden aus dem frühmittelalterlichen Gräberfeld aus Dielsdorf und der Grabung im Fraumünsterquartier in Zürich.

Die Nachfrage von ausländischen Museen nach Leihgaben aus den Sammlungen des SNM ist gestiegen. 45

Leihgaben gingen 2015 an Museen im Ausland (20 im 2014). An Schweizer Museen gingen 728 Leihgaben (2101 im 2014); die deutliche Differenz zum Vorjahr erklärt sich insbesondere mit einem Leihgeschäft im Jahr 2014, das allein 900 Leihgaben umfasste. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 773 Leihgaben für 67 Ausstellungen ausgeliehen.

Entsprechend dem aktuellen Sammlungskonzept fanden im vergangenen Jahr aufgrund ausserordentlicher Opportunitäten zahlreiche Objekte durch Kauf oder Schenkung Eingang in die Bestände des SNM. Nachfolgend werden einige Beispiele aufgeführt:

- An der Versteigerung des gesamten Mobiliars des zum Verkauf stehenden Château de Hauteville nahe Vevey konnten wichtige Ankäufe getätigt werden, wie die einmaligen, seltenen Theaterkulissen aus dem 18. Jh. Dem SNM wurden dazu von der «Hoirie Grand d'Hauteville» 57 Porträts von Familienmitgliedern aus der Zeit von 1770 bis 1820 geschenkt. Die Zusammenarbeit mit diversen Institutionen aus dem Kanton Waadt zur Rettung der Kulturgüter aus dem Château wurde vom SNM koordiniert.
- Ein wertvolles silbernes Tafelgeschirr aus dem 18. Jh. aus dem Besitz der Banquiersfamilie Couvreur de Deckersberg, Hugenotten aus Lyon, die sich später in Vevey niederliessen, konnte für den Bestand Edelmetall erworben werden. Aufgrund seiner Bedeutung als Zeugnis für die Tafelkultur im 18. Jh. und seines historischen Kontexts stellt dieser Ankauf eine wichtige Sammlungsergänzung für den Bestand aus der Westschweiz dar.
- Im Bereich Waffen konnte das SNM den Paradesäbel aus dem ehemaligen Besitz des Textilproduzenten Jacob Zellweger von Trogen (1770-1821) ankaufen, der als Landamman 1804 der offiziellen Gesandtschaft angehörte, welche die Eidgenossenschaft an der Kaiserkrönung Napoleons repräsentierte.
- Durch Ankauf fand ein Entwurf zum Wandbild «Die Wiege der Eidgenossenschaft» des Genfer Malers Charles Giron (1850-1914) Eingang in die Sammlung, das im Nationalratssaal des 1902 eröffneten Bundeshauses zu sehen ist.
- Für den Bereich Zeitzeugen übergab der Schweizer Botschafter in Washington, Martin Dahinden, das Schild «Sektion für kubanische Interessen» in die Sammlung des SNM. Als die USA 1961 die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abbrachen, übernahm die Schweiz ein Schutzmachtmandat, das im Juli 2015 auslief.

Im Rahmen der Gesamtsanierung und Erweiterung des Landesmuseums Zürich ist am 18. Dezember 2015 planmässig die Übergabe des Neubaus an das Museum erfolgt. Somit konnte das Museum nach rund 15 Jahren Wettbewerb-, Planungs- und Ausführungsphase die

Schlüssel des Erweiterungsbaus entgegennehmen. Die Sanierung des Hofflügels des Altbaus bewegte sich im vorgesehenen Zeitrahmen. Die Geschäftsleitung trieb die Planung und Umsetzung der Projekte in Zusammenhang mit der Eröffnung des neuen Landesmuseums 2016 kontinuierlich voran.

2. Finanzielle Ziele

Das SNM zeichnet sich in seiner Leistungserbringung durch betriebswirtschaftliches Handeln und eine hohe Ergebnisverantwortung aus. Das SNM setzt die dafür nötigen Kontroll- und Steuerungsprozesse ein.

Der Bundesrat stellt fest, dass das vergangene Geschäftsjahr geprägt war von den Vorarbeiten für die Eröffnung des neuen Landesmuseums. Diese Vorleistungen in verschiedenen Projekten führten wie geplant zu Mehraufwendungen und zu einem negativen Jahresergebnis. Der Aufwandüberschuss konnte durch Einsparungen im Ausstellungsbereich («Arbeit» und «Carigiet»), durch die aufgeschobene Eingliederung der Museumsboutique und höhere Erträge bei den Museumseintritten vermindert werden.

Der Umsatz war mit 47,5 Millionen Franken insgesamt leicht höher als im Vorjahr (47,3 Mio.). Der globale Beitrag des Bundes erhöhte sich aufgrund einer reduzierten Aufteuerung gegenüber dem Finanzplan nur minimal. Die übrigen Bundesbeiträge, wie z. B. die Beiträge des Bundesamtes für Bauten und Logistik (BBL) für die Erhaltung und Bewirtschaftung der Umgebungsanlagen des Château de Prangins, blieben hingegen unter den Vorjahreswerten. Aufgrund von Mietzinsanpassungen wurde der Bundesbeitrag an die Unterbringung reduziert.

Die Aufwendungen resultierten mit 48,3 Millionen insgesamt gut 2 Millionen über dem Vorjahr (46,2 Mio.). Die Hälfte dieser Erhöhung wurde bei den Personalkosten verzeichnet. Diese sind begründet durch zusätzliche Stellen für die durch das SNM erbrachten Dienstleistungen für die Sanierung und Erweiterung des Landesmuseums, die laufenden Lohnmassnahmen infolge der Personalentwicklung sowie die Erhöhung der Pensionskassensätze. Weiter erhöhten sich im Zusammenhang mit dem Erweiterungsbau in Zürich die Kosten zwecks Vorbereitung der Eröffnungsausstellungen und –projekte im Jahr 2016. Die Kosten für Ankäufe von Sammlungsgegenständen haben sich wegen der ausserordentlichen Möglichkeiten – etwa für den Erwerb von Teilen des Inventars des Schlosses Hauteville – deutlich erhöht. Diese Mehrkosten werden dem Fonds «Ankäufe» im Eigenkapital belastet.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um knapp 1,4 Mio. CHF reduziert. Im Umlaufvermögen hat sich der Bestand an liquiden Mitteln durch einen höheren Mittelabfluss aus der Geschäftstätigkeit des SNM sowie die im Vorjahresvergleich höheren Ausgaben für Sachan-

lagen um 1,2 Mio. CHF reduziert. Das Eigenkapital verringerte sich um den Aufwandüberschuss und ergibt neu eine Eigenkapitalquote von 44,5%.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das Schweizerische Nationalmuseum verfolgt eine verantwortungsbewusste, transparente und verlässliche Personalpolitik, die auf der Personalpolitik des Bundes basiert.

Fachkompetenzen des Personals werden gefördert durch individuelle Weiterbildungen. Das SNM setzt auf transparente und zeitnahe Information via Intranet. Nebst den regelmässigen Sitzungen in den Abteilungen und Bereichen wird quartalsweise eine Informationsveranstaltung für alle Mitarbeitenden organisiert. Jährlich findet ein Austausch zwischen der Geschäftsleitung, den Sozialpartnern und den Vertretern des Personalausschusses des SNM statt.

Der Personalbestand beträgt per Ende 2015 146 FTE (2014: 137 FTE), verteilt auf 274 Mitarbeitende (2014: 257), 37,6 % davon Männer und 62,4 % Frauen. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf projektbezogene Anstellungen im Hinblick auf die Eröffnung des erweiterten Landesmuseums im 2016 zurückzuführen. Die Fluktuationsrate bei 15,3 % (im Vorjahr 10,1%) ist auf den freiwilligen Austritt von vor oder während eines Studiums im Nebenerwerb tätigen Mitarbeitenden im Bereich Besucherbetreuung und das Auslaufen von projektbezogenen Anstellungsverhältnissen zurückzuführen. 41 Mitarbeitende mit Führungsverantwortung waren im SNM tätig, dies bei einem Frauenanteil von 44%. Der Anteil Teilzeitangestellter liegt bei 73,1%.

Die Erhebung der Muttersprachen der Mitarbeitenden ergab per Ende 2015: 67,2 % (2014: 69,7 %) mit deutscher, 15,7 % (2014: 14,4 %) mit französischer, 7,3 % (2014: 6,6 %) mit italienischer und 0,7 % (2014: 0,4 %) mit rätoromanischer Muttersprache. 9,1% (2014: 8,9 %) der Mitarbeitenden haben eine andere Muttersprache als eine der Landessprachen angeben.

2015 waren 20 Praktikant/innen während oder direkt nach einem Fachhochschul- oder Hochschulstudium im SNM tätig. Zudem werden zwei Lernende beschäftigt.

Im Berichtsjahr wurden 17 Personen begleitet, die an einer Eingliederungsmassnahme seitens der Invalidenversicherung, der Sozialämter oder der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren teilnahmen.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Kooperationen mit Forschungs-, Ausstellungs- und Bildungsinstitutionen im In- und Ausland werden gefördert.

Im 2015 wurden bereits lancierte Projekte weitergeführt und neue Kooperationen in Angriff genommen. Im Bereich der Konservierungsforschung und Materialanalytik wur-

den die 2013 begonnenen Forschungsprojekte - Untersuchung von Korrosionsphänomenen bei Blechblasinstrumenten des 19. und frühen 20. Jh. und Dekontaminierungsverfahren von pestizidbelasteten Kulturgütern mittels flüssigem CO₂ - mit den Hochschulpartnern und weiteren Projektpartnern weitergeführt.

Im Berichtsjahr begonnen wurde das Projekt «Interdisziplinäre Studien zu historischen Malschichten am Basler Münster» in Zusammenarbeit mit der Stiftung Basler Münsterbauhütte und der Gesellschaft Schweizerische Kunstgeschichte.

In enger Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege des Kantons Schwyz und dank der Finanzierung durch den kantonalen Lotteriefonds konnte die «Schwarze Stube» konserviert und restauriert und im Forum Schweizer Geschichte Schwyz wieder aufgebaut werden. Die Wohnstube von 1311 konnte kurz vor dem Abriss von drei mittelalterlichen Häusern in Schwyz gerettet werden.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit Ausbildungsinstitutionen des Fachbereichs Konservierung-Restaurierung sowie Museumsarbeit haben insgesamt neun Studierende aus dem In- und Ausland mehrwöchige Praktika in den Bereichen technisches Kulturgut, Möbel, Papier, Konservierungsforschung, Archäologie, Sammlung Hallwil und Tapetenzimmer absolviert. Im Weiteren wurden zwei Masterarbeiten fachtechnisch begleitet. Im Rahmen der kulturwissenschaftlichen Forschung unterstützten Mitarbeitende insbesondere der kuratorischen Fachbereiche Textil, Gemälde, Skulpturen, Fotografie, Archäologie und Numismatik diverse universitäre Arbeiten. Für Hochschulen und Fachhochschulen in der ganzen Schweiz wurden Ausbildungsmodule im Bereich Sammlung, Kulturgütererhaltung und Museologie organisiert.

Im Sammlungszentrum Affoltern am Albis wurden Anfang Oktober Einsatzübungen für die Bergung von Kulturgut zusammen mit den zivilen Kulturgüterschutzorganisationen der Region Albis und Oberfreiamt durchgeführt. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse fliessen in die gemeinsamen Weiterbildungsmaßnahmen mit ein.

Eine gute Zusammenarbeit wird mit Pädagogischen Hochschulen und dem Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer gepflegt. Partnerschaften mit Verbänden wie Pro Senectute und Procap fördern die Verbindung zu Zielgruppen, denen ein besonderer Zugang zum Museum ermöglicht werden soll. Im Rahmen von «Zürich isst» bot das Schweizerische Nationalmuseum UNICEF Schweiz Gastfreundschaft und ermöglichte die Präsentation der Fotografien «Our Daily Bread» des Magnum-Fotografen Erich Hartmann.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (KPMG AG) hat die Jahresrechnung 2015 bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Eigenkapitalnachweis, Geldflussrechnung und Anhang für das Berichtsjahr geprüft. Nach der Beurteilung der KPMG AG entspricht diese den Bilanzierungs- und Bewertungsrichtlinien des Handbuchs Konsolidierung Bund und dem schweizerischen Gesetz. Die KPMG AG erachtet die Jahresrechnung als ordnungsgemäss und empfiehlt, diese zu genehmigen. Zudem bestätigt die KPMG AG, dass ein gemäss den Vorgaben des Museumsrates ausgestaltetes IKS für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Museumsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2015 mit dem eigenständigen Anhang zur Jahresrechnung 2015 und den Bericht über die Erreichung der Strategischen Ziele des Bundesrates 2015 zu genehmigen, den Museumrat für das Geschäftsjahr 2015 zu entlasten und den Revisionsbericht der KPMG AG zur Kenntnis zu nehmen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 20. April 2016 den Geschäftsbericht des SNM inklusive des eigenständigen Anhangs zur Jahresrechnung 2015 genehmigt, den Bericht der Revisionsstelle und den Bericht des Museumsrates des SNM über die Erreichung der Strategischen Ziele des Bundesrates 2015 zur Kenntnis genommen sowie den Mitgliedern des Museumsrates für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Der Bundesrat hat am 5. November 2015 im vereinfachten Verfahren auf den 1. Januar 2016 für den Rest der Amtszeit 2014-2017 Sandrine Giroud, Ladina Heimgartner und Stefano Stoll in den Museumsrat gewählt. Die neuen Mitglieder ersetzen die zurückgetretenen Mitglieder Rolf Fehlbaum, Catherine Labouchère und Marc Wehrli und können bis zu einer maximalen Amtsdauer von acht Jahren wiedergewählt werden.

Mit Beschluss vom 18. November 2015 hat der Bundesrat die Teilrevision des Reglements über das Personal des Schweizerischen Nationalmuseums genehmigt. Anlass für die Anpassung des Reglements war die Weisung der Finanzdelegation der Eidgenössischen Räte an das SNM, die Regelungen zur Probezeit an die Bundespersonalverordnung anzupassen.

Pro Helvetia

Internet: www.prohelvetia.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: öffentlich-rechtliche Stiftung

Stiftungsrat: Charles Beer (Präsident), Marco Francioli, Guillaume Juppin de Fondaumière, Claudia Knapp, Johannes Schmid-Kunz, Nicole Seiler, Peter Siegenthaler, Anne-Catherine Sutermeister, Felix Uhlmann

Direktor: Andrew Holland

Externe Revisionsstelle: EFK, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2015 in Kürze

Das Berichtsjahr 2015 beschliesst die erste Periode der vom Bundesrat festgelegten strategischen Ziele (2012-2015) der Stiftung Pro Helvetia. Von allen Zielen der Stiftung wurden einzig die Projektbeiträge im Bereich der visuellen Künste nicht umgesetzt. Diese sind in den Zielen 2016-2020 aufgeführt, die der Bundesrat am 4. Dezember 2015 verabschiedet hat. Der Bundesrat zeigt sich zufrieden mit der Umsetzung des Auftrags der Stiftung Pro Helvetia, die zu einer lebendigen und vielfältigen Kulturszene und zur Förderung der Schweizer Kultur im Ausland beiträgt. Er hebt auch die gute Führung der Stiftung durch die Direktion und den Stiftungsrat hervor.

In der Schweiz unterstützte Pro Helvetia 1270 Projekte, mit einem besonderen Augenmerk auf die Randregionen. Im Ausland wurden 3 400 Kulturanlässe in 108 Ländern unterstützt. Zu erwähnen sind auch die Festlichkeiten anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Centre culturel in Paris, wobei das Schweizer Kulturschaffen in einem Land präsentiert werden konnte, das für die Schweizer Kunstszene von zentraler Bedeutung ist.

Pro Helvetia arbeitet weiterhin intensiv mit den institutionellen Partnern zusammen (Bundesamt für Kultur, Schweizerisches National Museum, Präsenz Schweiz, Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, aber auch Städtekonferenz Kultur sowie Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten) und trägt damit zur Entwicklung einer effizienten, gezielten Kulturpolitik bei.

Die Stiftung baute den Gewinnvortrag der Vorjahre wie vorgesehen ab und schliesst die Finanzierungsperiode 2012-2015 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Die Verwaltungskosten überstiegen das vom Bundesrat festgelegte Ziel von 15 Prozent nicht.

Im Personalbereich ist der Anteil der Mitarbeitenden aus der französischsprachigen Schweiz auf 21,6 Prozent gesunken, während jener der Mitarbeitenden aus der italienischen Schweiz auf 12,3 Prozent gestiegen ist. Erfreulicherweise wird die Parität der Geschlechter auf drei Direktionsebenen erreicht.

Kennzahlen	2015	2014
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	36	36
Reingewinn (Mio. CHF)	0	0,09
Bilanzsumme (Mio. CHF)	21	23
Eigenkapitalquote in %	3,0	36,1
Personalbestand (Vollzeitstellen)	69,3	67,7
Stiftungsspezifische Kennzahlen		
Bearbeitete Gesuche	3 654	3 904
Zustimmungsquote	52,3	48,4
Administrativkosten nach ZEW0	14,0	12,3
Anteil Mittel Auslandaustausch in %	62,7	63,1
Beitrag pro Projekt (Ø in CHF)	14 100	13 900
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	35	35
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

A. Zielerreichung 2015*

1. Strategische Schwerpunkte

Pro Helvetia fördert den kulturellen Austausch zwischen den Landesteilen und mit anderen Ländern und öffnet Türen für Schweizer Kunstschaffende zu neuen Weltgegenden und Märkten. Sie integriert die durch das Kulturförderungsgesetz zugewiesenen neuen Aufgaben in ihr Portfolio und setzt die transversalen Themen der Kulturbotschaft («Kultur digital», «Lebendige Traditionen») um.

Im Inland unterstützte Pro Helvetia 2015 mittels Werk- und Projektbeiträgen rund 1270 kulturelle Vorhaben quer durch die ganze Schweiz. Den kulturellen Austausch zwischen den Landesteilen förderte sie sowohl durch Projektbeiträge (z. B. für Konzertreihen, Ausstellungen, Tourneen, Übersetzungen, Lesereisen) wie auch durch mehrjährige Leistungsvereinbarungen. Zudem beteiligte sich die Stiftung mit ihrem Fachwissen an sprachübergreifenden Vorhaben wie z. B. «Forum Tanz» oder «Forum Kultur und Ökonomie». Im Inland legte die Stiftung 2015 einen Schwerpunkt auf die Stärkung des kulturellen Angebots ausserhalb der grossen Ballungszentren und setzte ihre im Vorjahr in enger Zusammenarbeit mit Kantonen

*Strategische Ziele: http://www.prohelvetia.ch/fileadmin/user_upload/customers/prohelvetia/Die_Stiftung/Dokumente/Reglemente/Reglemente_DE/Strategische_Ziele_2012-2015_def_DE.pdf

und Städten lancierte Initiative «Kulturelle Vielfalt in den Regionen» um (siehe hinten unter «Lebendige Traditionen»). Mit ihren Aktivitäten im Inland leistete die Stiftung einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und förderte gleichzeitig den Zugang zur Kultur in allen Landesregionen, sei dies in urbanen Ballungszentren wie Genf, Lausanne, Basel, Zürich, Bern, Luzern oder in ländlichen Gebieten wie dem Verzascatal, Scuol oder Leytron.

Im *Ausland* ermöglichte Pro Helvetia 2015 mittels Finanzhilfen, Massnahmen zur internationalen Promotion sowie eigener Aktivitäten über 3500 Schweizer Kulturereignisse in 108 Ländern, von Montréal bis Kapstadt, von Mailand bis Tokio. Eine Schlüsselrolle bei der aktiven Verbreitung des Schweizer Kunstschaffens spielen die Aussenstellen der Stiftung (Paris, Rom/Mailand/Venedig, San Francisco, New York, Kairo, Johannesburg, New Delhi und Shanghai). Im Fokus stand 2015 das Jubiläumsprogramm zum 30-jährigen Bestehen des Centre Culturel Suisse in Paris (CCSP).

Zur Erschliessung neuer Netzwerke führte Pro Helvetia 2015 je ein *Kulturaustauschprogramm* mit Russland und eines mit der Lombardei durch. Das Programm «*Swiss Made in Russia*» ermöglichte 2015 rund 450 Veranstaltungen in Kooperation mit lokalen Partnern, sowohl in urbanen Zentren wie Moskau oder St. Petersburg wie auch in kleineren Städten vom Ural bis Wladiwostok. Dank dieser Aktivitäten ist es gelungen, die Zusammenarbeit mit namhaften Veranstaltern vor Ort zu verstetigen und den offenen Dialog zwischen Kulturschaffenden beider Länder weiter zu stärken. Aufgrund einer positiven Evaluation (unter Berücksichtigung der Einschätzung der politischen Entwicklung durch das EDA) beschloss der Stiftungsrat, das Programm mit Blick auf die Eröffnung eines Verbindungsbüros Anfang 2017 um ein Jahr zu verlängern. Im Süden der Schweiz bot das im Herbst 2014 gestartete Programm «*Viavai – Contrabbando culturale Svizzera-Lombardia*» dem Publikum in der Lombardei, in den Kantonen Tessin und Wallis, den Städten Zürich und Genf sowie entlang der Gotthard-Achse bis Ende 2015 rund 160 Kulturveranstaltungen in allen künstlerischen Disziplinen. Als Erfolg für das Programm zu werten ist das Bestreben der beteiligten Partner Kanton Tessin, Kanton Wallis sowie Region Lombardei, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Institutionen und Kulturschaffenden beider Länder über das Programmende im Dezember 2015 hinaus weiter zu führen.

Ein alljährlicher Aufmerksamkeitsmagnet für die internationale Kunst- und Architekturszene sind die Biennalen in Venedig. Für die Vertretung der Schweiz an der *56. Kunstbiennale von Venedig* wurde Pamela Rosenkranz gewählt. Sie lud die über 500 000 Biennalebesucher ein, im Schweizer Pavillon ihr Werk «Our Product» mit allen Sinnen zu erfahren. Der «Salon Suisse» im bundeseigenen Palazzo Trevisan, widmete sich mit Blick auf

ihr 100-Jahr-Jubiläum der Dada-Bewegung. Der erstmals von Pro Helvetia verantwortete Schweizer Auftritt an der *Prag Quadriennale* beeindruckte mit einer markanten Installation und errang mit den Fotoarbeiten der Künstlerin Iren Stehli die Goldmedaille in der Kategorie «Best Performance Design Foto».

Zur *Promotion von Schweizer Kunst und Kultur* arbeitete Pro Helvetia 2015 eng mit wichtigen Multiplikatoren und Festivals zusammen. Im *Ausland* gelang es ihr beispielsweise, mit dem Huddersfield Contemporary Music Festival, einem der wichtigsten europäischen Festivals für zeitgenössische Musik, eine langfristige Kooperation einzugehen. Ihre Serie monographischer Erstpublikationen «Collection Cahiers d' Artistes» schickte Pro Helvetia auf eine Tour rund um die Welt, mit Stationen unter anderem in New York und Tokio, und machte sie durch die Lancierung der Online-Plattform www.cahiers.ch zugänglich. Im *Inland* folgte mit 180 Gästen eine Rekordzahl von internationalen Veranstaltern der Einladung der Stiftung an die Schweizer Tanztage, wo sie Einblick in die neuesten Entwicklungen der Schweizer Tanzszenen erhielten.

Die von Pro Helvetia zusammen mit erfahrenen Partnerorganisationen geschaffene Instrumentenpalette zur *Nachwuchsförderung* reicht von Coachings und Mentoren über Vernetzungs- und Promotionsangebote bis hin zum Ermöglichen von Auftritten. Die Massnahmen wurden 2015 erfolgreich verstetigt. Ausschreibungen für Residenzen an renommierten Institutionen wie der Rijksakademie in Amsterdam stiessen ebenso auf grosses Interesse wie etwa das Austauschvorhaben «Swiss Diagonales Jazz», welches 10 Nachwuchsbands Auftritte in 21 namhaften Clubs in 3 Sprachregionen ermöglichte. Erste Erfolge, z. B. durch eine Nachfolgeausstellung, zeitigte auch die Förderung von Nachwuchsprojekten in Kunsträumen («off-spaces») und Galerien.

Die Gewinnerprojekte der Pilotausschreibung zur Förderung des *Designnachwuchses*, welche Pro Helvetia in engem Austausch mit Experten aus Praxis, Wirtschaft und Hochschulen entwickelt hatte, wurden sowohl am internationalen «Designers' Saturday» in Langenthal wie auch am «Design Day» der Art Basel der geladenen Fachwelt und einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Der «Design Day» ist ein gemeinsames Projekt der vier nationalen Akteure der öffentlichen und privaten Designförderung Schweiz (BAK, Pro Helvetia, «Creative Hub» von Engagement Migros und «Design Preis Schweiz») im Rahmen der «Koordinierten Designförderung Schweiz».

Im Weiteren engagiert sich Pro Helvetia in der Förderung der *Kunstvermittlung* (Art. 19 KFG). Kunstvermittlung will künstlerische Werke und Darbietungen den unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen näher bringen. Als nationale Stiftung konzentriert sich Pro Helvetia auf die Förderung von Projekten, welche durch ihren innovativen Ansatz zur Weiterentwicklung der gesamtschweizerischen

Vermittlungspraxis beitragen oder verschiedene Regionen der Schweiz einbeziehen. So sprach die Stiftung 2015 einen Beitrag für den Aufbau eines nationalen Kompetenznetzwerks für Musikvermittlung oder unterstützte die Fachtagung zum Thema Literaturvermittlung Westschweiz – Frankreich im Rahmen des Festivals «Livres sur les quais» in Morges.

Unter dem Transversalthema «Kultur digital» arbeitete Pro Helvetia an der Schnittstelle Kunst/Wissenschaft/Technologie. Kernstück war das dreijährige Impulsprogramm «Mobile. In Touch with Digital Creation», das sowohl die Entwicklung und Produktion interaktiver und transmedialer Projekte wie auch deren internationale Promotion und Verbreitung unterstützte. Zu diesem Zweck lancierte sie verschiedene Ausschreibungen. Die 2015 beim zweiten «Call for Transmedia Projects» (in Zusammenarbeit mit dem BAK, den Solothurner Filmtagen und der Stiftung Weiterbildung Film und Audiovision [FOCAL]) eingereichten Vorhaben zeigten die ganze Vielfalt des transmedialen Schaffens in der Schweiz, das von Webserien über interaktive Erzählungen bis hin zu mobilen Games und Filmen reicht. Einen wichtigen Beitrag zur Etablierung der Marke «Swiss Games» leistete der «Call for Projects: Swiss Games» (2014/15): mit diesem wurden künstlerisch wertvolle Gameprojekte gefördert, welche die neuen technologischen Möglichkeiten kreativ und innovativ nutzen. Schweizer Delegationen waren 2015 an wichtigen Messen und Konferenzen rund um den Globus präsent, so etwa am weltweit wichtigsten Anlass, der «Game Developers Conference» in San Francisco, der «Tokyo Game Show» oder, zum ersten Mal überhaupt, der «Gamescom» in Köln. Schweizer Spiele errangen 2015 mehr Auszeichnungen und Nominierungen denn je, stellvertretend für viele: den «Deutscher Entwicklerpreis Innovation», den «European Independent Game Award Grand Prize» oder den «Swiss ICT Newcomer Award». Die Ergebnisse der bisherigen Aufbauarbeit spiegelten sich in einem grossen Medienecho, national wie international.

Konkrete Ergebnisse zeigte 2015 auch die Ausschreibung «Interdisziplinäre Kooperationsprojekte». Vier wegweisende Projekte im Bereich Neue Medien und Technologien, welche gemeinsam von Schweizer Institutionen aus Kunst, Forschung und Wissenschaft entwickelt wurden, gelangten 2015 zur Umsetzung, beispielsweise «Poetics and Politics of Data», eine interdisziplinäre Ausstellung zum künstlerisch-gestalterischen Umgang mit grossen Datenmengen.

Im Zentrum des zweiten transversalen Themas, «Lebendige Traditionen», stand 2015 die Umsetzung der von Pro Helvetia in Zusammenarbeit mit Kantonen und Städten lancierten Initiative «Kulturelle Vielfalt in den Regionen». Ein wesentliches Anliegen der Initiative ist die Pflege und Stärkung des regionalen Kulturangebots. Die ausgewählten Vorhaben illustrieren modellhaft mögliche Instrumente

und Handlungsfelder. Ihre Spannweite reicht dabei von einem Residenzprogramm am Fotofestival von Sonogno im Verzascatal über die Analyse der Rolle der Kunst für das Ortsmarketing im Walliser Dorf Leytron bis zur interdisziplinären Auseinandersetzung mit Baukultur in der Engadiner Gemeinde Scuol.

2. Finanzielle Ziele

Pro Helvetia agiert betriebswirtschaftlich und ergebnisverantwortlich; sie unterhält geeignete Kontroll- und Steuerungsprozesse. Die Stiftung soll über die Geltungsdauer der strategischen Ziele ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen.

Wirtschaftlichkeit (Ziel 3.1)

Auch im vierten Jahr seit der Inkraftsetzung des Kulturförderungsgesetzes kann Pro Helvetia finanziell und betrieblich auf ein positives Geschäftsjahr zurückblicken. Zwar fielen 2015 verschiedene administrative aufwendige Arbeiten an, wie beispielsweise die Vorbereitungen zur Aufgleisung der neuen Finanzierungsperiode (Kulturbotschaft 2016–2020, Wahlgeschäfte, strategische Ziele 2016–2020 inkl. Indikatoren etc.) sowie die Überprüfung und Verstetigung von seit 2012 gestaffelt eingeführten neuen Instrumenten. Dennoch und trotz einer Überprüfung und Anpassung einzelner Posten der Kostenumlagerung nach ZEWO gelang es der Stiftung, den Anteil der Administrationskosten mit 14,0 % auch 2015 unter der strategischen Vorgabe des Bundesrats von 15,0 Prozent zu halten. Zudem führte sie ihr internes Kontrollsystem IKS weiter und beteiligte sich erstmalig am Reporting des Risikomanagements Departement und Bund.

Rechnungsergebnis (Ziel 3.2)

Pro Helvetia orientiert sich in der Jahresrechnung 2015 wie bereits in den Vorjahren am Rechnungslegungsstandard IPSAS. Aufgrund des aktuell sehr tiefen Zinsniveaus musste die Stiftung die Rückstellung «Vorsorgeverpflichtung» gemäss IPSAS 25 erhöhen. In Absprache mit AON Schweiz wurde dies direkt zulasten des Eigenkapitals erfasst (-4,5 Mio.). Diese Belastung ist die Hauptursache für die Reduktion der Eigenkapitalquote auf 3,0 Prozent (2014: 36,1%). Der zweite Sonderfaktor ist die vollständige Abschreibung der Liegenschaft in Paris noch im 2015 (bedingt durch die anstehende Übertragung ans BBL; -2,8 Mio.).

Die Stiftung baute den Gewinnvortrag der Vorjahre wie vorgesehen ab und schliesst die Finanzierungsperiode 2012–2015 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Pro Helvetia verfolgt eine fortschrittliche und sozialverantwortliche Personalpolitik, insbesondere im Hinblick auf die Chancengleichheit und die Mehrsprachigkeit. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten stellt die Stiftung geeignete Lehr- und

Ausbildungsstellen zur Verfügung und harmonisiert ihre Anstellungsbedingungen im Aussennetz mit dem EDA.

Der Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den lateinischen Sprachregionen blieb 2015 stabil: 21,6 % kommen aus der Westschweiz (2014: 22,6 %), 12,3 % aus dem Tessin (2014: 12,9 %) sowie neu eine Mitarbeiterin aus der rätoromanischen Schweiz (entspricht 1,5 %; 2014: 0 %). Das Geschlechterverhältnis der Angestellten entspricht etwa dem des Vorjahres mit 66,3 % Frauen (2014: 63,6 %) gegenüber 33,7 % Männern (2014: 36,4 %). In den beiden ersten Führungsstufen sind die Geschlechter paritätisch verteilt, während in der dritten Stufe nur Männer (3) vertreten sind. Über alle drei Führungsstufen gesehen ist zwischen den Geschlechtern ein ausgeglichenes Verhältnis festzustellen. Pro Helvetia bildet seit neun Jahren kaufmännische Lernende aus und bietet jährlich fünf Praktikumsplätze an.

Die Personalpolitik von Pro Helvetia ist im GAV und in den personalpolitischen Leitsätzen festgehalten. Sie fusst auf Respekt, Toleranz und Vertrauen und setzt Leistungsbeurteilung ins Zentrum. Mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung werden einmal jährlich lohnrelevante Qualifikationsgespräche geführt und Zielvereinbarungen für das Folgejahr getroffen. Pro Helvetia legt Wert auf eine kontinuierliche Weiterbildung ihres Personals. Das Personal wird so eingesetzt, gefördert und gefordert, dass es seine fachlichen und sozialen Fähigkeiten entfalten sowie seine Aufgaben zielorientiert und wirtschaftlich erfüllen kann.

Die Amtszeitbeschränkung für Mitglieder des Kadern (Entscheidungsträger für Beitragsgewährung an Kulturschaffende) auf zehn Jahre wurde bei allen entsprechenden Neueintritten umgesetzt. Die Anstellungsbedingungen der lokalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Aussennetz wurden im Berichtsjahr 2015 weiter mit dem EDA harmonisiert (vor allem in China und Indien).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Pro Helvetia betreibt eine kooperative, subsidiäre Förderpolitik und spricht sich mit dem Bund, den Kantonen und den Städten ab. Bei ihren Aktivitäten im Ausland folgt sie den in der Vereinbarung EDI/EDA betreffend die Kulturarbeit im Ausland vom 9.12.2011 festgelegten Grundsätzen der Information, Koordination und Kooperation.

Das BAK und Pro Helvetia optimierten ihre Aufgabenteilung weiter, z. B. bei der Verbreitung der Preise und Auszeichnungen im Ausland. Den regelmässigen Austausch mit den Berufsverbänden und der Interessen Gemeinschaft Volkskultur setzte die Stiftung auch 2015 fort.

Pro Helvetia arbeitete 2015 regelmässig mit den Schweizer Vertretungen im Ausland zusammen und nutzte das Synergiepotenzial mit Präsenz Schweiz, beispielsweise im Rahmen des Fotofestivals in Arles. In den Bereichen Design und interaktive digitale Medien suchte die Stiftung den Austausch namentlich mit swissnex, Switzerland Global Enterprise und der Kommission für Technologie und Innovation. Im Rahmen der Koordinationssitzung «Quartett» (EDA/EDI) traf sich Pro Helvetia regelmässig mit dem EDA. Mit verschiedenen Schweizer Vertretungen wurden gezielt Kooperationen für einzelne Projekte durchgeführt, etwa bei der Ermöglichung des Schweizer Schwerpunkts am Huddersfield Contemporary Music Festival oder beim Swiss Ambassador's Award.

In regelmässigem Austausch stand die Stiftung auch mit der DEZA. Das DEZA-Mandat von Pro Helvetia im südlichen Afrika läuft noch bis Ende 2017.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) hat die Jahresrechnung 2015 der Pro Helvetia geprüft und mit Bericht vom 07.03.2016 für ordnungsgemäss befunden. Sie empfiehlt die Jahresrechnung zur Genehmigung.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Stiftungsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2015 mit dem Anhang zur Jahresrechnung 2015 zu genehmigen, den Revisionsbericht der EFK zur Kenntnis zu nehmen und den Stiftungsrat für das Geschäftsjahr 2015 zu entlasten.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 20.04.2016 den Geschäftsbericht der Stiftung Pro Helvetia mit dem Anhang zur Jahresrechnung 2015 genehmigt, den Bericht der Revisionsstelle und den Bericht des Stiftungsrates der Pro Helvetia über die Erreichung der Strategischen Ziele des Bundesrates 2015 zur Kenntnis genommen sowie den Mitgliedern des Stiftungsrates für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt.

Würdigung der Ergebnisse 2015 in Kürze

Die strategischen Ziele, die im Leistungsauftrag 2011-2015 festgelegt und in der Leistungsvereinbarung 2015 konkretisiert sind, wurden weitgehend erreicht.

Die Behandlung des Heilmittelgesetzes im Parlament wurde in der Frühjahrssession erfolgreich abgeschlossen; Swissmedic beteiligte sich daran mit wesentlichen Beiträgen. Der Bundesrat hat entschieden, den Leistungsauftrag von Swissmedic bis Ende 2018 zu verlängern.

Der hohe Anteil von fristgerecht erledigten Zulassungsverfahren zu begrüssen, der weiter auf 98,3 Prozent gestiegen ist. Die Optimierung und Weiterentwicklung der internen Abläufe und Informatiksysteme wurde fortgeführt.

Auf internationaler Ebene wurde im Februar ein Abkommen mit der China Food and Drug Administration (CFDA) unterzeichnet. Im Juli wurde zudem mit der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) und der Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (GD SANTE) der Europäischen Kommission ein Memorandum of Understanding unterzeichnet.

Der 2014 initiierte Dialog mit Patienten- und Konsumentenorganisationen wurde 2015 mit quartalsweisen Treffen fortgeführt.

Die Kontrolle der Konformitätsbewertungsstellen für Medizinprodukte wurde 2015 weiter gestärkt. Diese Bemühungen werden fortgesetzt.

Neben der eigentlichen strafverfolgenden Tätigkeit hat Swissmedic ein Konzept erarbeitet, welches registrierten Journalistinnen und Journalisten ab 2016 ermöglicht, die verwaltungsstrafrechtlichen Entscheide des Instituts einzusehen.

Swissmedic schliesst das Geschäftsjahr 2015 mit einem positiven Ergebnis von 1 Million Franken ab. Dass Swissmedic wieder schwarze Zahlen schreibt, ist den höheren Verfahrensgebühren für Zulassungen sowie Einsparungen – namentlich im Personalaufwand – zu verdanken. Die Reserven belaufen sich ebenfalls auf 1 Million.

Swissmedic investiert weiterhin konsequent in die Personalentwicklung und bleibt eine attraktive Arbeitgeberin. Ihre Bemühungen, die Vertretung der sprachlichen Minderheiten zu erhöhen, hat sie mit Erfolg fortgesetzt.

Kennzahlen	2015	2014
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	90,9	87,5
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	1,0	-1,2
Bilanzsumme (Mio. CHF)	112,1	107,5
Eigenkapitalquote in % ¹	13,5	19,7
Personalbestand (Vollzeitstellen)	352,1	356,1

Institutspezifische Kennzahlen

Anzahl Gesuchseingänge	13 063	13 356
Fristeinhaltung (in %)	98,3	97,5
Anzahl Bewilligungen	3'662	3'415
Anzahl Vigilanzmeldungen	11'241	9'893
Anzahl Verfahren Marktkontrolle	361	205
Anzahl eröffnete Verfahren Strafrecht	18	32

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	13,9	13,9
Gebühren (Mio. CHF)	75,5	73,3

¹ Die Eigenkapitalquote wird ohne versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (IAS 19, Vorsorgeverpflichtungen) gezeigt. Nach Berücksichtigung des Standards IAS 19 beträgt das Eigenkapital -10.1 Mio. und die Eigenkapitalquote -9.1% (s. Kap. A2).

A. Zielerreichung 2015*

1. Strategische Schwerpunkte (Kap. 9.2 LA)

Bei den anstehenden Änderungen der Gesetze und Verordnungen im Heilmittelbereich aktiv mitarbeiten

Die aktive Mitarbeit von Swissmedic als fachkompetente Behörde konzentrierte sich auf die Revisionsvorlage des Heilmittelgesetzes und die Ratifizierung des Medicrime Übereinkommens des Europarats. In beiden Gesetzgebungsprojekten hat das Institut seine Arbeitspakete im Rahmen der rollenden Zeitplanung des federführenden BAG fristgerecht abgeliefert und im Rahmen der Heilmittelgesetzrevision die Vorlage gemeinsam mit dem BAG in den parlamentarischen Beratungen vertreten.

* Strategische Ziele: [Leistungsauftrag 2011-2015](#)

Die Öffentlichkeit aktiv über Heilmittel informieren

Swissmedic beantwortete im Jahr 2015 rund 7'200 Anfragen aus der Öffentlichkeit und von Fachpersonen, davon rund zwei Drittel zu Arzneimitteln und ein Drittel zu Medizinprodukten. Seitens der Medien konnten 474 Anfragen (z.B. zur Sicherheit der Antibabypillen oder Risiken illegaler Arzneimittel) beantwortet werden.

Swissmedic informiert Fachpersonen und die Öffentlichkeit regelmässig mit Publikationen auf der Homepage über neue oder speziell zu beachtende Risiken von Heilmitteln. 2015 wurde mit dem Abschluss des Überprüfungsverfahrens für 84 zugelassene Antibabypillen über die Anpassungen in der Arzneimittelinformation und die Bedeutung der sorgfältigen ärztlichen Vorabklärungen für die Auswahl des passenden Verhütungsmittels informiert. 2015 wurde bei Lieferengpässen für 22 Arzneimittel der Import in ausländischer Aufmachung genehmigt und mittels Publikation darüber informiert.

In 622 Fällen hat Swissmedic eine öffentliche Sicherheitsmeldung zu Medizinprodukten zur Information der Fachpersonen und Anwender publiziert (z.B. Rückrufe mangelhafter Produkte, Fehler/Korrekturen in der Produktinformation oder wichtige Informationen zur korrekten Handhabung von medizinischen Geräten oder Tests). Diese Publikationen erfolgen wöchentlich und können, wie viele andere Informationen auf der Homepage, mittels RSS Feed abonniert werden.

Rolle als vertrauenswürdige Behörde auf nationaler Ebene etablieren

Die 2014 etablierte Arbeitsgruppe mit Patienten- und Konsumentenorganisationen setzte 2015 ihre Arbeit fort und traf sich quartalsweise. Es wurden verschiedene regulatorische Themenschwerpunkte diskutiert, wie zum Beispiel die Anforderungen an die Zulassung und den Zulassungsprozess von Biosimilars, die rechtlichen Grundlagen und Charakteristika der Patienteninformation sowie das Humanforschungsgesetz. Im Jahr 2015 führte Swissmedic 12 Veranstaltungen zu aktuellen Themen durch. Hervorzuheben sind zum einen ein internationales Symposium zum Thema Transparenz und der Jubiläumsanlass zum 150-jährigen Bestehen der Schweizerischen Pharmakopöe (amtliches Arzneibuch). Der Dialog mit den Industrieverbänden wurde fortgesetzt; ebenso wurde die 2014 erstmals gemeinsam mit der Industrie durchgeführte Benchmarking-Studie im Jahr 2015 wiederholt. Die Ergebnisse liefern wertvolle Erkenntnisse für Firmen und Swissmedic.

Internationale Zusammenarbeit intensivieren

2015 konnten mit zwei strategisch wichtigen Partnern Kooperationen eingegangen und das Netzwerk der bilateralen Partnerschaften so massgeblich erweitert werden. Im Februar unterzeichnete der Vorsteher des EDI ein Abkommen mit der China Food and Drug Administration

(CFDA), welches neben Heilmitteln auch Produktbereiche des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) umfasst. Im Juli hat das EDI mit Swissmedic als ausführender Behörde mit der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) und der Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (GD SANTE) der Europäischen Kommission eine Vereinbarung unterzeichnet. Gegenstand dieser Vereinbarung ist es, zum Zweck eines besseren Schutzes der öffentlichen Gesundheit nicht-öffentliche Informationen zur Sicherheit, Qualität und Wirksamkeit von Arzneimitteln auszutauschen. Ende 2015 wurde für die Dauer von drei Jahren ein so genanntes „Grant Agreement“ zwischen Swissmedic und der Bill & Melinda Gates Stiftung unterzeichnet. In dieser Vereinbarung wurden die Projekte konkretisiert, in denen Swissmedic und die Stiftung zusammen mit der DEZA und der WHO die Regulierungssysteme im südlichen Afrika stärken und so den Zugang zur medizinischen Versorgung verbessern wollen. Die Medizinprodukte-Überwachung beteiligte sich im 2015 erneut an Inspektionen der so genannten Konformitätsbewertungsstellen in der EU.

Qualitätsniveau bei Betriebsbewilligungen und Betriebsinspektionen halten

Mit der Revision des Epidemien-gesetzes (EpG) wird Swissmedic die Verantwortung (Inspektion und Bewilligung) für rund 200 klinische Laboratorien vom BAG übernehmen. Swissmedic wird zum Zeitpunkt des Inkrafttretens (1.1.2016) bereit sein, die Aufgabe nahtlos zu übernehmen.

Zulassungen für Arzneimittel werden mit dem Ziel erteilt, bei gleich bleibender Qualität die Transparenz, Effizienz (Optimierung der Prozessabläufe) und Konsistenz (gleiche Behandlung der Anspruchsgruppen und Verfahren) kontinuierlich zu verbessern

Die internen Abläufe und IT-Systeme wurden weiter optimiert und ausgebaut. Dank dem neu eingeführten elektronischen Dokumentenmanagementsystem erfolgt die Abwicklung von Zulassungsgesuchen nun weitgehend papierlos. Der Bearbeitungsaufwand konnte damit signifikant gesenkt und die Durchlaufzeiten reduziert werden. Damit sind noch nicht alle Effizienzsteigerungs- und Automatisierungspotentiale ausgeschöpft. Vorhaben zur Realisierung dieser Optimierungen sind in Arbeit.

Die wichtigste Herausforderung bei der Zulassung bleibt die Fristeinhaltung aller Gesuchtypen ohne die Qualität der Begutachtungsarbeit zu gefährden. Die Zulassung erhält pro Jahr über 13 000 Gesuche. Über alle Gesuche betrachtet hat die Fristeinhaltung einen Wert von 98 Prozent erreicht. Die Fristeinhaltung bei den für den Marktzugang relevanten Gesuchen um Erstzulassung innovativer Arzneimittel betrug 96 Prozent (bei Gesuchen mit neuen Wirkstoffen 100%), jene für Erstzulassungsgesuche nicht-innovativer Arzneimittel 82 Prozent. Beim *Verfahren mit Voranmeldung* (VmVA) wurden die Vorgaben angepasst

mit dem Ziel, den Prozess einfacher und transparenter zu gestalten. So wurde die Frist für die Voranzeige verkürzt und die Modalitäten für den Wechsel vom *beschleunigten Zulassungsverfahren* (BZV) zum *Verfahren mit Voranmeldung* erleichtert; die Erfahrungen aus der zweijährigen Pilotphase lieferten dabei wesentliche Hinweise. Weiter wurden die Vorgaben für die vereinfachte Zulassung von Radiopharmazeutika an die Änderung der Verordnung über die vereinfachte Zulassung von Arzneimitteln (VAZV) und unter Berücksichtigung des neusten Stands von Wissenschaft und Technik angepasst. Es wurden insgesamt 7 neue Anträge für Verfahren nach Voranmeldung eingereicht; 6 Zulassungen im Verfahren mit Voranmeldung wurden erteilt.

Prozesse, Strukturen und Systeme Vigilanz optimieren und ausbauen

Die per Oktober 2014 neu in Betrieb genommene Plattform zur elektronischen Meldung von Arzneimittel-Nebenwirkungen funktioniert reibungslos, wurde jedoch 2015 durch die Pharmaunternehmen und die Fachpersonen noch zögerlich genutzt. Erst rund zwei Drittel der Meldungen gingen 2015 elektronisch ein, die Mehrzahl jedoch über den Gateway Transfer grosser Firmen.

Das seit 2002 entwickelte und für die Bearbeitung und den Austausch der Vigilancemeldungen genutzte Kernsystem Vigiflow, welches auch für den Datenaustausch mit der WHO genutzt wird, entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen und muss abgelöst werden. Ein entsprechendes Projekt wurde initiiert.

Im Bereich der Medizinprodukte hat die Zahl der Meldungen zu schwerwiegenden Vorkommnissen (bspw. bei Implantaten) um rund 15 Prozent auf über 2 700 Meldungen zugenommen. Zur rascheren Erkennung von produktspezifischen Sicherheitsproblemen wurde die verbesserte internationale Koordination im Jahr 2015 fortgesetzt. In monatlichen Telefonkonferenzen mit den europäischen Überwachungsbehörden werden neue Fälle sowie notwendige Analysen und Korrekturmassnahmen diskutiert. In Zusammenhang mit der laufenden Regulierungsrevision für diese Produkte in Europa soll auch die europäische Datenbank EUDAMED, auf welche die Schweiz Zugriff hat, erneuert werden. Dies wird auch grössere Anpassungen an den Systemen von Swissmedic erfordern.

Marktkontrolle risikobasiert und mit Fokus auf Minderung der Gesundheitsrisiken vornehmen

Zur Verbesserung der Produktesicherheit sind effiziente, staatlich organisierte Kontrollen und das Durchsetzen korrigierender Massnahmen von entscheidender Bedeutung. In der Überwachung arbeitet Swissmedic national eng mit kantonalen Behörden und international mit anderen Heilmittelkontrollbehörden zusammen.

Wer Medizinprodukte in der Schweiz vertreibt, muss deren Konformität sicherstellen. Swissmedic nimmt Verdachtsmeldungen entgegen, priorisiert diese, leitet risikobasiert notwendige Korrekturmassnahmen ein und überwacht die Umsetzung. Im Jahr 2015 ist die Zahl der Verdachtsmeldungen bei den Medizinprodukten um 50 Prozent angestiegen. Dies erforderte eine strengere Triage und Erhöhung der Interventionsschwelle. Swissmedic hat in 182 Fällen korrigierende Massnahmen angeordnet. Dank effizienterer Verfahrensführung konnten 2015 insgesamt 361 Verfahren abgeschlossen werden. Die verschärfte Überwachung der so genannten Konformitätsbewertungsstellen für Medizinprodukte inkl. internationale Inspektionen wurde auch 2015 weitergeführt. Ergänzend hat Swissmedic 2015 in 8 Fällen produktspezifische Inspektionen bei Firmen durchgeführt.

Im Bereich der Arzneimittel gingen 2015 insgesamt 679 Meldungen zu Qualitätsmängeln ein, rund 10 Prozent mehr als im Vorjahr. In 454 Fällen war die Schweiz betroffen, und es mussten Korrekturmassnahmen angeordnet werden; bei 28 Arzneimitteln war ein Rückruf betroffener Chargen aus dem Markt nötig. Die belieferten Fachpersonen wurden mittels Rundschreiben und die Öffentlichkeit durch Publikation auf der Homepage von Swissmedic informiert.

Durch effiziente und risikobasierte Strafverfolgung die Einhaltung der heilmittelrechtlichen Verordnungen unterstützen und kriminelle Gefährdung der Heilmittelsicherheit ahnden

Die Belastung im strafrechtlichen Bereich blieb im Vergleich zum Vorjahr konstant. Dies aufgrund aufwändiger Untersuchungsarbeiten in komplexen, bereits eröffneten Strafuntersuchungen. Neben der eigentlichen strafverfolgenden Tätigkeit hat Swissmedic ein Konzept erarbeitet, welches registrierten Journalistinnen und Journalisten ab 2016 ermöglicht, die verwaltungsstrafrechtlichen Entscheide des Instituts einzusehen, um darüber berichten zu können. So schafft Swissmedic Transparenz und erhöht die spezial- und generalpräventive Wirkung seiner Entscheide. Zudem verschafft das Institut mit diesem Konzept Artikel 30 Absatz 3 Bundesverfassung Nachachtung; diese Bestimmung verlangt, dass Urteilsverkündungen öffentlich zu erfolgen haben.

2. Finanzielle Ziele

Die Erfolgsrechnung 2015 schliesst positiv ab. Der Gewinn beträgt 1 Million Franken, dies bei einem Ertrag von gut 90,8 Millionen und einem Aufwand von knapp 89,8 Millionen. Auf Stufe Gesamterfolgsrechnung resultiert aufgrund von versicherungsmathematischen Gewinnen (IAS 19) ein Ergebnis von 3,7 Millionen. In der Bilanz erhöhen sich die Rückstellungen für Vorsorgeverbindlichkeiten um knapp 200 000 auf neu 71 Millionen. Die kumulierten versicherungsmathematischen Verluste reduzieren sich um 2,7 Millionen und betragen neu minus 25,6 Millionen, das

Eigenkapital minus 10,1 Millionen. Das negative Eigenkapital ist auf die Rechnungslegungsvorschrift IAS 19 zurückzuführen. Der Fortbestand der Geschäftstätigkeit der Swissmedic (going-concern-Prinzip) und die finanzielle Solidität sowie die Aufgabenerfüllung von Swissmedic sind dadurch nicht tangiert. Per Ende 2015 hat Swissmedic Reserven von gut 1 Million.

Das Budget 2016 und die mittelfristige Planung 2017-19 rechnen mit jährlichen positiven Abschlüssen (Gewinne zwischen 2,3 und 3,2 Mio.), so dass die Reserven in den nächsten Jahren voraussichtlich aufgestockt werden können.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Swissmedic darf als attraktive und konkurrenzfähige Arbeitgeberin bezeichnet werden. Vakante Stellen können mit passend qualifizierten Personen besetzt werden. Die Fluktuationsrate (Kündigungen von Mitarbeitenden) beträgt im Berichtsjahr 5,2 Prozent.

Swissmedic investiert konsequent in die Personalentwicklung und Weiterbildung, um die Unternehmensziele zu erreichen. Wissensmanagement, Fachlaufbahnmodell und neu Talentmanagement sind wichtige Elemente der Personalentwicklung. Im Labor bietet das Institut Lehrstellen für Biologie- und Chemielaboranten an (5 Lehrstellen). Akademische Nachwuchskräfte können in verschiedenen Bereichen und Abteilungen Praktika absolvieren (im Berichtsjahr 5 Praktika).

Wie bereits im Vorjahr hat der Anteil an deutschsprachigen Mitarbeitenden abgenommen. Per Ende 2015 waren 85,1 Prozent der Mitarbeitenden deutscher Muttersprache, 12,2 Prozent französischer und 2,7 Prozent italienischer Muttersprache. Mit verschiedenen Massnahmen werden die Sprachkompetenzen der Mitarbeitenden gefördert (z.B. interne Sprachangebote, Sprachentische).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Zur Erfassung und Beurteilung von Meldungen zu unerwünschten Wirkungen von Arzneimitteln hat Swissmedic ein Pharmacovigilance-Netzwerk mit sechs regionalen Zentren (Universitätsspitäler aller Landesteile sowie Regionalspital im Tessin) aufgebaut. Die Zusammenarbeit ist konstruktiv, ermöglicht die Nutzung des in den Universitätsspitalern vorhandenen pharmakologischen Wissens für eine Erstevaluation der Meldungen und gewährleistet, dass die meldenden Fachpersonen eine regionale Ansprechstelle haben.

Die Zusammenarbeit mit den Inspektoraten der Kantone ist gut etabliert und erfolgt reibungslos. Alle Inspektorate sind nach ISO 17020 akkreditiert, was eine einheitliche Vorgehensweise in der ganzen Schweiz sicherstellt.

Die Dienstleistungsvereinbarung (DLV) mit dem BAG ist in Kraft und Swissmedic erbringt in diesem Rahmen tech-

nische Dienstleistungen im Inspektionsbereich. Dies betrifft Transplantate und Diagnoselaboratorien, also Tätigkeiten, die unter der hoheitlichen Aufsicht des BAG stehen.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (Eidgenössische Finanzkontrolle, EFK) hat die Jahresrechnung von Swissmedic (Art. 74 Bst. a HMG) geprüft und erachtet diese als ordnungsgemäss. Sie empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

Die EFK prüfte ebenfalls die Berichterstattung über die Einhaltung von Leistungsauftrag und Leistungsvereinbarung (Art. 74 Bst. b HMG). Auch diese Prüfung konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

C. Stellungnahme des Bundesrates

Der Bericht 2015 von Swissmedic wurde aufgrund des vorgegebenen Rahmens erarbeitet (Heilmittelgesetz, Leistungsauftrag 2011-2015). Dieser sieht vor, dass die Eignerkompetenzen, namentlich im Zusammenhang mit der Berichterstattung, beim EDI liegen.

Der Vorsteher des EDI hat den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2015 von Swissmedic zur Kenntnis genommen, ebenso den Bericht der Revisionsstelle, der die Rechnungsprüfung und die Einhaltung des Leistungsauftrags und der Leistungsvereinbarung beinhaltet. Er hat dem Institutsrat auf der Grundlage dieser Dokumente Entlastung für das Jahr 2015 erteilt.

D. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Der Bundesrat hat am 4. Dezember 2015 Frau Vincenza Trivigno als neues Mitglied des Institutsrats gewählt. Die Kandidatur von Vincenza Trivigno, die italienischer Muttersprache ist, wurde von der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) als Nachfolge von Herrn Markus Dürr vorgeschlagen.

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum IGE

Internet: www.ige.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: Felix Hunziker-Blum (Präsident), Roman Boutellier, François Curchod, Jean-Pierre Maeder, Vincenzo Pedrazzini, Matthias Ramsauer (GS EJPD), Beatrice Renggli, Sara Stalder, Evelyn Zwick

Direktor/in: Roland Grossenbacher (bis 31.5.2015), Catherine Chammartin (ab 1.11.2015)

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2015 in Kürze

Für die vom Eidgenössischen Institut für Geistiges Eigentum (IGE) erbrachten *Dienstleistungen mit Monopolcharakter* besteht eine ausführliche Spezialgesetzgebung und das zu bewältigende Arbeitsvolumen hängt ausschliesslich von den Gesuchzahlen ab, so dass über den gesetzlichen Leistungsauftrag hinaus keine strategischen Zielvorgaben bestehen. Im Markenbereich erreichten die Eintragungsgesuche einen neuen Höchststand, und die Markenverlängerungen nahmen ebenfalls zu. Eine mit der IGE-Datenbank abgestimmte Markenmeldung ist innert sechs Arbeitstagen geprüft. Die nationalen Patentanmeldungen stiegen leicht an, und die Anzahl der erledigten Prüfdossiers konnte erneut deutlich gesteigert werden.

Im Bereich der *Ministerialaufgaben* oblag dem IGE im Jahr 2015 die Vorbereitung einer Vernehmlassung zur Modernisierung des Urheberrechts (Jahresziel Bundesrat), welche am 11.12.2015 eröffnet wurde. Zudem waren die Ausführungsverordnungen zur Swissness-Gesetzgebung zu verabschieden und das Datum des Inkrafttretens festzulegen (Jahresziel EJPD). Diese Beschlüsse des Bundesrates datieren vom 2. September 2015, das neue Recht tritt am 1. Januar 2017 in Kraft.

Der Umsatz der *freien Dienstleistungen* wurde leicht erhöht, die Kosten wurden vollumfänglich gedeckt.

Eine Erhöhung der *Gebühren* für die Aufrechterhaltung von Patenten und Markenverlängerungen wirkte sich erstmals während eines vollen Rechnungsjahres aus und führte im Geschäftsjahr 2014/15 zu einem Betriebsgewinn von 5,7 Millionen Franken. Ein erheblicher Rückstellungsbedarf für Vorsorgeverpflichtungen (13,8 Mio.) aufgrund einer Senkung des technischen Zinssatzes führte jedoch zu einer Abnahme des Eigenkapitals um 8,1 Millionen.

Die Revisionsstelle (EFK) erteilte das Testat zur geprüften Jahresrechnung ohne Einschränkung und Hinweis.

Kennzahlen	2014/15	2013/14
------------	---------	---------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	58,8	51,2
Gesamtergebnis (Mio. CHF) ¹⁾	-8,1	-2,0
Bilanzsumme (Mio. CHF)	115,6	108,6
Eigenkapitalquote in %	32,1	41,7
Personalbestand (Vollzeitstellen) ²⁾	217	212

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Markeneintragungen	14 351	15 168
Internat. Markenregistrierungen mit Schutzausdehnung Schweiz	13 794	12 602
Patenterteilungen national	748	581
Erteilte europäische Patente mit Wirkung Schweiz / Liechtenstein	58 226	56 521

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren netto (Mio. CHF)	51,1	43,4

¹⁾ Gesamtergebnis = Betriebsergebnis + sonstiges Ergebnis (aus versicherungsmathematischen Gewinnen/Verlusten)

²⁾ Jahresdurchschnitt

A. Zielerreichung 2015

1. Strategische Schwerpunkte

- *Dienstleistungen mit Monopolcharakter*

Die primäre Aufgabe des Eidgenössischen Instituts für Geistiges Eigentum (IGE) ist die Erteilung und Verwaltung von immaterialgüterrechtlichen Schutztiteln (Marken, Patente und Designs). Für diese Dienstleistungen mit Monopolcharakter besteht eine ausführliche materielle Regelung auf Gesetzes- und Verordnungsebene, welche sowohl die Prüfungspraxis wie auch das zu befolgende Verfahren umfassend vorgeben. Das dabei zu bewältigende Arbeitsvolumen hängt direkt und ausschliesslich von den Anmeldezahlen für Eintragungen, Verlängerungen und Registeränderungen ab, die vom IGE nicht beeinflusst werden können. Zudem unterliegt auch die Höhe der vom IGE vereinnahmten Gebühren der Genehmigung durch den Bundesrat. Entsprechend besteht im Bereich der Monopolaufgaben des IGE wenig Raum für strategische Zielvorgaben über den gesetzlichen Leistungsauftrag hinaus.

Der Geschäftsgang entwickelte sich im Geschäftsjahr 2014/15 wie folgt: Die Anzahl der Schweizer Markeneintragungsgesuche erreichte einen neuen Höchststand mit 16 202 Eingängen (+0,9 Prozent). Die Markenverlängerungen nahmen ebenfalls deutlich zu: Über 11 000 Marken wurden für eine weitere Schutzdauer von 10 Jahren verlängert. Zudem wurden ca. 22 500 kostenlose Registermutationen (Übertragungen, Firmen-, Adress- und Vertreteränderungen usw.) vorgenommen. Mehr als 95 Prozent der Markenmeldungen wurden über das elektronische Portal eTrademark eingereicht, und ca. 29 000 Eingaben an die Markenabteilung gingen per E-Mail ein. Eine gebührenpflichtige Beschleunigung der Markenprüfung wird immer seltener beantragt: Enthält eine Markenmeldung nur Waren- und Dienstleistungsbegriffe aus der betreffenden Datenbank des IGE, so wird das Gesuch auch ohne Beschleunigungsantrag innert sechs Arbeitstagen geprüft.

Nach einem Rückgang bis 2011/12 stabilisierten sich die nationalen Patentanmeldungen und stiegen gegenüber dem Vorjahr sogar leicht an (um 2,2 % auf 2016). Ob es sich dabei um einen Trend im Zusammenhang mit dem Einheitspatent der EU handelt, das im Jahr 2016 definitiv eingeführt werden soll, kann noch nicht beurteilt werden. Nach wie vor dient mehr als die Hälfte der Anmeldungen der Sicherung eines Prioritätsdatums im Hinblick auf den Erwerb insbesondere eines europäischen Patents und führt zu keiner Patentprüfung durch das IGE. Eine Steigerung der Erledigungen von Prüfdossiers von 763 auf 867 erlaubte einen weiteren Abbau der hängigen Patentanmeldungen.

Die Designanmeldungen stiegen von 801 auf 833, nachdem ein Jahr vorher überraschend ein deutlicher Rückgang (Geschäftsjahr 2012/13: 1003) eingetreten war.

Eine vom IGE im Rahmen seiner Aufsicht über die urheberrechtlichen Verwertungsgesellschaften in Auftrag gegebene Analyse bestätigte, dass die Verwaltungskosten der Verwertungsgesellschaften grundsätzlich angemessen sind.

- *Ministerialaufgaben*

Im Bereich der Ministerialaufgaben des IGE, der Politikvorbereitung zuhanden des Bundesrates und des Parlaments, verfügen der Bundesrat und das zuständige EJPD über ein umfassendes Weisungsrecht gegenüber dem IGE. Gestützt darauf können sie dem IGE nicht nur mittel- und kurzfristige Zielvorgaben machen, sondern jederzeit direkt Einfluss auf die Arbeit des IGE nehmen und diesem Aufträge erteilen.

Der Bundesbeschluss über die Legislaturplanung 2011–2015 vom 15. Juni 2012 (BBl 2012 7155) enthält kein Ziel, für dessen Erreichung das IGE innerhalb der Bundesverwaltung federführend zuständig wäre. Im Rahmen der Jahresziele des Bundesrates (Die Ziele des Bundesrates 2015 – Band I) war das IGE zuständig für die Vorbereitung einer Vernehmlassung zur Modernisierung des Urheberrechts. Innerhalb der Jahresziele des EJPD (Die Ziele des

Bundesrates 2015 – Band II) oblag dem IGE die Vorbereitung des Bundesratsbeschlusses zum Erlass der Ausführungsverordnungen zur Swissness-Gesetzgebung und zur Festlegung des Datums des Inkrafttretens.

- a) *Modernisierung des Urheberrechts*

Am 11.12.2015 eröffnete der Bundesrat die Vernehmlassung zum Vorentwurf für eine Änderung des Urheberrechtsgesetzes. Unter anderem soll Internet-Piraterie besser bekämpft werden, ohne dass dabei aber die Nutzer solcher Angebote kriminalisiert werden. Die Massnahmen zur Pirateriebekämpfung sollen künftig dort erfolgen, wo sie am effizientesten sind, nämlich bei den Providern. Schweizer Hosting Provider sollen keine Piraterieplattformen beherbergen und bei Urheberrechtsverletzungen über ihre Server die betreffenden Inhalte rasch entfernen. Grosse, kommerzielle Piratenseiten werden jedoch oft bei Hosting Providern beherbergt, deren Sitz oder Standort sich im Ausland befindet oder deren Standort verschleiert ist. Diesfalls sollen die Schweizer Access Provider auf Anweisung der Behörden den Zugang sperren. Die Internetsperren sind dabei so auszugestalten, dass die gleichzeitige Sperrung rechtmässiger Inhalte («Overblocking») möglichst vermieden wird. Im Gegenzug zu diesen neuen Pflichten sieht die Vorlage Haftungsbefreiungen für Provider vor. Sie geben den Providern die für den Betrieb ihres Geschäfts erforderliche Rechtssicherheit.

Gleichzeitig sollen die gesetzlichen Bestimmungen an die neusten technologischen Entwicklungen angepasst werden. Die Vorlage orientiert sich an den Empfehlungen der Arbeitsgruppe zum Urheberrecht (AGUR12). Sie setzt aber auch eigene Akzente, beispielsweise mit dem neuen Vergütungsanspruch für das Verleihen von Werkexemplaren. Parallel zu dieser Vorlage wurden auch zwei Abkommen der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) in die Vernehmlassung geschickt.

- b) *Schutz der «Marke Schweiz»*

Am 2. September 2015 beschloss der Bundesrat das Inkrafttreten der Swissness-Gesetzgebung und des zugehörigen Verordnungspakets – bestehend aus einer Änderung der Markenschutzverordnung sowie drei neuen Verordnungen (Verordnung über die Verwendung von schweizerischen Herkunftsangaben für Lebensmittel, Verordnung über das Register für Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben nicht landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Wappenschutzverordnung) – per 1. Januar 2017. Die neue Gesetzgebung verstärkt den Schutz der Bezeichnung «Schweiz» und des Schweizerkreuzes. Sie will Missbräuche verhindern und eindämmen, damit der Wert der «Marke Schweiz» langfristig erhalten bleibt. Ihr Herzstück bilden präzisere Regeln im Markenschutzgesetz, unter welchen Voraussetzungen ein Produkt oder eine Dienstleistung als «schweizerisch» bezeichnet werden darf. Wer diese Kriterien erfüllt, darf die Bezeichnung Schweiz wie schon heute freiwillig und ohne Bewilligung benutzen. Werden die Regeln eingehalten, dürfen neu auch Waren – und nicht mehr nur Dienstleistungen – mit

dem Schweizerkreuz versehen werden; das Schweizerwappen bleibt dagegen grundsätzlich weiterhin dem Gemeinwesen vorbehalten. Die Möglichkeit, auch nicht landwirtschaftliche geografische Angaben (z.B. «Genève» für Uhren) in ein neues Register und gestützt darauf als geografische Marke einzutragen, erlaubt es den interessierten Branchen, einen offiziellen Schutztitel in der Schweiz zu erhalten. Das vereinfacht die künftige Erlangung und Durchsetzung des Schutzes insbesondere auch im Ausland deutlich.

Am 2. September 2015 eröffnete der Bundesrat die Vernehmlassung zum Entwurf für eine Änderung der Swiss-Made Verordnung für Uhren, welche sich auf den Vorentwurf für eine Branchenverordnung der Fédération Horlogère (FH) stützte. Die Vernehmlassung dauerte bis zum 2. Dezember 2015, gegenwärtig werden die eingegangenen Stellungnahmen ausgewertet. Gestützt darauf soll die Verordnungsänderung dem Bundesrat im Sommer 2016 zur Verabschiedung vorgelegt werden.

- **Freie Dienstleistungen**

Zum gesetzlichen Leistungsauftrag des IGE gehört auch die Erbringung von Informationsdienstleistungen auf der Grundlage des Privatrechts.

Bei den Patent- und Technologierecherchen konnte der Umsatz auf 4,7 Millionen (+1,5 %) gesteigert werden. Nach einem spürbaren Rückgang im Geschäftsjahr 2012/13 stabilisierte sich auch die Nachfrage nach Markenrecherchen weiter und führte zu Einnahmen von 768 000 Franken. Die verlangte Kostendeckung wurde für beide Teilbereiche erreicht.

2. Finanzielle Ziele

Im Geschäftsjahr 2014/15 wirkte sich die per 1. Januar 2014 in Kraft getretene Erhöhung der Patentjahresgebühren und der Gebühren für Markenverlängerungen erstmals während einer vollen Rechnungsperiode aus, wobei die erhöhten Gebühren bisher kaum zu einem Rückgang der aufrechterhaltenen Schutzrechte führten. Entsprechend lagen die Gebühreneinnahmen um ca. 3,9 Millionen (netto) über dem Budget. Insgesamt erzielte das IGE in seinem 19. Geschäftsjahr einen Betriebsgewinn von 5,7 Millionen. Vorderhand sank das Eigenkapital des IGE jedoch nochmals um 8,1 Millionen und betrug per Ende des Geschäftsjahres 37,2 Millionen. Bei der Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen gemäss den IFRS musste wegen der langfristig tiefen Zinserwartungen auf den Finanzmärkten der technische Zinssatz um $\frac{3}{4}$ Prozent auf 1,0 Prozent gesenkt werden. Die neuen Bewertungsgrundlagen führten zu einem zusätzlichen Rückstellungsbedarf von 13,8 Millionen. Dieser versicherungsmathematische Verlust belastete zwar nicht das Betriebsergebnis im Rahmen der Erfolgsrechnung des IGE. Er war aber als sonstiges Ergebnis («Other Comprehensive Income») in der Gesamtergebnisrechnung des Geschäftsjahres 2014/15 zu erfassen und beeinflusste damit direkt die Höhe des Eigenkapitals per Ende der Rechnungsperiode.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Neue gesetzliche Aufgaben und befristete Anstellungen im Zusammenhang mit einem Schlüsselprojekt des IGE führten zu einem Anstieg des durchschnittlichen Personalbestands von 212 auf 217 Vollzeitstellen. Das angestrebte hohe Qualifikations- und Leistungsniveau des Institutspersonals konnte aufrechterhalten werden. Der Frauenanteil in Kaderpositionen erhöhte sich leicht auf 25,6 Prozent (Vorjahr 24,4 %), der Anteil der Mitarbeitenden in Teilzeitanstellung nahm weiter zu (von 35,7 % auf 38,3 %). Die Zahl der Ausbildungsstellen für Lernende und Praktikanten (KV und Informatik) sank von 12 auf 11 Personen.

Im Hinblick auf die Senkung des technischen Zinssatzes von PUBLICA per 1. Januar 2015 folgte das IGE den Empfehlungen des Bundesrates betreffend flankierende Massnahmen zur Beibehaltung des bisherigen Leistungsniveaus (proportionale Verteilung von Rückstellungen und Erhöhung der Sparbeiträge).

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hielt im Prüfbericht vom 11. September 2015 zuhanden des Institutsrats fest, dass die Jahresrechnung für das am 30. Juni 2015 abgeschlossene Geschäftsjahr ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den IFRS vermittelt und dem IGEG entspricht. Das Testat zur geprüften Jahresrechnung wurde ohne Einschränkung und Hinweis erteilt. Am 6. November 2015 genehmigte der Institutsrat den auf die Betriebsführung beschränkten *Geschäftsbericht* 2014/15 der Direktion einstimmig. Gleichzeitig nahm er vom Bericht der Revisionsstelle Kenntnis und genehmigte die Jahresrechnung für die Rechnungsperiode 1. Juli 2014 bis 30. Juni 2015 einstimmig.

C. Anträge an den Bundesrat

Der *Rechenschaftsbericht* der Direktorin nach Art. 5 Abs. 2 IGEG ist ein umfassender Bericht an den Bundesrat, der die gesamte Tätigkeit des IGE zum Inhalt hat und sich – entsprechend dem Rhythmus der politischen Führung und Aufsicht – jeweils auf ein Kalenderjahr bezieht. Der Rechenschaftsbericht enthält einen besonderen Abschnitt über das Ergebnis der Prüfung durch die Revisionsstelle sowie die Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung durch den Institutsrat.

Gestützt darauf hat das EJPD dem Bundesrat den Rechenschaftsbericht zusammen mit dem Antrag auf Entlastung des Institutsrates für das Jahr 2015 zur Genehmigung unterbreitet.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 6. April 2016 den Rechenschaftsbericht des IGE für das Jahr 2015 genehmigt und dem Institutsrat Entlastung erteilt.

Eidgenössisches Institut für Metrologie METAS

Internet: www.metas.ch

Sitz: Köniz

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: Martina Hirayama (Präsidentin),
Ulrich W. Suter, Thierry J. L. Courvoisier, Tony Kaiser,
Matthias Kaiserswerth

CEO: Christian Bock

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2015 in Kürze

Das Eidgenössische Institut für Metrologie METAS hat im Jahr 2015 die strategischen Ziele des Bundesrates erfüllt.

Seine *fachlichen* Ziele hat es erreicht. Das Angebot der Dienstleistungen und der Infrastruktur des METAS deckt den gesamten Bedarf im gesetzlich geregelten Bereich sowie den grössten Teil der Bedürfnisse der Industrie ab. Mit seinem fundierten technisch-wissenschaftlichen Know-how in verschiedenen Fachbereichen konnte das METAS seine Position als interessanter Kooperationspartner für die Industrie weiter festigen. Bei der Befragung seiner Schweizer Kunden erhielt das METAS eine unverändert hohe Bewertung in Bezug auf die Gesamtzufriedenheit sowie auf die Zufriedenheit mit den Leistungen des Personals.

Die *finanziellen* Vorgaben wurden erfüllt. Der Selbstfinanzierungsgrad (Erlösanteil aus Gebühren, Abgeltungen und Drittmitteln) erreichte 51,1 Prozent und das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresergebnis von 5,6 Millionen Franken abgeschlossen. Der Bundesrat erwartet, dass das METAS die Erreichung der finanziellen Ziele, namentlich betreffend Selbstfinanzierungsgrad und Jahresergebnis, auch im letzten Jahr der Strategieperiode 2013-16 bestätigt.

Bei den *personal- und vorsorgepolitischen* Zielen ist das METAS ebenfalls auf Kurs. Besonders hervorzuheben sind die ausgezeichneten Resultate der Personalbefragung, die im Berichtsjahr durchgeführt worden ist. Im Weiteren hat sich das METAS mit seinem breiten Angebot an Lehrstellen bzw. Praktika für Hochschulabsolvierende unverändert stark für Berufsbildung und -übertritt engagiert.

Kennzahlen	2015	2014
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	46,3	45,6
Jahresergebnis (Mio. CHF)	5,6	4,4
Bilanzsumme (Mio. CHF)	40,6	37,0
Eigenkapitalquote in % ¹⁾	8,4	-5,8
Personalbestand (Vollzeitstellen)	163,6	152,9

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Anteil Lernende (%)	8,6	9,2
Frauenanteil total (%)	15,4	14,1
Frauenanteil wissenschaftlich-technisches Personal (%)	8,5	8,0
Anteil Ausgaben F+E (%)	13,6	11,4
Anzahl CMCs (Calibration and Measurement Capabilities) ²⁾	335	299
Vollzugsquote im gesetzlichen Messwesen (%)	93	92
Investitionsquote (Nettoinvestitionen im Verhältnis zu den Anschaffungskosten des Anlagevermögens) (in %)	6,3	4,6

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Abgeltungen nach Art. 3 Abs. 2 Bst. a–h und Abs. 3 und 4 EIMG (Aufgaben eines nationalen Metrologieinstituts) (Mio. CHF)	25,5	26,2
Abgeltungen nach Art. 3 Abs. 5 EIMG (weitere zugewiesene Aufgaben; Mio. CHF)	4,8	4,7
Gebühren (Mio. CHF)	6,9	6,4

¹⁾ Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste, die aufgrund erfahrungsbedingter Anpassungen der aktuariellen Annahmen entstehen, werden unter Anwendung der sogenannten Korridormethode erfolgswirksam über die erwartete Restdienstzeit der Arbeitnehmer erfasst.

²⁾ Von den 335 CMCs, die am Jahresende bestehen, entfallen 21 (21) auf das designierte Institut IRA, 6 (2) auf das designierte Institut PMOD, 23 (0) auf das designierte Institut Roth+Co AG.

A. Zielerreichung 2015*

1. Strategische Schwerpunkte

Das METAS ist das nationale Metrologieinstitut der Schweiz. Zu seinen wesentlichen Aufgaben gehört es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Schweizer

Wirtschaft, Forschung und Verwaltung mit der erforderlichen Genauigkeit messen kann. Weiter hat das METAS sicherzustellen, dass die zum Schutz von Mensch und Umwelt notwendigen Messungen richtig und rechtskonform durchgeführt werden.

Diese fachlichen Ziele hat das METAS im Berichtsjahr erreicht. Im gesetzlich geregelten Bereich ist am 1.10.2015 die totalrevidierte Verordnung des EJPD über Messmittel für elektrische Energie und Leistung (EMmV; SR 941.251) in Kraft getreten. Mit dieser Revision sind wichtige Neuerungen eingeführt worden. Zum einen werden neu auch Blindenergiezähler mittels eines Konformitätsbewertungsverfahrens in Verkehr gebracht, zum andern wurde das statistische Prüfverfahren auf alle Zähler ausgeweitet.

Das METAS konnte den Bedarf der Industrie grösstenteils abdecken; dank sehr guter internationaler Zusammenarbeit und Kooperationen können im Inland nicht angebotene metrologische Dienstleistungen von ausländischen Metrologieinstituten bezogen werden. Die geringe Zahl der Reklamationen im Verhältnis zur Zahl der ausgestellten Zertifikate spricht für eine gute Kundenzufriedenheit.

Im Sommer des Berichtsjahres hat das METAS bei seinen Schweizer Kunden eine Zufriedenheitsumfrage durchführen lassen (letzte Umfrage: 2012). Bei einem guten Rücklauf (32,5 Prozent) wird die Gesamtzufriedenheit der Kunden mit den Leistungen des METAS mit 4,36 von 5 Punkten unverändert hoch bewertet. Sehr gut wird auch das METAS-Personal benotet (4,62 von 5 Punkten).. Erwartungsgemäss wird das Preis-/Leistungsverhältnis etwas kritischer beurteilt.

Die kantonalen Eichmeister bewerten die Leistungen des METAS deutlich kritischer. Das ist einerseits auf die Rolle des METAS als Oberaufsichtsbehörde im gesetzlichen Messwesen zurückzuführen. Andererseits besteht im Verhältnis zu den kantonalen Eichämtern Handlungsbedarf, besonders was das Verhältnis zwischen den Eichmeistern, den kantonalen Aufsichtsbehörden im Messwesen und dem METAS betrifft. Entsprechende Massnahmen wurden bereits vor der Kundenbefragung eingeleitet. Unter anderem wurde ein Gremium zur Koordination der Zusammenarbeit im gesetzlichen Messwesen eingerichtet, in dem alle drei Parteien vertreten sind. Fest etabliert wurde auch eine Kommission der Eichmeister und des METAS zur Behandlung technischer Fragen.

Gegen 40 Prozent der Kalibrier- und Messdienstleistungen wurden für ausländische Kunden erbracht. Hier wird das METAS angesichts der Frankenstärke und des Kostendrucks noch stärker gefordert sein, sich im Wettbewerb mit anderen nationalen Metrologieinstituten positionieren zu können.

Das METAS berücksichtigt bei allen Tätigkeiten und Dienstleistungen das internationale Umfeld, indem es sich mit anderen nationalen Metrologieinstituten vernetzt und mit ihnen zusammenarbeitet, insbesondere im Rahmen der Europäischen Vereinigung der nationalen Metrologieinstitute EURAMET.

Die Forschung des METAS findet zu einem grossen Teil über die Beteiligung an Projekten im Rahmen des Europäischen Metrologie-Forschungs- und Entwicklungsprogramms statt (seit 2014: European Metrology Programme for Innovation and Research EMPIR; Teil des EU-Förderprogramms für Forschung und Innovation Horizon 2020). Das METAS konnte auch im Berichtsjahr erfolgreich an Calls von EMPIR teilnehmen und sich eine Beteiligung von 1 Millionen Euro zu sichern, was über den Vorjahreswerten und den Vorgaben des Institutsrats liegt.

Der Forschungsverantwortliche des METAS hat sein Amt als Vorsitzender der europäischen Metrologieorganisation EURAMET für die Jahre 2015-18 im Berichtsjahr angetreten. Ebenso hat der stellvertretende Direktor seine Tätigkeit als Mitglied des Comité International des Poids et Mesures (CIPM, Aufsichtsrat der internationalen Organisation des Metervertrags) aufgenommen. Diese und weitere Engagements in internationalen Fachorganisationen der Metrologie stärken die internationale Vernetzung und Reputation des METAS.

Das METAS sorgt dafür, dass seine Dienstleistungen über die erforderliche Anerkennung gemäss den einschlägigen internationalen Abkommen verfügen.

Damit die Anerkennungen im Rahmen einschlägiger internationaler Abkommen aufrechterhalten werden können, hat das METAS an Messvergleichen teilgenommen und Peer Reviews durchgeführt. Sowohl die Ergebnisse der Messvergleiche wie auch die Peer Reviews von Messplätzen einzelner Labors mit Experten ausländischer nationaler Metrologieinstitute bestätigen die hohe fachliche Qualität der angebotenen technischen und wissenschaftlichen Dienstleistungen.

Das METAS verfolgt die wissenschaftlich-technischen Entwicklungen und hält seine Kompetenzen auf dem aktuellen Stand.

Mit Blick auf die Weiterentwicklung seiner Messplätze und seines Dienstleistungsangebots verfolgt das METAS ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm, das an den weltweiten Entwicklungen in der Metrologie Mass nimmt. Dabei sind neue Gebiete identifiziert worden, in denen ein Kompetenzaufbau für das METAS sinnvoll sein könnte. Im Vorjahr hat der Institutsrat beschlossen, dass das METAS in drei Gebieten mit dem Aufbau beginnen soll:

- Messtechnik dimensioneller Grössen: Computer-Tomographie zur vollständigen dreidimensionalen Charakterisierung von Teilen (Wirtschaft).
- Optische Eigenschaften von Oberflächen (appearance) (Wirtschaft).
- Referenzlabor für «Essential Climate Variables», Treibhausgase (Umwelt).

Die Arbeiten an diesen mehrjährig angelegten Projekten wurden im Berichtsjahr aufgenommen.

Das METAS unterstützt den Innovationsprozess und die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft mit dem

vorhandenen Expertenwissen und der metrologischen Infrastruktur sowie mit anwendungsorientierten Forschungsprojekten.

Das METAS verfügt über ein breites technisch-wissenschaftliches Know-how. Das fundierte messtechnische Wissen ist für die Industrie nicht nur in Form von Kalibrier- und Messdienstleistungen nutzbar, sondern auch direkt für Produktentwicklungen oder Prozessoptimierungen. Dass das METAS – erst seit 2013 beitragsberechtigter KTI-Forschungspartner – ein interessanter Kooperationspartner für die Schweizer Industrie ist, zeigt nicht zuletzt die erfolgreiche Einwerbung von neuen, anwendungsorientierten KTI-Projekten (2015 1 KTI-Projekt und 1 BFE-Projekt).

2. Finanzielle Ziele

Das METAS hat die finanziellen Ziele im Berichtsjahr erreicht. Namentlich konnte es die Vorgabe, mindestens 40 Prozent des Jahresbudgets aus Gebühren, Abgeltungen und Drittmitteln zu finanzieren, mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 51,1 Prozent übertreffen. Im Weiteren war das METAS gestützt auf eine langfristige Investitionsplanung in der Lage, im Berichtsjahr sämtliche Investitionen aus selbst erwirtschafteten Mittel zu finanzieren. Die Erfolgsrechnung konnte mit einem Überschuss von 5,6 Millionen Franken abgeschlossen werden.

Der Gewinn dient dem weiteren Abbau des Bilanzfehlbetrags sowie der Äufnung von Reserven. Der Bilanzfehlbetrag beträgt per 31.12.2015 vor Gewinnzuweisung 2,2 Millionen. Er ist zurückzuführen auf die Verbindlichkeiten der beruflichen Vorsorge (gemäss dem Rechnungslegungsstandard IPSAS 25) bei der Verselbständigung des Instituts im Jahre 2013. Ende 2015 weist das METAS somit das erste Mal ein positives Eigenkapital in der Höhe von 3,4 Millionen aus.

Im Hinblick auf das Ziel, über die Strategieperiode 2013-2016 mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen, ist das METAS auf Kurs. Der Bundesrat erwartet, dass die Vorgabe aufgrund der Ergebnisse der ersten drei Jahre sowie angesichts des Voranschlags 2016 trotz eines anspruchsvollen wirtschaftlichen Umfelds erreicht werden kann.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die personal- und vorsorgepolitischen Ziele wurden erfüllt. Das METAS darf als fortschrittlicher und sozial verantwortlicher Arbeitgeber bezeichnet werden, der attraktive Arbeitsbedingungen bietet und die Leistungsfähigkeit seines Personals fördert.

Im Sommer 2015 liess das METAS eine Personalbefragung durchführen (Vollerhebung).. Bei einer Teilnahmequote von 84 Prozent besonders positiv ausgefallen sind die Antworten zur Arbeitszufriedenheit und zum Commitment. Ebenfalls sehr hohe Werte ergaben sich in den Dimensionen zielorientiertes Verhalten, Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben sowie Führung durch die oberste Leitung und den/die direkte/n Vorgesetzte/n..

Das METAS engagiert sich weiterhin stark als Ausbildungsstätte. Es bietet sechs verschiedene Berufsausbildungen vorwiegend technischer Richtung an. Der geringfügige Rückgang des nach wie vor hohen Anteils Lernender erklärt sich mit dem leicht höheren Personalbestand. Alle Lernenden im letzten Lehrjahr konnten ihre Ausbildung erfolgreich abschliessen. Überdies werden im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben auch eine Reihe von Praktikumsstellen für Absolventinnen und Absolventen von Hochschulen oder Universitäten angeboten. Die Nachfrage nach diesen Praktikumsplätzen in technisch-wissenschaftlichen Gebieten nimmt stetig zu.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Das METAS ist an keinen Kooperationen beteiligt und hat keine Beteiligung an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hält in ihrem Bericht vom 26.2.2016 fest, dass die Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2015 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit dem Rechnungslegungsstandard IPSAS und dem EIMG vermittelt. Das Testat wurde ohne Einschränkung und Hinweis erteilt.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Institutsrat erstellt nach Art. 8 Bst. g EIMG (SR 941.27) den Geschäftsbericht, mit dem er gleichzeitig über die Erreichung der strategischen Ziele rapportiert. Er hat dem Bundesrat diese Unterlagen zum Geschäftsjahr 2015 zusammen mit dem Antrag über die Gewinnverwendung und auf seine Entlastung zur Genehmigung und den Bericht der Revisionsstelle vom 26.2.2016 zur Kenntnisnahme unterbreitet.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 6.4.2016 den Geschäftsbericht des METAS für das Jahr 2015 genehmigt, dem Antrag über die Gewinnverwendung stattgegeben und den Mitgliedern des Institutsrats Entlastung erteilt.

Für die neue Amtsperiode 2016-2019 hat der Bundesrat am 25.11.2015 die bisherigen Mitglieder des Institutsrats wiedergewählt: Prof. Dr. Martina Hirayama zur Präsidentin sowie Prof. Dr. Ulrich W. Suter, Prof. Dr. Thierry J. L. Courvoisier, Dr. Tony Kaiser und Dr. Matthias Kaiserswerth zu Mitgliedern.

Der Bundesrat hat am 25.11.2015 die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) für die Amtsperiode 2016 bis 2018 als Revisionsstelle für das METAS wiedergewählt.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Der Direktor des METAS, Dr. Christian Bock, wurde am 4.12.2015 vom Bundesrat zum Direktor der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) ernannt. Er verlässt das METAS per 31.3.2016.

Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde RAB

Internet: www.rab-asr.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Thomas Rufer (Präsident), Prof. Sabine Kilgus, Dr. Renato Fassbind (bis 2015), Prof. Conrad Meyer, Prof. Daniel Oyon, Wanda Eriksen (ab 2016)

Direktor: Frank Schneider

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2015 in Kürze

Die strategischen Ziele für die Periode 2012-15 konnten aus Sicht des Bundesrates weitestgehend umgesetzt werden. Von den 32 Zielen konnten zwei nur teilweise erreicht werden:

- Die Optimierung der IT-Prozesse durch eine neue Plattform wurde 2014 durch technische Probleme verzögert.
- Der souveränitätspolitische Grundsatz der Heimatstaatenaufsicht konnte überall durchgesetzt werden, wo in der Revisionsaufsicht konkret zusammengearbeitet wird. Eine Ausnahme bilden die USA, die ausländische Aufsichtssysteme grundsätzlich nicht anerkennen, dafür aber (teilweise) auf deren Arbeiten abstützen. Diesen Ansatz gilt es, in den nächsten Jahren auszubauen. Bisher ist es weltweit keiner Aufsichtsbehörde gelungen, von den USA anerkannt zu werden.

Die Zusammenführung der bisher auf RAB und FINMA aufgeteilten Aufsicht über Revisionsunternehmen und Prüfgesellschaften bei der RAB hat sich bewährt. Die Überprüfungen zur Rechnungs- und Aufsichtsprüfung laufen koordiniert ab, und die altrechtlichen Zulassungen der FINMA für die Aufsichtsprüfung konnten vor Ablauf der Übergangsfrist in Zulassungen der RAB umgewandelt werden.

Im Bereich der internationalen Anerkennung hat der Bundesrat auf Antrag der RAB 32 ausländische Aufsichtsbehörden als gleichwertig anerkannt. Zudem wurde im Rahmen der IFIAR (s. S. 2) eine multilaterale Absichtserklärung (MoU) ausgehandelt. Mittelfristig könnte sich damit die Anzahl der Länder, mit denen konkrete Absprachen zur gegenseitigen Amtshilfe bestehen, um rund 15 Staaten erhöhen. Das Verhältnis zu den USA wurde 2015 weiter vertieft, was eine wichtige Voraussetzung für die angestrebte erweiterte Abstützung auf die Arbeiten der RAB darstellt.

Die finanziellen Ziele der RAB wurden erreicht. Ebenso konnte die RAB ihre personal- und vorsorgepolitischen Ziele einhalten.

Kennzahlen	2015	2014
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	6,7	6,0
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	0	0
Bilanzsumme (Mio. CHF)	7,8	7,8
Eigenkapitalquote in %	61,1	57,3
Personalbestand (Vollzeitstellen)	26	24
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Gesamtzahl Zulassungen (natürliche Personen und Revisionsunternehmen)	11 940	11 817
Anzahl staatlich beaufsichtigter Revisionsunternehmen	33	23
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	6,7	5,5

A. Zielerreichung 2015*

1. Strategische Schwerpunkte

• Grundsatz

Zweck und Grundauftrag der RAB ergeben sich aus dem Revisionsaufsichtsgesetz von 2005 (RAG; SR 221.302). Gestützt darauf umfassen die Hauptaufgaben der RAB die Zulassung von Personen und Unternehmen, die gesetzlich vorgeschriebene Revisionsdienstleistungen erbringen, die Beaufsichtigung der Revisionsstellen von Gesellschaften des öffentlichen Interesses und die Abwicklung der internationalen Amtshilfe im Bereich der Revisionsaufsicht. Die strategischen Ziele werden vom Verwaltungsrat der RAB innerhalb des gesetzlichen Auftrages erlassen und vom Bundesrat genehmigt.

• Stärkung der RAB als Behörde

Die RAB ist bei allen Stakeholdern mit Interessen im Bereich der Revision als feste Grösse bekannt und wird als unabhängige, professionelle und glaubwürdige Aufsichtsbehörde über die Revisionsbranche wahrgenommen.

Seit 2015 ist die RAB auch für Zulassung und Aufsicht im Bereich der Prüfung nach den Finanzmarktgesetzen (Aufsichtsprüfung) zuständig. Durch die Übernahme der Kom-

* Strategische Ziele: https://www.rab-asr.ch/docs/Strategische_Ziele/ziele-2016-2019-d.pdf

petenz von der FINMA konnten Doppelspurigkeiten eliminiert und Effizienzgewinne für die Prüfgesellschaften erzielt werden. Die Bündelung der personellen Ressourcen und des Fachwissens hat zudem zu einer weiteren Professionalisierung der Aufsicht über die Revisionsbranche geführt.

Durch ein weitgehend elektronisch ablaufendes Zulassungsverfahren sparen die betroffenen Personen und Unternehmen Kosten und Zeit im Umgang mit der Behörde („E-Government“). Die angestrebte Optimierung dieser Prozesse durch eine neue IT-Plattform ist nach wie vor im Gange, wurde aber 2014 durch technische Probleme deutlich verzögert. Die vollständige Erreichung dieses Ziels ist bis Ende 2017 geplant.

- *Aufsicht und Standardsetting*

Im Aufsichtsbereich steht unverändert die Durchsetzung der gesetzlichen und berufsständischen Vorgaben für Revisionsdienstleistungen im Fokus. Die fünf grossen Revisionsunternehmen (sog. «Big-5»), die jeweils mehr als 50 Gesellschaften des öffentlichen Interesses prüfen, werden jährlich und alle übrigen staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen alle drei Jahre inspiziert. Die Zunahme von 23 auf 33 staatlich beaufsichtigte Revisionsunternehmen ist auf die vorne erwähnte Bündelung der Aufsichtskompetenzen zurückzuführen.

2015 wurden bei staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen 11 Überprüfungen durchgeführt. Neben den Überprüfungen im Bereich der Rechnungsprüfung (Financial Audit), welche bereits seit 2008 stattfinden, hat die RAB mit einem erfahrenen Team von Finanzmarktspezialisten erstmals auch Überprüfungen zu Aufsichtsprüfungen (Regulatory Audit) durchgeführt. Wo die RAB auf wesentliche Mängel gestossen ist, hat sie deren Beseitigung sichergestellt. Bei schwerwiegendem Fehlverhalten wurden angemessene Sanktionen ausgesprochen.

Die Marktverhältnisse bei Revisionsunternehmen, die Gesellschaften des öffentlichen Interesses prüfen, sind weiterhin von stagnierenden oder sogar sinkenden Honoraren gekennzeichnet. Dieser Situation wird von den Revisionsunternehmen mehrheitlich mit Effizienzprogrammen (z.B. Auslagerungen von Arbeiten) begegnet. In diesem Umfeld wird die RAB auch in Zukunft gefordert sein, ein angemessenes Qualitätsniveau der gesetzlichen Revisionsdienstleistungen sicherzustellen.

Auf Seiten der geprüften Unternehmen stellt ein professioneller und kompetenter Prüfungsausschuss (Audit Committee) einen wichtigen Faktor für die Prüfungsqualität dar. Um diesen positiven Einfluss zu stärken, hat die RAB 2015 verschiedene Initiativen ergriffen. Neben der Erar-

beitung eines Leitfadens und der Intensivierung der Kontakte mit den Prüfungsausschüssen von Gesellschaften des öffentlichen Interesses wurde eine Anpassung des bestehenden Rundschreibens Nr. 1/2009 verabschiedet. Die erweiterten Informationspflichten der Revisionsstellen gegenüber dem Verwaltungsrat des geprüften Unternehmens sollen zu einer weiteren Stärkung der Prüfungsausschüsse führen.

Die RAB hat auch im Jahr 2015 aktiv am nationalen und internationalen Standardsetting des Berufsstandes teilgenommen und stellt mittels ihrer Eingaben sicher, dass qualitative Aspekte die notwendige Aufmerksamkeit erhalten.

Im Weiteren setzt die RAB nur anerkannte Standards durch und ist bei der Schaffung eigener Regularien zurückhaltend. Neben der erwähnten Ergänzung des Rundschreibens Nr. 1/2009 wurde das Rundschreiben Nr. 1/2015 über die Angaben zu den für die Prüfung bedeutsamen Sachverhalten im Revisionsbericht an die Generalversammlung (sog. „Key Audit Matters“) veröffentlicht. Aktuell gibt es damit sechs Rundschreiben der RAB. Das Rundschreiben Nr. 1/2015 ist allerdings ein Interim-Standard, welcher nach der Nachführung des Schweizer Berufsrechts wieder aufgehoben wird.

- *Recht und Internationales*

2015 haben sich die zuständigen Gerichte in elf Urteilen mit der Praxis der RAB auseinandergesetzt. Die Praxis wurde in den meisten Fällen gutgeheissen. Hervorzuheben ist, dass auch die langjährige Praxis der RAB im Bereich der Unabhängigkeit mehrfach bestätigt wurde. Trotz gegenteiliger Meinung von einzelnen Vertretern der Branche sind die Anforderungen an die Unabhängigkeit der Revisionsstelle bei der ordentlichen Revision und bei der eingeschränkten Revision somit grundsätzlich dieselben.

2015 sind 35 Hinweise von Dritten auf mögliche Normverstösse bei der RAB eingegangen (Vorjahr: 31 Hinweise). Als Folge dieser Meldungen wurden bisher fünf Verfahren eingeleitet.

Im Bereich der internationalen Anerkennung der RAB sind 2015 weitere Fortschritte erzielt worden. Zu den bestehenden neun Absprachen mit staatlichen Aufsichtsbehörden ist die multilaterale Absichtserklärung der IFIAR¹ hinzugekommen. Mittelfristig dürfte sich damit die Anzahl Länder, mit denen konkrete Absprachen zur gegenseitigen Amtshilfe bestehen, um rund 15 Staaten erweitern. Aktuell läuft das Beitrittsverfahren der RAB.

Weiter hat der Bundesrat auf Antrag der RAB 32 ausländische Revisionsaufsichtsbehörden als gleichwertig anerkannt. Weitere Anerkennungen werden in den kommenden Jahren folgen. Die RAB ist seit 2015 für die Aufsicht

¹ Die IFIAR (International Forum of Independent Audit Regulators) ist die globale Vereinigung der Revisionsaufsichtsbehörden. Sie wurde 2009 gegründet und zählt derzeit 50 Mitglieder.

über die Revisionsorgane von ausländischen Aktien-Emitenten an der Schweizer Börse zuständig, die im Heimatstaat nicht gleichwertig beaufsichtigt werden. Aktuell betrifft dies zwei ausländische Revisionsunternehmen.

Im Verhältnis zu den USA wurde 2015 eine Joint Inspection mit der US-amerikanischen Revisionsaufsichtsbehörde (PCAOB) in der Schweiz durchgeführt. Die Zusammenarbeit zwischen den zwei Behörden hat sich vor diesem Hintergrund vertieft. Die RAB strebt weiterhin an, dass sich das PCAOB möglichst weitgehend auf die Arbeiten der RAB abstützt.

2015 hat sich die RAB wiederum in die Diskussionen im Rahmen der IFIAR und anderer internationaler Gremien eingebracht und hat dabei die Interessen der Schweiz vertreten.

Im April 2014 hat die Europäische Union die sog. Reform des Prüfwesens verabschiedet. Die neuen Regularien und insbesondere die verschärften Vorgaben an die Unabhängigkeit werden voraussichtlich auch den Schweizer Revisionsmarkt beeinflussen. Die RAB beobachtet weiterhin die Umsetzung der Reform ab 2016 in den grösseren EU-Mitgliedstaaten.

- **Zulassung**

Die Zulassung von Revisionsunternehmen ist im Gegensatz zur Zulassung von natürlichen Personen gesetzlich befristet und alle fünf Jahre zu erneuern. Nach der Welle von Gesuchen zur Zulassungserneuerung in den beiden Vorjahren war 2015 von der Rückkehr zur Normalität gekennzeichnet.

Die rund 350 altrechtlichen Sonderzulassungen der FINMA im Bereich der Aufsichtsprüfung (leitende Prüfer und Prüfgesellschaften) wurden 2015 neu beurteilt und bei Erfüllung der entsprechenden Anforderungen in Zulassungen der RAB umgewandelt.

2. Finanzielle Ziele

Die RAB finanziert sich ausschliesslich über Gebühren und Aufsichtsabgaben der zugelassenen und beaufsichtigten Personen und Revisionsunternehmen. Bundesgelder werden keine beansprucht. Das Budget für das Jahr 2015 von rund CHF 6,7 Mio. wurde insgesamt eingehalten. Die vom Gesetz verlangte Reserve (Art. 35 Abs. 3 RAG; Stand Ende 2015: 4,5 Mio.) wird um 300 000 Franken erhöht, um den zusätzlichen Risiken aus der Übernahme der Aufsicht über die Prüfgesellschaften Rechnung zu tragen. Die Zunahme der Gebühren und Abgaben von 5,5 Millionen auf 6,7 Millionen ergibt sich ebenfalls aus der Übernahme der Aufsicht über die Prüfgesellschaften. Umgekehrt entfallen aber die bisherigen Gebühren und Abgaben der Prüfgesellschaften gegenüber der FINMA. Die finanzielle Belastung der Revisionsunternehmen ist somit gleichgeblieben, sodass eine verlässliche

Budgetierung der Aufsichtskosten sichergestellt ist; insbesondere wurden bei der Aufsichtsabgabe grössere Schwankungen vermieden.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die RAB darf als attraktiver Arbeitgeber für Spezialistinnen und Spezialisten der Wirtschaftsprüfung, Rechnungslegung und Aufsicht über den Finanzmarkt bezeichnet werden. Dies gilt auch für die vorsorgepolitische Seite der Anstellungsverhältnisse.

Der Personalbestand bewegt sich mit 26 Vollzeitstellen knapp über der Zielgrösse von 20 bis 25 Vollzeitstellen. Die Fluktuationsrate hat 2015 13,3 Prozent betragen.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die RAB ist an keinen Kooperationen beteiligt und hält keine Beteiligungen an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hält in ihrem Bericht vom 22. Februar 2016 fest, dass sie auf keine Sachverhalte gestossen ist, aus denen sie schliessen müsste, dass die Jahresrechnung nicht dem Gesetz entspricht. Das Testat wurde ohne Einschränkungen oder Hinweise erteilt.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Verwaltungsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2015 zu genehmigen, den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnis zu nehmen und die Mitglieder des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2015 zu entlasten.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat den Anträgen des Verwaltungsrates am 23. März 2016 zugestimmt.

Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB

Internet: www.ehb-schweiz.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

EHB-Rat: Dr. Philippe Gnaegi (Präsident), Vincenzo Nembrini (Vizepräsident), Dr. Madeleine Salzmann, Karl Zimmermann, Prof. Dr. Winfried Kronig, Angelika Locher Schmid, Claudia Sassi, Claude-Alain Vuille, Hanspeter Hauenstein

Direktorin: Prof. Dr. Cornelia Oertle (seit 1.2.2015)

Externe Revisionsstelle: BDO AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2015 in Kürze

Ein Jahr vor Abschluss der Laufzeit der strategischen Ziele 2013–2016 präsentiert sich das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung dynamisch. Die Strategieumsetzung hat auf diversen Ebenen intern sowie extern zu Analysen und Projektplanungsarbeiten geführt (Weitentwicklung der Dienstleistungen, ICT-Strategie, Observatorium für die Berufsbildung).

Die Anzahl der abgegebenen Diplome und Zertifikate konnte gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden. Dies ist angesichts der Konkurrenzsituation in der Deutschschweiz erfreulich. Ebenso konnte die Anzahl der Forschungs- und Berufsentwicklungsprojekte um rund 30 Prozent resp. 16 Prozent gesteigert werden.

Im Rahmen der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit des Bundes (IBBZ), empfing das EHB 33 Delegationen aller Kontinente und führte 10 internationale Kooperationsprojekte und Mandate durch.

Die Revision der Rechtsgrundlagen des EHB (EHB-Verordnung, Personalverordnung) wurde entscheidungsreif vorbereitet und 2016 vom Bundesrat gutgeheissen. Sie wird künftig zur Stärkung der Autonomie und Flexibilität des EHB beitragen.

Eine Herausforderung bildet nach wie vor der Sonderstatus des EHB in der Hochschullandschaft; die gleichwertige Mitwirkung in Steuerungsgremien wie Swissuniversities bleibt dem EHB verwehrt. Der Bundesrat erwartet, dass das EHB die Klärung seiner Positionierung in der Bildungslandschaft vorantreibt und die erforderlichen Schritte, inklusive allfällige Anpassung der Gesetzesgrundlagen, vorbereitet.

Der Selbstfinanzierungsgrad liegt mit 12,9 Prozent unter dem gesteckten Ziel von 20 Prozent. Verglichen mit anderen pädagogischen Hochschulen liegt das EHB jedoch im Mittelfeld. Die Jahresrechnung schloss wegen tieferer Einnahmen aus Gebühren und Dienstleistungen mit einem Verlust von 578 000 Franken ab. Der Bundesrat erwartet, dass das EHB weitere Anstrengungen zur Erreichung der finanziellen Ziele unternimmt.

Grosse Nähe zur Berufsbildungs- und Arbeitswelt, die konsequente Verbindung von Theorie und Praxis, die Verankerung in den drei Sprachregionen zeichnen das EHB aus. Der Bundesrat erwartet, dass das EHB diese Stärken auch in Zukunft pflegt und ausbaut, damit es der Bildungs-, Forschungs- und Dienstleistungsanbieter für Lehren und Lernen im beruflichen Kontext bleibt.

Kennzahlen	2015	2014
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	45,6	42,5
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	-0,6	-1,4
Bilanzsumme (Mio. CHF)	8,7	8,5
Eigenkapitalquote in %	24,6	32,0
Personalbestand (Vollzeitstellen)	178	169

Hochschulinstitutsspezifische Kennzahlen

Abschlüsse: Diplome	241	246
Abschlüsse: Zertifikate	763	714
Abschlüsse Zusatzausbildungen	276	268
Projekte Berufsentwicklung	203	174
Forschungsprojekte	44	33

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	39,7	36,5
Gebühren (Mio. CHF)	5,7	5,6

A. Zielerreichung 2015*

1. Strategische Schwerpunkte

Das EHB greift im Rahmen seines Auftrages die Problemstellungen und Strömungen auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt frühzeitig auf und trägt mit innovativen Lösungsvorschlägen zur Weiterentwicklung der Berufsbildung bei.

Das EHB setzte 2015 einen Schwerpunkt im Bereich der Fachkräftediskussion. Eine Studie zu den Berufs- und Bildungsverläufen von Fachleuten Gesundheit, Beratungen für ein Evaluationssystem für das Bauhauptgewerbe und ein Konzept im Rahmen statistischer Arbeiten rund um Lehrvertragsauflösungen haben sowohl den Organisationen der Arbeitswelt als auch dem Bund Steuerungswissen und Entscheidungsgrundlagen geliefert.

Das EHB arbeitet im Rahmen der verfügbaren Ressourcen aktiv mit den Verbundpartnern zusammen und entspricht mit seinen Leistungen deren Bedürfnissen.

* Strategische Ziele: <http://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg-id=45832>

Der Austausch mit den Verbundpartnern wurde aktiv gesucht. Das EHB nutzte dafür sowohl bestehende Gremien wie Konferenzen als auch besondere Anlässe wie z.B. Berufsmessen. Besonders hervorzuheben ist die Zusammenarbeit mit den Kleinberufen. Neben dem Aufbau eines Netzwerkes organisiert das EHB regelmässig Tagungen für betroffene Organisation der Arbeitswelt. Mit „Fit for finance“ konnte 2015 ein verbundpartnerschaftlich organisiertes Projekt zum Umgang mit Geld und Finanzthemen abgeschlossen werden.

Das EHB nimmt als Expertenorganisation für die Berufsbildung seine Rolle als kompetenter und verlässlicher Ansprechpartner für die Verbundpartner wahr, arbeitet mit der Arbeitswelt eng zusammen, stellt die Verankerung in der Berufsbildungspraxis sicher und profiliert sich noch stärker in der Berufsbildungslandschaft.

Die Nachfrage nach dem Expertenwissen des EHB ist ein deutliches Zeichen für die Nähe des EHB zur Arbeits- und Berufsbildungswelt. Das EHB hat im Berichtsjahr an diversen Veranstaltungen und Projekten mitgewirkt. Zudem sucht das EHB in der Aus- und Weiterbildung den Austausch mit der Praxis; so zum Beispiel im Rahmen von Schulbesuchen und mit dem Einbezug der Schulleitungen in Lehre und Prüfungsverfahren. Bei der Rekrutierung von Personal wird auf den Bezug zur Berufsbildungspraxis grossen Wert gelegt.

Das EHB entwickelt und vermittelt praxisverankerte und wissenschaftsbasierte Erkenntnisse. Es qualifiziert in der Berufsbildung Tätige inhaltlich und didaktisch zweckmässig und bereitet sie auf ihre Aufgaben vor.

2015 wurden die letzten Bildungsgänge des EHB anerkannt. Damit konnte der 2007 begonnene Anerkennungsprozess abgeschlossen werden.

An vier Tagungen nahm das EHB die Gelegenheit wahr, Themen sowohl praxisnah als auch wissenschaftsbasiert zu präsentieren und zu diskutieren: Potenziale im Allgemeinbildenden Unterricht, der Nachteilsausgleich für Lernende mit Beeinträchtigungen, der zweisprachige Unterricht und „former par l'art“ standen dabei im Zentrum.

Das EHB unterstützt die Verbundpartner bei der Weiterentwicklung der Berufe kompetent. Es stellt eine gesamtschweizerisch harmonisierte und sprachregional verträgliche Implementierung von Reformen und Revisionen in der Berufsbildung sicher.

Im Berichtsjahr wurde die Angebotspalette für die Verbundpartner erweitert. Damit konnten Lücken geschlossen werden, und das EHB kann nun die Verbundpartner in jedem Prozessschritt mit massgeschneiderten Dienstleistungen unterstützen. Wie schon in den letzten Jahren gab es eine Verschiebung der Nachfrage von Reform- zu Revisionsbegleitungen. Zudem wuchs die Nachfrage nach Dienstleistungen für die höhere Berufsbildung.

Das EHB schafft evidenzbasierte Grundlagen und stellt diese den Akteurinnen und Akteuren der Berufsbildung für die Steuerung und Weiterentwicklung des Systems zur Verfügung. Es positioniert sich mit seinen forschungsbasierten Leistungen und dem Studiengang MSc in Berufsbildung in der Hochschullandschaft.

Das EHB konnte die Zahl der Forschungsprojekte gegenüber dem Vorjahr von 33 auf 44 steigern. Zur Positionierung haben zudem Beiträge an Forschungskolloquien und Tagungen, Publikationen sowie Wissenstransferleistungen beigetragen. Bereits zum vierten Mal fand der internationale VET Congress am EHB in Zollikofen mit 140 Teilnehmenden aus 16 verschiedenen Nationen statt. Im Rahmen dieses Kongresses erhielten Mitarbeitende des EHB den „Best Paper Award“.

Der Aufbau des Schweizerischen Observatoriums für die Berufsbildung wurde vorangetrieben. Es soll regelmässige Trendanalysen zur Berufsbildung insgesamt sowie zu den Kernthemen Bildungsverläufe, Fachkräfte- und Qualifikationsbedarf und zu Kosten und Nutzen der Berufsbildung liefern. Dieses Steuerungswissen wird allen Akteurinnen und Akteuren der Berufsbildung zur Verfügung gestellt.

Das EHB reagiert mit seiner Forschung auf gesellschaftliche Veränderungen und neue Herausforderungen in der Berufsbildung und der Arbeitswelt, namentlich in sechs spezifischen Themenfeldern: Lernorte und Lehr-/Lernformen, Sprachkompetenzen, Prüfen und Bewerten, Heterogenität, Höhere Berufsbildung und Fachkräftemangel.

Zusätzlich zu den erwähnten Beiträgen zur Fachkräftediskussion und der Förderung von Sprachkompetenzen mit zweisprachigem Unterricht war das EHB in folgenden spezifischen Themenfeldern aktiv: Für Blended Learning (Kombination von traditionellen Lehr- und Lernformen mit E-Learning) wurde mit iVideo.education ein Tool zur Verfügung gestellt, mit dem kurze Videoclips erstellt werden können. Mit der Ausbildung von rund 9000 Prüfungsexpertinnen und -experten trägt das EHB zur Qualitätssicherung der Qualifikationsverfahren bei. „Fördern und Begleiten“ ist ein Weiterbildungsschwerpunkt, der den Umgang mit Heterogenität thematisiert. Ein Gender-Flyer der Forschung zeigt auf, wie wichtig die Sensibilisierung für Geschlechterfragen in der Berufsbildung ist. Zur höheren Berufsbildung wurde an der Ecole de la construction in Tolochenaz eine „Journée spéciale“ durchgeführt.

Das EHB implementiert ein effizientes und effektives Qualitätsmanagementsystem.

Das EHB evaluiert regelmässig Veranstaltungen und Projekte und führt sowohl bei Mitarbeitenden als auch bei den verschiedenen Stakeholdern Befragungen durch. Handlungsbedarf wurde beim internen Adress- oder Informationsmanagement geortet. Die Ausschreibung einer Bildungssoftware verzögerte sich, konnte jedoch 2015 ziel führend vorangetrieben werden.

Das EHB betreibt Nachwuchsförderung für die Berufsbildungsforschung.

Im Jahr 2015 haben zwei Doktorierende ihre Dissertation erfolgreich verteidigt. Zwei Nachwuchsforschende nahmen neue Dissertationsprojekte mit Unterstützung des EHB auf.

2. Finanzielle Ziele

Das EHB wird nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt und setzt seine Ressourcen wirtschaftlich, effizient und effektiv ein. Es finanziert seine Tätigkeiten aus den gesetzlich vorgesehenen Finanzierungsquellen und erzielt über die Geltungsdauer der strategischen Ziele mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis. Es erreicht bis 2016 einen Selbstfinanzierungsgrad von 20 Prozent.

Die finanziellen Ziele wurden im Berichtsjahr teilweise erreicht.

Tiefere Einnahmen aus Dienstleistungen und Gebühren, insbesondere in den Sparten Weiterbildung und Zentrum für Berufsentwicklung, führten in der Jahresrechnung zu einem Verlust von 578 000 Franken. Der Einnahmerrückgang erklärt sich aus der Verzögerung einzelner Projekte, dem Auslaufen eines Projektes zur Nachqualifikation von Berufsbildungsverantwortlichen und einer Straffung des Weiterbildungsangebots. Zusätzliche Ausgaben erfolgten im Informatikbereich zur Modernisierung der Schulungs- und Büroräumlichkeiten. Die Personalkosten stiegen um 1,3 Millionen, einerseits für ordentliche Lohnanpassungen, andererseits für den Auf- und Ausbau im Zuge der Umsetzung der Strategie 2022 (v.a. Observatorium für Berufsbildung, Bereich Internationales, Zentrum für Berufsentwicklung).

Der Selbstfinanzierungsgrad lag 2015 bei 12,9 Prozent. Er unterschreitet damit den Zielwert weiterhin stark. Die Generierung von Drittmitteln und Erlösen erwies sich aufgrund der relativ teuren Kostenstrukturen des EHB (gesamtschweizerische Ausrichtung mit drei Standorten, Mehrsprachigkeit) als schwierig. Im Vergleich mit mittleren und grossen Pädagogischen Hochschulen liegt der Selbstfinanzierungsgrad des EHB indes im vorderen Mittelfeld.

Vor diesem Hintergrund wurden die Sparten Weiterbildung und Zentrum für Berufsentwicklung 2015 einer Analyse unterzogen. Zur Verbesserung des effizienten und effektiven Einsatzes der finanziellen Mittel werden eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Sparten, ein aussagekräftigeres Controlling und eine stärkere Marktsegmentierung angestrebt.

Das EHB überprüft regelmässig die Risikoanalyse, -kontrolle und -steuerung und entwickelt sie bei nachgewiesenem Bedarf weiter.

Im Berichtsjahr wurden einige Prozessverbesserungen vorgenommen, insbesondere im Bereich der Risikobewältigung. Der EHB-Rat diskutiert jährlich das Risikoumfeld und die diesbezüglichen Gefahren für das EHB.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das EHB betreibt eine vorausschauende, sozialverträgliche Personalpolitik. Es pflegt eine wertschätzende, leistungsorientierte und vertrauensbildende Führungspraxis und führt regelmässig Personalbefragungen durch. Es engagiert sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

2015 wurden die Arbeiten am Personalentwicklungskonzept weiter vorangetrieben und mit einem hochschulkonformen Laufbahnmodell für das wissenschaftliche Personal ergänzt. Ein besonderes Augenmerk lag auf der Förderung der Sprachkompetenzen der Mitarbeitenden. Ein standortübergreifendes Gesamtkonzept zum Gesundheitsmanagement befindet sich kurz vor der Verabschiedung.

Im Zuge der Umsetzung der strategischen Ziele wurden verschiedene Veranstaltungen für die Hochschulleitungsmitglieder, das Kader und die Mitarbeitenden durchgeführt. Die nächste Personalbefragung findet 2016 statt.

Das EHB hält den Anteil an Lernenden von mindestens 5 Prozent des Personalbestandes.

Das EHB bildete 13 Lernende aus, was einem Anteil von 5,8 Prozent des gesamten Personalbestandes entspricht.

Das EHB orientiert sich beim Leistungsniveau der Vorsorgepläne an jenem der Bundesverwaltung und verteilt die Lasten angemessen.

Aufgrund der anhaltend tiefen Renditeerwartungen wurde auch beim Vorsorgewerk EHB auf den 1. Januar 2015 der technische Zinssatz von 3,5 Prozent auf 2,75 Prozent gesenkt. Die Kassenkommission war bestrebt, das bisherige Leistungsniveau zu erhalten. Die beim EHB gewählte Lösung orientiert sich an der Lösung der Bundesverwaltung, unter Beachtung der Beitragsbandbreite gemäss Artikel 32g Absatz 1 des Bundespersonalgesetzes.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Das EHB intensiviert die Zusammenarbeit mit anderen Anbietern von Ausbildungen für Berufsbildungsverantwortliche. Es nutzt Synergien in der Forschung und fördert den Dialog mit anderen Hochschulen.

Das EHB kooperierte 2015 mit zehn Anbietern von Ausbildungen für Berufsbildungsverantwortliche und bildete in diesem Rahmen über 500 Studierende aus. Im Berichtsjahr wurden diverse Kooperationen erneuert sowie mit weiteren Institutionen Kooperationsgespräche geführt und Kooperationskonzepte bearbeitet. Auch im Master-

studiengang des EHB ist eine Kooperation geplant. Im Bereich Forschung kooperierte das EHB mit 16 nationalen und 17 internationalen Hochschulen. Mit der Helmut-Schmidt-Universität besteht ein Vertrag zum Austausch von Studierenden.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hat die Jahresrechnung 2015 des EHB geprüft und diese mit Bericht vom 18. Februar 2016 für ordnungsgemäss befunden. Die Revisionsstelle empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Das WBF legte dem Bundesrat den Geschäftsbericht 2015 einschliesslich der Jahresrechnung zur Genehmigung sowie den Bericht des EHB-Rats über die Erreichung der strategischen Ziele und den Bericht der Revisionsstelle vom 18. Februar 2016 zur Kenntnisnahme vor.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat den Geschäftsbericht 2015 einschliesslich der Jahresrechnung am 13. April 2016 genehmigt und den Mitgliedern des EHB-Rates Entlastung erteilt.

SIFEM AG

Internet: www.sifem.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100 %

Verwaltungsrat: Jean-Daniel Gerber (Präsident), Susanne Grossmann (Vizepräsidentin), Geoffrey Burns, Hugo Fasel, Kathryn Imboden, Julia Balandina Jaquier, Michel Juvet

Geschäftsführerin: Obviam DFI AG, Bern

Externe Revisionsstelle: BDO AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2015 in Kürze

Der Bundesrat nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die SIFEM AG im Berichtsjahr erstmals seit ihrer Betriebsaufnahme ein positives operatives Ergebnis ausweist. Dieses Resultat ist primär auf eine stark verbesserte Performance des Investitionsportefolles zurückzuführen.

Zum Ergebnis beigetragen haben vor allem die markant gestiegenen Zinseinnahmen aus den festverzinslichen Anlagen der SIFEM AG sowie die trotz des schwierigen Geschäftsumfelds in den Zielländern erfolgreichen Veräusserungen von Investitionen. Zudem hat sich die im September 2014 eingeführte partielle Absicherung von Wechselkursveränderungen (*Hedging*) bewährt. Dank dieser Massnahme wurde der Einfluss von Fremdwährungseffekten auf das operative Ergebnis reduziert.

In Bezug auf die Wirkungsziele weist die SIFEM AG zum wiederholten Male sehr gute Resultate aus. Dies zeigt sich namentlich bei der hohen Anzahl geschaffener Arbeitsplätze, aber auch bei der Erhaltung globaler öffentlicher Güter (Klima, Gesundheit, Biodiversität etc.) und dem Zugang ärmerer Bevölkerungsschichten zu erschwinglichen Gütern und Dienstleistungen, sowie dem Beitrag zum Steueraufkommen an den Investitionsstandorten.

Nach Einschätzung des Bundesrates ist die SIFEM AG in der laufenden Strategieperiode 2014-2017 weitgehend auf Kurs. Es ist jedoch eine weitere Steigerung notwendig, um das Ziel eines positiven Betriebsergebnisses über vier Jahre zu erreichen. Mit dem Leistungsausweis in Bezug auf die Entwicklungseffekte, die finanziellen Ziele und die Mobilisierung von privatem Kapital ist das Investitionsinstrument SIFEM in besonderem Masse geeignet, bei der Umsetzung der *Sustainable Development Goals* der UNO beizutragen.

Im Rahmen der Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit 2017-2020 nimmt der Bundesrat das Anliegen des Verwaltungsrates auf und beabsichtigt eine weitere Kapitalaufstockung für die SIFEM AG. Zugleich sollen die Möglichkeiten für die Mobilisierung bzw. Einbindung privater und institutioneller Investoren in der Schweiz geprüft werden.

Kennzahlen	2015	2014
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	–	–
Operatives Betriebsergebnis (Mio. CHF) ¹	0,6	-13,4
Bilanzsumme (Mio. CHF)	581,5	588,2
Eigenkapitalquote in %	33,2	25,5
Personalbestand (Vollzeitstellen)	0,2	0,2

Unternehmensspezifische Kennzahlen²

Rendite im mehrjährigen Durchschnitt - Internal Rate of Return (%)	7,27	7,85
Wertmultiplikator - Total Value over Paid-in (%)	129	132
Neue Investitionsverpflichtungen (Mio. USD)	81,2	100,3
Rückflüsse aus Investitionen (Mio. USD)	42,5	35,5
Gesamtvolumen Investitionsverpflichtungen (Mio. USD) - Total Active Commitments	605,1	578,1
Einbezahlte Investitionen (zu Marktwerten, Mio. USD) - Residual Value	293,7	283,1

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	0	0
Erhöhung Aktienkapital (Mio. CHF)	25,0	0

¹ Die strategischen Ziele 2014-2017 des Bundesrats legen den Fokus auf das operative Ergebnis. Das Gesamtergebnis wird im Kurzbericht nicht mehr dargestellt.

² In Absprache mit der Eidg. Finanzverwaltung verwendet die SIFEM AG den USD zur Bemessung der Investitionsleistung.

A. Zielerreichung 2015*

Gemäss den strategischen Zielen des Bundesrats für den Zeitraum 2014-17 soll die SIFEM AG mittels Aktienbeteiligungen (Risikokapital) oder Darlehen vorwiegend in lokale oder regionale Fonds und Finanzintermediäre zugunsten von KMU, schnell wachsenden Unternehmen und Infrastrukturgesellschaften in Entwicklungs- und Schwellenländern investieren. Dadurch verschafft die SIFEM AG diesen Unternehmen Zugang zu langfristiger Finanzierung und Know-how und trägt zum nachhaltigen

Wachstum dieser Firmen, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Abbau von Armut in Entwicklungs- und Schwellenländern bei.

1. **Strategische Schwerpunkte**

- *Hebelwirkung*

Die SIFEM AG strebt eine Maximierung von privaten Investitionen in den Zielländern und in die begünstigten Unternehmen an. Zu diesem Zweck trägt die SIFEM AG einen Teil der politischen oder kommerziellen Risiken und teilt umgekehrt die Rückflüsse aus den Investitionen mit den privaten und institutionellen Investoren. Im Durchschnitt der Jahre 2014-15 mobilisierte jeder von der SIFEM AG investierte US-Dollar private Investitionen im Umfang von 9,3 US-Dollar. Dies ist eine ausgezeichnete Hebelwirkung. Der Zielwert (ein Verhältnis von mindestens 1 zu 2) wurde im Vergleich zum Vorjahr (7,2 USD) noch deutlicher übertroffen.

- *Nachhaltigkeit*

Sämtliche Portfeuille-Unternehmen wie auch die Fondsmanager haben sich gegenüber der SIFEM AG verpflichtet, die Grundsätze der Nachhaltigkeit in allen Dimensionen sowie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) einzuhalten. Die Überprüfung erfolgt sowohl im Vorfeld als auch während des einzelnen Investitionsprojekts auf der Basis der *Responsible Investment Policy* der SIFEM AG. Dazu dienen die *Performance Standards on Environmental and Social Sustainability* der Weltbank (IFC) oder vergleichbare Standards. Hinsichtlich Einhaltung der Menschenrechte beziehen sich diese Leitlinien auf die *Guiding Principles* sowie auf die *International Bill of Human Rights* der UNO. So werden beispielsweise Investitionsvorhaben ausgeschlossen, bei denen erzwungene oder Kinderarbeit im Spiel sein könnte.

2. **Aufgaben- und unternehmensbezogene Ziele**

- *Insgesamt positive Entwicklungswirkung*

Die SIFEM AG verwendet zur Messung der Entwicklungswirkung ein unter den internationalen Entwicklungsfinanzierungsgesellschaften anerkanntes Messverfahren. Grossmehrheitlich (zu 84 %) wird den ex-post beurteilten Investitionen eine „gute“ oder „sehr gute“ Entwicklungswirkung attestiert. Damit ist der Zielwert von 75 Prozent übertroffen. Die wesentlichen Elemente der Entwicklungswirkung sind die Schaffung von Arbeitsplätzen (vgl. unten), die Schaffung und Stärkung von Risikokapitalmärkten für KMU und schnell wachsende Firmen, die Verbesserung der Betriebsführung der Portfeuille-Unternehmen und deren Zugang zu Fremdkapital sowie ein höheres Steueraufkommen an den Investitionsstandorten. Zum Steueraufkommen liegen für das Jahr 2014 erstmals Berechnungen vor. Demnach haben die SIFEM-Portfeuille-Unternehmen in einem einzigen Jahr gesamthaft rund 460 Millionen US-Dollar Steuern bezahlt.

- *Beschäftigungswirkung*

Die SIFEM AG ist im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes ein zentrales Instrument für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Partnerländern. Gemäss aktuellen Daten von 2014 hat die SIFEM AG über 14 000 Stellen pro rata (d.h. ohne Berücksichtigung des Beitrags von Ko-Investoren) unterstützt. Der Stellenzuwachs in den Portfeuille-Unternehmen beträgt über 7,5 Prozent. Damit wurden die Zielwerte (mindestens 6000 neue Stellen pro Jahr; Nettozuwachs der Arbeitsstellen von mindestens 6 %) im Berichtsjahr übertroffen. Insgesamt hat die SIFEM AG seit 2005 durch die Mitfinanzierung von Unternehmen über 340 000 Arbeitsplätze in den Zielländern geschaffen oder erhalten.

- *Investitionen in Fonds mit spezifischen, messbaren Zielen im Entwicklungs- und Sozialbereich*

Die strategischen Ziele 2014-17 verpflichten die SIFEM AG, einen Teil der Investitionen zu Gunsten von Projekten mit spezifischen, messbaren Zielen im Entwicklungs- und Sozialbereich zu tätigen, die mit innovativen Lösungen zur Erhaltung globaler öffentlicher Güter (Klima, Gesundheit, Biodiversität etc.) beitragen und den ärmeren Bevölkerungsschichten den Zugang zu erschwinglichen Gütern und Dienstleistungen ermöglichen. Bis vor kurzem gab es in den Zielmärkten der SIFEM AG kaum solche Investitionsmöglichkeiten. Sie hat deshalb in den vergangenen Jahren mitgeholfen, solche Projekte zu lancieren. Von den neuen Investitionsverpflichtungen im 2014-15 waren insgesamt 35 Prozent in dieser Kategorie angesiedelt. Auch hier wurde der Zielwert (25 %) übertroffen.

Bislang hat die SIFEM insgesamt mehr als 53 Millionen Franken für Investitionen verpflichtet, welche die Förderung von erneuerbaren Energien, die Erhaltung der Biodiversität und den Klimaschutz anstreben. Bei Klimaschutz-Projekten werden die eingesparten CO₂-Emissionen ermittelt. Die Produktion von über tausend Gigawattstunden mit erneuerbaren Energieträgern vermeidet pro Jahr rund 1,8 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen.

- *Risikomanagement*

Das Risikomanagementsystem erfüllt die Vorgaben des Obligationenrechts und wurde von der Revisionsstelle als angemessen beurteilt.

Per Ende 2015 waren 37 Prozent der Fonds-Investitionen und 6 Prozent der festverzinslichen Anlagen als Hochrisiko-Projekte klassifiziert; die vorgegebenen Höchstanteile von 40 bzw. 15 Prozent solcher Investitionen wurden somit eingehalten. Die Akzentuierung des Risikoprofils gegenüber dem Vorjahr ist auf das schwierige Geschäftsumfeld in den Zielländern zurückzuführen, welches die Veräusserung von Beteiligungen verlangsamt und die durchschnittliche Haltedauer verlängert hat.

Im 2015 wurde die Einführung eines weiter verbesserten internen Kontrollsystems vorbereitet. Es deckt sowohl die Prozess- wie auch Portfolio-Risiken ab und stellt *best practice* gemäss Industrienorm in der Risikokapitalbranche sicher. Die Umsetzung erfolgt 2016.

3. **Finanzielle Ziele**

- *Wirtschaftlichkeit*

Die Betriebskosten der SIFEM AG und der mit der Geschäftsführung beauftragten Obviam AG beliefen sich 2015 auf 5,7 Millionen Franken (Vorjahr: 4,8 Mio.); darin enthalten sind auch übrige operative Kosten von 334 000 Franken, z.B. für Emissionsabgaben oder Bankspesen. Der Verwaltungskostenanteil entspricht 0,88 Prozent der aktiven Investitionsverpflichtungen³ (Vorjahr: 0,81 %) und liegt unter dem vom Bundesrat festgesetzten Höchstwert von 1,5 Prozent. Der Anstieg der Verwaltungskosten widerspiegelt den Ressourcenbedarf für das stark gewachsene Investitionsportfeuille in den vergangenen Jahren. Gleichwohl liegt der Verwaltungskostenanteil im Berichtsjahr deutlich unter den Werten der Jahre 2011-13.

- *Rechnungsergebnis*

2015 weist die SIFEM AG erstmals seit ihrer Betriebsaufnahme im Jahr 2011 ein positives operatives Ergebnis aus. Der Überschuss in Höhe von 610 000 Franken ist primär auf eine stark verbesserte Performance des Investitionsportfeuille zurückzuführen, welche einen Ertrag auf den Investitionen von 6,3 Millionen Franken ermöglichte (Vorjahr: -8,6 Mio.).

Ins Gewicht fallen dabei namentlich die markant gestiegenen Zinseinnahmen aus den festverzinslichen Anlagen sowie die trotz des schwierigen Geschäftsumfelds in den Zielländern erfolgreiche Veräusserung von Investitionen. Zudem hat sich die im September 2014 eingeführte partielle Absicherung von Wechselkursschwankungen (*Hedging*) bewährt. Dank dieser Massnahme wurde der Einfluss von Schwankungen der lokalen Währungen gegenüber der Basiswährung USD auf das operative Ergebnis reduziert.

Das Gesamtergebnis, in welches kalkulatorische Zinsen und Währungsschwankungen zwischen USD (massgebliche Währungseinheit für das Investitionsportfeuille) und CHF (Währungseinheit des Bundesdarlehens an die SIFEM AG) einfließen, fiel im 2015 nahezu ausgeglichen aus. Es resultierte ein Reingewinn von 834 000 Franken (Vorjahr: 20,7 Mio.).

Gemäss SIFEM-Statuten erfolgt die Rechnungslegung nach Massgabe des OR; die Geschäftszahlen der Anträge an die Generalversammlung (s. Ziff. C) beruhen auf diesem Standard.

- *Investitionen*

Im Jahr 2015 hat die SIFEM AG Investitionen im Umfang von 80,5 Millionen Franken getätigt. Bei den insgesamt neun erfolgten Zusagen handelt es sich um fünf Investitionen in Risikokapitalfonds sowie einen Mezzanine-Fonds für KMU und schnell wachsende Unternehmen, zwei Darlehen an Finanzintermediäre sowie einen innovativen Fonds zur Bereitstellung von Finanzdienstleistungen an Kleinbauern. Mit diesen Investitionsverpflichtungen verstärkt die SIFEM ihr Engagement vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern Asiens und Afrikas, darunter Laos, Kambodscha, Myanmar, Ruanda und Uganda.

Die für Investitionsgesellschaften wie die SIFEM AG wichtigsten langfristigen Finanzkennzahlen sind die Rendite im mehrjährigen Durchschnitt (Internal Rate of Return) und der Wertmultiplikator (Total Value over Paid-In). Während der Wertmultiplikator mit 1,3 dem Vorjahresniveau entspricht, ist die Rendite im Vergleich zu 2014 von 7,8 Prozent auf 7,3 Prozent zurückgegangen. Dies ist bei einem stark wachsenden Portfeuille zu erwarten. Die vom Bundesrat vorgegebenen Zielwerte nach Investitionskategorien (Wachstumsfonds: Rendite grösser als 5%; Wertmultiplikator grösser als 1,3) wie auch die Zielgrössen über das gesamte Portfeuille hinweg (positive Rendite; Wertmultiplikator grösser als 1) werden aber nach wie vor eingehalten.

4. **Personal- und vorsorgepolitische Ziele**

Abgesehen vom Verwaltungsrat beschäftigt die SIFEM AG lediglich eine teilzeitlich angestellte Verwaltungsratssekretärin. Die Geschäftsführung der SIFEM AG erfolgt durch die Firma Obviam AG mit Sitz in Bern.

Basierend auf den strategischen Zielen des Bundesrates hat der SIFEM-Verwaltungsrat einen jährlichen bzw. mehrjährigen Zielkatalog festgelegt, der als Grundlage für die Leistungsziele der Obviam AG dient und auch für die Beurteilung des Obviam-Personals verwendet wird.

B. **Bericht der Revisionsstelle**

Mit Bericht vom 10.02.2016 bestätigt die Revisionsstelle, dass die Rechnungslegungsnormen eingehalten wurden und der Jahresabschluss gemäss den angewandten Grundsätzen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt. Die Jahreszahlen 2015 entsprechen den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten der Gesellschaft.

Die Revisionsstelle bestätigt, dass ein ordnungsgemässes Internes Kontrollsystem existiert und der Verwaltungsrat angemessene periodische Risikobewertungen

³ D.h. die einbezahlten und noch nicht einbezahlten Engagements minus die beendeten Verpflichtungen.

durchführt. Sie empfiehlt die Jahresrechnung zur Genehmigung.

C. Anträge an die Generalversammlung

Der Verwaltungsrat hat der Generalversammlung am 4. Mai 2016 die folgenden Anträge gestellt (gemäss Statuten beziehen sich die Anträge auf den Abschluss nach obligationenrechtlichen Vorgaben, der nicht mit dem Abschluss nach IFRS identisch ist):

- Kenntnisnahme des Berichts der Revisionsstelle;
- Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2015;
- Übertragung der Gewinnrücklagen von 6,4 Millionen Franken, abzüglich des Reinverlusts von 980,000 Franken auf die neue Rechnung;
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2015;
- Wiederwahl der Revisionsstelle BDO AG, Zürich, für das Geschäftsjahr 2016.
- Ordentliche Kapitalerhöhung von 25 Millionen Franken durch Ausgabe von 2,5 Millionen Namenaktien mit einem Nennwert von je 10 Franken zum Nennwert. Die Einlage ist in Geld zu leisten. Das Bezugsrecht der Eidgenossenschaft wird vollständig gewahrt.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 20. April 2016 das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die Generalversammlung der SIFEM AG zuzustimmen.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Die Geschäftsführung und die Portfolioverwaltung der SIFEM AG erfolgt durch eine externe Managementgesellschaft. Im Berichtsjahr wurde dieses Mandat im Rahmen einer WTO-Beschaffung mittels selektivem Verfahren (Art. 15 BöB, SR 172.056.1) neu ausgeschrieben und mit der Publikation des Zuschlags an die Firma Obviam DFI AG am 18. November 2015 auf simap.ch abgeschlossen.

identitas AG

Internet: www.identitas.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 51 %

Verwaltungsrat: Markus Zemp (Präsident), Josef Dähler (Vizepräsident), Corinne Bähler, Peter Bosshard, Rolf Büttiker, Peter Hinder, Meinrad Pfister; Bundesvertreter: Dominique Kohli (BLW) und Hans Wyss (BLV)

Geschäftsführer: Christian Beglinger

Ext. Revisionsstelle: Gfeller + Partner AG, Langenthal

Würdigung der Ergebnisse 2015 in Kürze

identitas AG konnte im Jahr 2015 den Betrieb der Tierverkehrsdatenbank (TVD) und der damit verbundenen Systeme und Applikationen auftragsgemäss gewährleisten. Weitere Applikationen werden privatrechtlich in der Tierproduktions- und Verwertungsbranche erfolgreich am Markt angeboten.

Im Berichtsjahr wurde die Applikation AMICUS für die Registrierung von Hunden nach den Anforderungen aller Kantone und des Fürstentums Liechtenstein entwickelt. Dieser Auftrag ist ausserhalb der öffentlich-rechtlichen Aufträge des Bundes und wird somit nicht von diesem abgegolten.

Aufgrund der Platzknappheit am ehemaligen Standort in Bern-Bümpliz wurde der Sitz des Unternehmens in Mieträume in Bern-Wankdorf verlegt.

Der vom Bund vereinnahmte Ertrag aus dem Verkauf von Ohrmarken und aus anderen Gebühren übertraf die vom Bund getragenen Betriebskosten der TVD um 1,2 Millionen Franken.

Mit Blick auf die künftige Ausrichtung wurde im Berichtsjahr die Rolle des Bundes als Hauptaktionärin der identitas AG geprüft. Über das weitere Vorgehen wird der Bundesrat im laufenden Geschäftsjahr befinden. Im Weiteren hat die identitas AG den Strategieprozess für die Periode 2016-2018 abgeschlossen und die strategischen Ziele sowie das Leitbild für die Unternehmung verabschiedet.

Kennzahlen	2015	2014
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	11,9	12,4
Reingewinn (Mio. CHF)	0,1	0,4
Bilanzsumme (Mio. CHF) ¹⁾	22,7	22,6
Eigenkapitalquote in %	13,5	13,2
Personalbestand (Vollzeitstellen)	65,8	58,1

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Umsatz pro FTE (CHF)	181 227	214 148
Ergebnis pro FTE (CHF)	1 812	6 578
Rentabilität des Eigenkapitals in %	3,9	12,8

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen ²⁾

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	-1,2	-1,2
Gebühren (Mio. CHF)	9,9	10,1

¹⁾ In der Bilanz werden treuhänderische Forderungen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem Vertrag mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft ausgewiesen. Saldiert gleichen sich diese Werte aus, führen aber aufgrund der Bruttodarstellung zu einer höheren Bilanzsumme.

²⁾ Der Bund hat mittels Vertrag die identitas AG mit dem Betrieb der Tierverkehrsdatenbank und anderen damit verbundenen Systemen beauftragt und trägt die entsprechenden Kosten (2015: 8,7 Mio. CHF; 2014: 8,9 Mio. CHF). Die Betriebskosten werden gemäss Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966 (TSG; SR 916.40) grundsätzlich durch Gebühren gedeckt, welche die identitas AG bei den Tierhaltern im Namen und zu Gunsten des Bundes erhebt (2015: 9,9 Mio. CHF; 2014: 10,1 Mio. CHF). Der Aufwand des Bundes wurde 2015 durch die eingenommenen Gebühren mehr als gedeckt. Die treuhänderisch erhobenen Gebühren erscheinen nicht in der Erfolgsrechnung der identitas AG. Die Ausgaben für den Betrieb der Tierverkehrsdatenbank und die eingenommenen Gebühren sind brutto in der Staatsrechnung aufgeführt.

A. Zielerreichung 2015

1. Strategische Schwerpunkte

Mit der Formulierung der Vision „Als führender Schweizer Dienstleister für Daten rund um das Tier schafft identitas AG Mehrwert für gesunde Tiere und sichere Lebensmittel“ und dem daraus abgeleiteten Leitbild sowie der Formulierung von strategischen Zielen wurde eine Etappe eines im Vorjahr begonnenen Strategieprozesses abgeschlossen.

Es wurden strategische Ziele in den Bereichen Markt, Produkte, Personal, Finanzen und Technologie formuliert.

Der Verwaltungsrat der identitas AG setzt sich neben den Vertretern des Bundes aus Personen zusammen, welche in der Branche der Tiergesundheit, Tierzucht, Tierproduktion und -verwertung bestens vernetzt sind. Der Verwaltungsrat unterstützt die Tiergesundheitsstrategie 2010+ des Bundes und geht von einer steigenden Bedeutung des dokumentierten Nachweises von Lebensmitteln aus. Das unverändert hohe Kostenniveau der inländischen Produktion und die globale Handelbarkeit von Lebensmitteln erfordern eine Qualitätsstrategie für die inländische Produktion. identitas AG soll führend im Informationsmanagement von Tierdaten sein. Dazu sollen sowohl die Kundenorientierung als auch die Abstützung in der Branche weiter ausgebaut werden.

Der gesetzliche Auftrag zum Betrieb der Tierverkehrsdatenbank (TVD) wurde von der identitas AG in zufriedenstellender Art und Weise gewährleistet. Auch der Betrieb der mit der TVD verbundenen Systeme und Applikationen, insbesondere der GVE-Rechner als Werkzeug zur Bestimmung der massgebenden Tierbestände (vgl. Art. 36-37 Direktzahlungsverordnung [DZV, SR 910.13]) konnte die Erwartungen erfüllen.

Die TVD wird funktional ständig optimiert, um die Lösung administrativ zu vereinfachen und den Anwendern optimale Bedingungen für die Erfüllung der Pflichten zu bieten. In der TVD werden Daten zu den Gattungen Rind, Schwein, Schaf, Ziege, Equide und Geflügel gespeichert. Die TVD wird nicht nur für Seuchenprävention und Bekämpfung verwendet, sondern auch als Instrument für die Bemessung von Direktzahlungen eingesetzt sowie für die Erfassung der Schlachtungen der Tiere der Rinder-, Schaf-, Ziegen- und Pferdegattung, die für die Festlegung der Zollkontingentsanteile von Bedeutung sind. Die TVD steht allen berechtigten Nutzern als Webapplikation sowie über Schnittstellen zur Verfügung.

Im Auftrag des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen BLV wurde im Berichtsjahr die Applikation RiBeS (Rindviehbeprobung am Schlachthof) in Betrieb genommen. Diese Applikation ist via Schnittstelle mit den Informationssystemen der grossen Schlachthöfe verbunden und dient der risikobasierten Probenahme im Rahmen der veterinärmedizinischen Überwachungsprogramme.

Zudem wurde die Applikation AMICUS für die Registrierung von Hunden nach den Anforderungen aller Kantone und des Fürstentums Liechtenstein entwickelt. Die Applikation wird ab 2016 im Auftrag aller Kantone und des Fürstentums Liechtenstein betrieben. Dieser Auftrag ist ausserhalb der öffentlich-rechtlichen Aufträge des Bundes und wird somit nicht von diesem abgegolten.

Die identitas AG konnte im Geschäftsjahr 2015 die Entwicklung von neuen Applikationen, welche am Markt angeboten werden, mit eigenen Mitteln finanzieren. Zudem wurden auf eigene Kosten funktionale und strukturelle Anpassungen an der TVD vorgenommen um die längerfristige Wartbarkeit der Applikation sicherzustellen. Auch wurden wiederum Smartphone-Apps neu entwickelt oder ausgebaut. Es entstanden Lösungen für Imker und für Equideneigentümer und die bestehende Lösung für die TVD-Meldungen wurde überarbeitet.

Aufgrund der Platzknappheit am ehemaligen Standort in Bern-Bümpliz wurde der Sitz des Unternehmens in Mieträume in Bern-Wankdorf verlegt. Im Berichtsjahr sind 1,1 Millionen Franken für Rückbauarbeiten im alten Objekt, für Umbauarbeiten im neuen Objekt und für Umzugsleistungen von Drittunternehmungen angefallen.

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 9.4.2014 wurde im Berichtsjahr die Rolle des Bundes als Hauptaktionärin der identitas AG mit dem Verwaltungsrat der identitas AG geprüft. Über das weitere Vorgehen wird der Bundesrat im laufenden Geschäftsjahr befinden.

2. Finanzielle Ziele

Nach Artikel 15b des Tierseuchengesetzes vom 1. Juli 1966 (SR 916.40) werden die Betriebskosten der TVD grundsätzlich durch Gebühren der Tierhalter/-innen gedeckt. Der vom Bund vereinnahmte Ertrag aus dem Verkauf von Ohrmarken und aus anderen Gebühren übertraf die vom Bund getragenen Betriebskosten der TVD um 1,2 Millionen Franken.

Die identitas AG konnte ihre Leistungen im Jahr 2015 in einem stabilen wirtschaftlichen und politischen Umfeld erbringen. Dem allgemeinen Preisdruck auf den Dienstleistungen der identitas AG steht eine steigende Nachfrage gegenüber, was zum stabilen Umsatz führte.

In Anbetracht der Lebenszyklusphase der IT-Infrastruktur (v.a. Software) wurde 2015 relativ wenig in die Applikationen investiert. Die nächsten grösseren Investitionen sind ab 2017 geplant.

Mit den treuhänderischen Abrechnungen wurden den am Tierverkehr teilnehmenden Personen im Geschäftsjahr 2015 48,4 Millionen Franken Entsorgungsbeiträge (2014: 48,7 Mio.) gutgeschrieben sowie 2,9 Millionen für Schlachtabgaben (2014: 2,9 Mio.) und 9,8 Millionen Gebühren aus dem Tierverkehr (2014: 10,0 Mio.) belastet. In der Bilanz der identitas AG werden per 31.12.2015 treuhänderische Mittel in der Liquidität (0,1 Mio.), in den Forderungen aus Lieferung und Leistung (7,5 Mio.), in den Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung (7000 Franken) und in den übrigen kurzfristigen Verbindlichkeiten (7,7 Mio.) ausgewiesen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der identitas AG verfügen über privatrechtliche Arbeitsverträge. Die interne Personalvorsorgekommission der identitas AG besteht aus je zwei Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.

Im Zuge der steigenden Zahl der betreuten Applikationen, der Vernetzung aller Systeme und des komplexeren technischen Umfelds wachsen die Anforderungen an die Mitarbeitenden. Durch geeignete Arbeitsorganisation, Unterstützung mit moderner Informationstechnologie (IT) und solider Planung kann eine gute Qualität bei der Arbeitserbringung und bei den Arbeitsergebnissen sichergestellt werden. Die identitas AG ist nach ISO 27001 (Informationssicherheit), ISO 20000 (Prozessmanagement) und EN 15838 (Kundensupport) zertifiziert.

Alle an der Softwareentwicklung beteiligten Teams wurden im Berichtsjahr in einer Einheit zusammengefasst. Diese organisiert sich weitgehend selbst bei der Leistungserbringung. Diese Organisationsform fördert auch die Integration externer Softwareentwickler.

Die Rekrutierung von fachlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im IT-Bereich ist sehr schwierig. Im Berichtsjahr wurde die Zusammenarbeit mit dem rumänischen Standort einer Schweizer Unternehmung konkretisiert. Ein zusätzliches Team zur Softwareentwicklung wurde in Cluj/Rumänien aufgebaut. Der Anstieg des Personalbestands um 7,7 FTE ist insbesondere auf dieses Projekt zurückzuführen.

Kundenorientierung war der Grund für die organisatorischen Anpassungen der Unternehmung. Neben der Bildung eines Verkaufsteams wurde das bestehende Produktteam stärker auf die Kunden fokussiert.

Ende Dezember 2015 waren 32 Frauen und 46 Männer angestellt. Die identitas AG bildet 3 Informatiker EFZ mit generalistischer Ausbildung aus und bietet ihnen eine zeitgemässe Berufsausbildung. Zehn Mitarbeitende bilden sich berufsbegleitend weiter. Mit einem internen Talentförderprogramm bietet die identitas AG einem ausgewählten Kreis von Mitarbeitenden Instrumente zur Laufbahnplanung an.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die identitas AG verfügt seit dem 1.11.2015 über eine finanzielle Beteiligung im Umfang von 1,1 Millionen Franken an der einfachen Gesellschaft Barto.

Die identitas AG hat die Zusammenarbeit mit Agridea intensiviert. Dazu wurde per 1.11.2015 die einfache Gesellschaft Barto gegründet mit dem Zweck des Aufbaus und der Vermarktung eines gemeinsamen Produkts (ebenfalls Barto genannt) für Betriebe in der Landwirtschaft. Die Datenerfassung, -auswertung und -weitergabe soll administrativ vereinfacht, die Bauernfamilien entlastet und die Dokumentation der Produkte gesteigert werden.

B. Bericht der Revisionsstelle

Nach Beurteilung der Revisionsstelle entspricht die Jahresrechnung für das am 31.12.2015 abgeschlossene Geschäftsjahr dem Schweizerischen Gesetz und den Statuten.

C. Anträge an die Aktionärsversammlung

Der Verwaltungsrat der identitas AG hat der Aktionärsversammlung vom 19.5.2016 folgende Anträge gestellt:

- Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2015
- Verwendung des Bilanzgewinns 2015:
Dividende 31 000 CHF
Vortrag auf die neue Rechnung 2 411 770 CHF
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats
- Ersatzwahl im Verwaltungsrat für den zurücktretenden Vizepräsidenten Josef Dähler. Vorgeschlagen wird Herr Philipp Allemann, Mitglied der Geschäftsleitung Bell Schweiz AG.
- Statutenänderung: Streichung im Artikel 23 des Passus „Als Verwaltungsräte sind nur Personen wählbar, die eine aktive Tätigkeit in einem Aktionärsbetrieb ausüben. Bei der Zusammensetzung des Verwaltungsrats ist auf eine angemessene Vertretung der Aktionäre zu achten.“

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat das WBF am 13.4.2016 ermächtigt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die Aktionärsversammlung der identitas AG vom 19.5.2016 zuzustimmen.

Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI

Internet: www.ensi.ch

Sitz: Brugg

Rechtsform: Anstalt des Bundes

ENSI-Rat: Anne Eckhardt (Präsidentin), Jürg Schmid (Vizepräsident), Werner Bühlmann, Jacques Giovanola, Oskar Grözinger, Hans-Jürgen Pfeiffer, Karine Rausis (†)

Direktor: Hans Wanner

Externe Revisionsstelle: KPMG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2015 in Kürze

Das ENSI ist verantwortlich für die Aufsicht über die Sicherheit der Kernanlagen in der Schweiz. Es erfüllt diese Aufgabe selbständig und unabhängig. Entsprechend legt nicht der Bundesrat, sondern der ENSI-Rat als internes Aufsichts- und Strategieorgan die strategischen Ziele für das ENSI fest, und es ist auch am ENSI-Rat, die Erreichung der strategischen Ziele zu beurteilen. Dies erfolgt jährlich im Rahmen des Tätigkeits- und Geschäftsberichtes des ENSI-Rates.

Im Tätigkeits- und Geschäftsbericht 2015 hält der ENSI-Rat fest, dass im vergangenen Jahr die nukleare Sicherheit der Schweizer Kernanlagen jederzeit gewährleistet war. Es waren keine sicherheitstechnisch schwerwiegenden Vorkommnisse zu verzeichnen. Eine vom ENSI während der jährlichen Revision veranlasste materialtechnische Überprüfung des Reaktordruckbehälters des Kernkraftwerks Beznau I ergab bewertungspflichtige Anzeigen, die ohne eine vertiefte Abklärung einen Weiterbetrieb nicht erlaubten. Die sicherheitstechnische Tragweite dieser Befunde kann noch nicht eingeschätzt werden.

Nach der Beurteilung des ENSI-Rates hat das ENSI im Jahr 2015 in allen Bereichen seiner Tätigkeit (Betriebsüberwachung, Strahlenschutz, Notfallorganisation, Stilllegung des KKW Mühleberg, Sachplan Geologische Tiefenlager, Aktionsplan Fukushima, Forschung, internationale Tätigkeiten, Information der Öffentlichkeit) die gesetzten Ziele erreicht.

Das ENSI erzielte ein positives Betriebsergebnis und verfügte über ausreichende finanzielle Reserven. Es erbrachte seine Leistungen auf wirtschaftliche Weise.

Der Bundesrat ist, gestützt auf den Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates und auf die unabhängige Expertenmeinung der Kommission für Nukleare Sicherheit (KNS), zum Schluss gelangt, dass das ENSI im Jahr 2015 seinem gesetzlichen Auftrag in korrekter und wirksamer Weise nachgekommen ist.

Der Bundesrat hat den Tätigkeits- und Geschäftsbericht genehmigt und dem ENSI-Rat Entlastung erteilt.

Kennzahlen	2015	2014
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	61,3	59,4
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF) ¹⁾	8,4	-14,6
Bilanzsumme (Mio. CHF)	33,6	31,0
Eigenkapitalquote in % ¹⁾	10,1	-16,1
Personalbestand (Vollzeitstellen)	139	138

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Inspektionen in Kernanlagen	527	464
Radioaktivitätsmessungen	187	210
Wissenschaftliche Publikationen	23	24
Kostendeckungsgrad in %	105,1	105,1
Gemeinkostenanteil in % ²⁾	23,8	23,8

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	2,8	2,8
Gebühren (Mio. CHF)	58,4	56,6

¹⁾ Gemäss dem Rechnungslegungsstandard IFRS weist das ENSI die Vorsorgeverpflichtungen vollständig in der Ergebnisrechnung und in der Bilanz aus. Diese Verpflichtungen basieren auf versicherungsmathematischen Parametern, die volatil auf Veränderungen der monetären Bedingungen reagieren. Unter Ausklammerung dieser Effekte weist das ENSI ein positives Betriebsergebnis von 3,4 Millionen (Vorjahr: 2,7 Mio.) und ein Eigenkapital von 24,9 Millionen (Vorjahr: 21,5 Mio.) aus. Das entspricht einer Eigenkapital-Quote von 74,1 Prozent (Vorjahr: 73,5%) (s. Ziff. A2).

²⁾ Anteil der Kosten für Verwaltung und zentrale Dienste am gesamten Betriebsaufwand.

A. Zielerreichung 2015*

1. Strategische Schwerpunkte

Seit dem Entscheid zum Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie hat sich der strategische Schwerpunkt des ENSI verschoben. Nicht mehr die sicherheitstechnische Beurteilung von Gesuchen um Bewilligung neuer Kernkraftwerke (KKW) steht nun im Vordergrund, sondern die Gewährleistung eines sicheren Langzeitbetriebs der bestehenden KKW einerseits und die Vorbereitung von deren Stilllegung und Rückbau andererseits. Unverändert wichtig bleibt die sichere Entsorgung der radioaktiven Abfälle. Auch nach der definitiven Ausserbetriebnahme der Schweizer KKW wird nukleartechnisches Know-how auf

Jahrzehnte hinaus gefragt sein, sowohl auf Seiten der KKW-Betreiber als auch auf Seiten der Aufsichtsbehörde. Da aber die Kernenergie von Vielen als «aussterbende» Branche wahrgenommen wird, stellt die Rekrutierung von jungen Fachkräften eine Herausforderung dar. Die Entwicklung einer Strategie zum langfristigen Kompetenzerhalt wird vom ENSI daher als vordringlich angesehen.

Im Berichtsjahr wurde der Betrieb der fünf Schweizer KKW mit rund 500 Inspektionen überwacht. Es wurden 38 meldepflichtige Vorkommnisse registriert, von denen keines als sicherheitstechnisch schwerwiegend eingestuft wurde. Bei der Analyse der Vorkommnisse zeigte sich erneut, dass menschliche und organisatorische Faktoren für die nukleare Sicherheit eine massgebliche Rolle spielen. Das ENSI wird diesem Aspekt über längere Zeit hinweg besondere Aufmerksamkeit widmen, umso mehr, als sich die schwierige wirtschaftliche Situation der Energieunternehmen ungünstig auf die Sicherheitskultur in den KKW und auf die Bereitschaft, sicherheitsrelevante Nachrüstungen vorzunehmen, auswirken könnte.

Nachdem das ENSI als Reaktion auf materialtechnische Befunde in zwei belgischen KKW angeordnet hatte, alle geschmiedeten Reaktordruckbehälter der schweizerischen KKW während der Jahresrevision mittels Ultraschall zu überprüfen, wurden im Reaktor 1 des KKW Bznau bewertungspflichtige Anzeigen registriert, die ohne weitere Abklärungen keinen Weiterbetrieb zuließen. Die Betreiberin leitete umgehend vertiefte Untersuchungen ein, die über das Berichtsjahr hinaus andauerten.

Mit seinem Messnetz zur automatischen Überwachung der Radioaktivität in der Umgebung der KKW kontrollierte das ENSI rund um die Uhr die zusätzliche Strahlungs-dosis für die örtliche Bevölkerung. Mit 0,1% der mittleren jährlichen Strahlungs-dosis der Schweizer Bevölkerung war diese sehr gering. Erhöhte Strahlenwerte wären vom ENSI sofort registriert worden.

Im Berichtsjahr erliess das ENSI eine Verfügung, mit der die konkreten Schritte für die vom Betreiber beschlossene Einstellung des Leistungsbetriebs des KKW Mühleberg festgelegt wurden. Das ENSI forderte vom Betreiber Konzepte für den technischen Nachbetrieb, der so lange andauern wird, bis alle Brennelemente aus dem KKW Mühleberg abtransportiert sind.

Das ENSI prüfte die Vorschläge der Nagra für (mindestens zwei) Standortgebiete von geologischen Tiefenlagern und stellte fest, dass die Datengrundlage für einen Indikator zur Bewertung der Standortgebiete nicht vollständig und belastbar war. Das ENSI stellte eine entsprechende Nachforderung an die Nagra.

Vier Jahre nach dem Reaktorunfall in Fukushima hat das ENSI fast alle gewonnenen Erkenntnisse in Massnahmen

umgesetzt. Im Berichtsjahr befasste sich das ENSI als letzte Elemente des Aktionsplans Fukushima mit den Themen Sicherheitskultur und nicht-nuklearen Gefahrstoffen.

Im Rahmen seiner internationalen Tätigkeit und mit seinen eigenen Forschungsaktivitäten verfolgte das ENSI den Stand von Wissenschaft und Technik aufs Engste und trieb diesen teilweise selber voran, insbesondere im Hinblick auf neue Bedrohungen (z.B. Cyberrisiken) bzw. Herausforderungen (z.B. Langzeitbetrieb von KKW). Seinem gesetzlichen Informationsauftrag ist das ENSI mit einer umfassenden und transparenten Dokumentation seiner Tätigkeit auf den Online-Kanälen nachgekommen.

Der ENSI-Rat legte die strategischen Ziele für das ENSI 2016-2019 in Form eines Leistungsauftrags fest.

2. *Finanzielle Ziele*

Das ENSI finanziert sich primär über Gebühren, die bei den Betreibern der Kernanlagen erhoben werden. Darüber hinaus erhält das ENSI Abgeltungen des Bundes für Leistungen, die nicht direkt im Zusammenhang mit der Aufsichtstätigkeit stehen (z.B. Forschung, Information der Öffentlichkeit, Mitwirkung an Gesetzen und Verordnungen, Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen usw.). Diese machten im Berichtsjahr 4,6 Prozent des Betriebsertrages (Vorjahr: 4,7%) aus. Die Forschungsbeiträge des Bundes (2 Millionen Franken) tragen zur unabhängigen und glaubwürdigen Aufsicht des ENSI bei.

Die Leistungen des ENSI sollen auf wirtschaftliche Weise erbracht werden. Gemäss der Beurteilung des ENSI-Rates ist das der Fall. Der verrechnete Stundensatz der ENSI-Mitarbeitenden betrug im Mittel 133,25 Franken. Der Kostendeckungsgrad übertraf die Zielvorgabe von 105 Prozent um 0,9 Prozentpunkte. Der Anteil der Gemeinkosten (Administration, Support etc.) am gesamten Betriebsaufwand lag mit 21,2 Prozent unter der vom ENSI-Rat gesetzten Limite von 25 Prozent.

Die Jahresrechnung 2015 des nach IFRS¹ berichtenden ENSI schloss – bei einem um 3,2 Prozent höheren Umsatz von 61,3 Millionen Franken – mit einem Gewinn von 8,4 Millionen (Vorjahr: -14,6 Mio.). Die starke Schwankung des Ergebnisses von Jahr zu Jahr ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass gemäss IFRS die Vorsorgeverpflichtungen vollständig in die Gesamtergebnisrechnung und Bilanz eingehen (d.h. auf Seiten des Arbeitgebers ausgewiesen werden). Die Vorsorgeverpflichtungen werden auf der Grundlage von versicherungsmathematischen Parametern berechnet und reagieren stark auf Veränderungen des Zinssatzes. Ohne diesen Effekt weist die Jahresrechnung 2015 des ENSI einen Gewinn von 3,4 Millionen Franken (Vorjahr: 2,7 Mio.) und ein Eigenkapital von 24,9 Millionen Franken (Vorjahr: 21,5 Mio.) aus. Das

¹ International Financial Reporting Standards for Small and Medium-sized Entities (IFRS for SME)

ENSI verfügt somit über die zur Aufgabenerfüllung notwendigen und gesetzlich vorgeschriebenen finanziellen Reserven.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das ENSI verfügt auch über die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen personellen Ressourcen. Im Berichtsjahr nahm der Personalbestand um 1 auf 139 Vollzeitstellen zu. Ein gutes Drittel der Beschäftigten stammt aus dem Ausland. Die Anstellungsbedingungen des ENSI sind fortschrittlich und wettbewerbsfähig.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Als unabhängige Anstalt steht das ENSI in keinem Bindungsverhältnis zu anderen Organisationen oder Körperschaften. Es pflegt aber einen intensiven Wissens- und Erfahrungsaustausch mit anderen Akteuren auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit, sowohl im Inland (z.B. Paul-Scherrer-Institut, Kommission für Nukleare Sicherheit, Universitäten) als auch im Ausland (andere Aufsichtsbehörden, IAEA, CNS, Nuklearenergieagentur der OECD, WENRA, Expertengruppe Reaktorsicherheit u.v.a.).

B. Bericht der Revisionsstelle

Nach der Beurteilung der Revisionsstelle (KPMG AG) vermittelt die Jahresrechnung 2015 des ENSI ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und steht in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsvorschriften und mit dem Bundesgesetz über das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSIG, SR 732.2). Die Revisionsstelle hat dem Bundesrat die Genehmigung der Jahresrechnung empfohlen.

C. Stellungnahme der Kommission für Nukleare Sicherheit KNS

Im Auftrag des UVEK hat die Eidgenössische Kommission für Nukleare Sicherheit (KNS) zum Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates 2015 sowie zu den Ergebnissen der externen Audits des ENSI im Jahr 2015 Stellung genommen. Nach Auffassung der KNS hat der ENSI-Rat seine gesetzliche Aufsichtspflicht gegenüber dem ENSI wahrgenommen. Die KNS hat dem Bundesrat die Genehmigung des Tätigkeits- und Geschäftsberichts und die Entlastung des ENSI-Rates empfohlen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Gestützt auf den Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates, den Bericht der Revisionsstelle sowie die Stellungnahme der KNS ist der Bundesrat zum Schluss gekommen, dass das ENSI im Jahr 2015 seine Aufgaben in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Anforderungen erfüllt hat.

Der Bundesrat hat am 22. Juni 2016 den Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates genehmigt und dem ENSI-Rat für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt.